EBERHARD WÄCHTLER

Zur Geschichte
des Kampfes des Bergarbeiterverbandes
in Sachsen

Evangelische Arbeitervereine und Gelbe Gewerkschaften
als Instrumente der Zechenherren

AKADEMIE-VERLAG · BERLIN

NZ
10500
wae

Universitätsbibliothek Chemnitz

* S1:648140 *

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN

SCHRIFTEN DES INSTITUTS FÜR GESCHICHTE

REIHE III: VORTRÄGE UND TAGUNGEN DES INSTITUTS FÜR GESCHICHTE

BAND 3

EBERHARD WÄCHTLER

ZUR GESCHICHTE DES KAMPFES
DES BERGARBEITERVERBANDES
IN SACHSEN

EVANGELISCHE ARBEITERVEREINE UND GELBE GEWERKSCHAFTEN
ALS INSTRUMENTE DER ZECHENHERREN

AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1959

Technische Universität
Chemnitz - Zwickau
Universitätsbibliothek

S1

648140

NZ
10500
wae

~~NZ~~
~~76850~~
~~wae~~

Copyright 1959 by Akademie-Verlag GmbH, Berlin

Alle Rechte vorbehalten

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, Berlin W 8, Mohrenstraße 39

Lizenz-Nr. 202 · 100/123/59

Satz, Druck und Bindung IV/2/14 · VEB Werkdruck Gräfenhainichen · 1014

Bestell- und Verlagsnummer 2083/III/3

Printed in Germany

ES 14 E

INHALT

Vorbemerkung	4
Zur Geschichte des Kampfes des Bergarbeiterverbandes in Sachsen — Evangelische Arbeitervereine und gelbe Gewerkschaften als Instrumente der Zechenherren	5
1. Der Aufschwung der Bergarbeiterbewegung nach dem Streik von 1889 und dem Fall des Sozialistengesetzes	5
2. Versuche der Grubenherren, die Kirche verstärkt zur Unterdrückung der Bergarbeiter auszunutzen	15
3. Das Scheitern des Versuches, die Bergarbeiterbewegung in Sachsen zu zerschlagen	24
4. Die Funktionen der gelben Vereine als Unternehmerwerkzeuge bis zu ihrer Vernichtung durch die Aktionen der Bergarbeiter in der No- vemberrevolution	35
Quellenanhang	55
1. Die Petition des Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter an den Landtag im Jahre 1893	55
2. Das Flugblatt von Hermann Sachse: „An die Berg- und Hüttenarbeiter Sachsens — Ein ernstes Wort zur rechten Zeit!“	69

VORBEMERKUNG

Die vorliegende Arbeit ist die erweiterte Fassung eines Vortrages, welcher am 16. März 1958 vor dem Arbeitskreis Geschichte des Bergbaues der Abteilung Wirtschaftsgeschichte am Institut für Geschichte bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin gehalten wurde.

Diese Arbeit soll zur Diskussion anregen und ein kleiner Baustein bei der Schaffung eines umfassenden Überblickswerkes zur Geschichte der sächsischen Bergarbeiterbewegung im 19. und 20. Jahrhundert sein.

In einem Anhang werden zwei der wichtigsten mit der Problematik der Arbeit in Zusammenhang stehenden Quellen aufgenommen. Da die erste, die Petition des Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter, aber eine noch viel weitergehende Bedeutung hat, als in der Arbeit selbst zum Ausdruck kommt, wurde ihr noch eine skizzenhafte Interpretation zugefügt.

Ich möchte auch nicht versäumen, allen Archiven, wissenschaftlichen Institutionen und volkseigenen Betrieben, die durch ihre Arbeit zum Gelingen der vorliegenden Schrift beitrugen, an dieser Stelle recht herzlich zu danken. Besonders gilt das für das Institut für Deutsche Geschichte der Karl-Marx-Universität Leipzig, deren im Rahmen eines wissenschaftlichen Studentenzirkels zusammengetragene Materialsammlung zur Geschichte des sächsischen Steinkohlenbergbaues sowie daran anknüpfende Diplomarbeiten mir zur Verfügung standen.

Leipzig, im Juli 1958

Dr. Eberhard Wächtler

ZUR GESCHICHTE DES KAMPFES DES BERGARBEITERVERBANDES IN SACHSEN – EVANGELISCHE ARBEITERVEREINE UND GELBE GEWERKSCHAFTEN ALS INSTRUMENTE DER ZECHENHERREN

1. Der Aufschwung der Bergarbeiterbewegung nach dem Streik von 1889 und dem Fall des Sozialistengesetzes

In Sachsen war der Marxismus in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts schon stärker in die Bergarbeiterbewegung eingedrungen als anderswo in Deutschland. Seit Beginn der sechziger Jahre existierten dort im Steinkohlenbergbau Arbeitervereine.¹ Karl Marx und Friedrich Engels unterstützten persönlich die Herausbildung und Gründung der Gewerksgenossenschaft „Deutscher Berg- und Hüttenarbeiter“, die treu zur Ersten Internationale stand, mehrere deutsche Bergreviere umfaßte und ihr Zentrum in Sachsen hatte.²

¹ Engelberg, Rössler, Wächter, Zur Geschichte der sächsischen Bergarbeiterbewegung. Berlin 1954, S. 70f.

„Die ersten Zusammenschlüsse von Bergarbeitern in Zwickau waren Solidaritätsorganisationen. Sie drückten das wachsende Klassengefühl des Proletariats aus, ohne daß jedoch schon eine klare politische Zielsetzung und der Wille zum offensiven Vorgehen gegen die Zechenherren vorhanden gewesen wäre. Ein solcher Verein war der 1863 von dem gemäßregelten Zwickauer Bergzimmerling Heinrich Rau gegründete Bergarbeiterverein.“ Vgl. auch: „Der Volksstaat“, Nr. 82 vom 12. 10. 1872, Beilage: „... waren doch die Werkbesitzer, resp. deren Werksverwaltungen so weit gegangen, daß sie einen Bund unter sich schlossen, jedem Bergarbeiter welcher auf einem zum Bund gehörigen Steinkohlenwerke freiwillig außer Arbeit trete, die Arbeiterteilung auf ein viertel Jahr auf den verbündeten Werken zu versagen! ...“

Neben diesem Übel figurierten aber noch eine ganze Reihe anderer, die sich immer wieder, trotz ihrer Verschiedenheit, auf den Finanzpunkt konzentrierten, die Arbeiter bedrückten und als Ausbeutungsmittel gegen die letzteren gehandhabt wurden, so daß ein ganzer Koloß verschiedener Bedrückungen und Ausbeutungsmittel gegen die Bergarbeiter auftürmte, als im Jahre 1863, wenn ich nicht irre, ein Bergarbeiterverein in Zwickau durch den damals aus der Bergarbeit infolge Maßregelung entlassenen Bergzimmerling Heinrich Rau gegründet wurde.“ (Artikel: Ein Rückblick auf die Bewegung im Zwickauer Inspektionsbezirke.)

² Gegründet zum Jahreswechsel 1868/69 in Lugau im Erzgebirge. Nach: „Demokratisches Wochenblatt“, Nr. 4 vom 23. 1. 1869; Vgl. auch: Engelberg, Rössler, Wächter, a. a. O., S. 70f.

Der Krieg 1870/71 zerschlug die noch junge Gewerkschaft vorübergehend. Doch bald nach Friedensschluß organisierten sich die sächsischen Bergleute aufs neue, zuerst 1872 im Zwickauer Revier.³

Am 13. und 14. Mai 1876 schließlich hatten die sächsischen Bergarbeiter in Zwickau, persönlich unterstützt von Wilhelm Liebknecht, ihre zeitweise zerschlagene sächsische Gewerkschaftsorganisation wieder aufgebaut und den „Verband und Unterstützungsbund sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter“ gegründet.⁴ Dessen Hauptziele waren die Verbesserung der Kranken und Invaliditätsunterstützungen, die gesetzliche Regelung der Schichtzeit und der Entlohnung, die Gewährung von Unterstützung und Schutz „bei streitigen Fällen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“.⁵

Die Gründung dieser Gewerkschaftsorganisation legt Zeugnis von dem hohen Klassenbewußtsein der sächsischen Bergarbeiter ab. Getreu der von Marx und Engels 1869 gegebenen Hinweise gingen sie an die erneute Organisation des Proletariates und schufen eine von den Zechenherren unabhängige Klassenorganisation der Bergarbeiter. Dabei zerschlugen die sächsischen Kumpel Versuche des Grubenkapitals und von diesem gedungener Verräter an der Arbeiterklasse, mit Hilfe eines von den Bergherren beherrschten „Vereinigten Knappschaftsverbandes im Zwickauer Inspektionsbezirk“ die Bergarbeiterbewegung zu spalten, zu schwächen, oder gar das Zustandekommen einer neuen Bergarbeiterorganisation überhaupt zu verhindern.⁶

Der „Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter“ blieb allerdings nur auf Sachsen beschränkt.⁷ Hier jedoch spielte er eine nicht wegzudenkende große Rolle. Noch im Jahre 1894, obwohl zu dieser Zeit die Bergarbeiterbewegung in ganz Deutschland an Bedeutung gewonnen hatte, schätzte August Bebel ihn in der Zeitschrift „Die Neue Zeit“ mit den folgenden Worten ein:⁸

³ Gemeint ist die Zwickauer Gruben- und Tagesarbeitergenossenschaft, ihr Umfang blieb bescheiden. Nach: Hue, Otto, Die Bergarbeiter. Stuttgart 1913, Bd. 2, S. 277. (Otto Hue, Verfasser des zweibändigen Werkes: Die Bergarbeiter. Redakteur der „Deutschen Bergarbeiterzeitung“, Sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, führender Reformist).

⁴ Langhorst, Friedrich, Aus der Geschichte des sächsischen Bergbaues und seiner Bergarbeiter. Zwickau 1924, S. 92. Später hieß der Verband nur noch „Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter.“

⁵ Ebenda, S. 95.

⁶ „Der Volksstaat“ vom 15. 10. 1875, Artikel: Bergarbeiter seid auf der Huth!

⁷ Langhorst, Friedrich, a. a. O., S. 92.

⁸ Bebel, August, Der internationale Bergarbeiterkongreß zu Berlin. In: „Die Neue Zeit“, Jg. XII, 2 1893/94, S. 293.

Ohne die Richtigkeit der Bebelschen Ausführungen bezweifeln zu wollen, muß das Augenmerk noch auf die Tatsache gerichtet werden, daß am Anfang der neunziger Jahre sich die Bestrebungen international nach Organisation der Bergarbeiter verstärkten. Es sei in diesem Zusammenhang auf den Aufsatz von Obermann, Karl „Zur Geschichte der deutschen und tschechoslowakischen Sozialdemokratie und ihrer freundschaftlichen Beziehungen im 19. Jahrhundert“ verwiesen (Erschienen in: „Aus 500 Jahren deutsch-tschechoslowakischer Geschichte“, Berlin 1958), der dieses Problem ebenfalls streift und einige Akten dazu neu auswertet.

„Mit Ausnahme der Bergarbeiter Großbritanniens, die eine alte und vorzügliche Organisation besitzen, ist die Organisation der Bergarbeiter in den übrigen Staaten und Ländern eine im ganzen höchst mangelhafte und unvollständige; sie hat in den letzten Jahren nur in Frankreich einige Fortschritte gemacht, wohingegen sie in den anderen auf dem Berliner Kongreß⁹ vertretenen Ländern, Deutschland einbegriffen, sehr viel, um nicht zu sagen alles zu wünschen übrig läßt. In Deutschland haben es nur die Bergleute des Zwickau-Lugauer Kohlenrevieres zu einer Organisation von einiger Bedeutung gebracht, im übrigen Deutschland sieht es damit noch traurig aus, ebenso in Belgien und Österreich.“

Von Anfang an war diese freigewerkschaftliche Organisation den herrschenden Kreisen, vor allem dem Grubenkapital in Sachsen, ein Dorn im Auge. Mit Hilfe der Behörden suchten sie ihre Anerkennung als Verein bzw. Genossenschaft so lange es ging zu verhindern. Zuerst wurde das Statut nicht genehmigt, da es die Gewährung von Streikunterstützung vorsah.¹⁰ Als dieser Punkt herausgenommen war, wurde die Bestätigung der Satzungen noch über ein weiteres Jahr verschleppt.¹¹ Die Dinge, an denen während dieser Zeit in erster Linie Anstoß genommen und weswegen die endgültige Verleihung der Rechte und Pflichten einer juristischen Person an den Verband immer wieder hinausgezögert wurde, werden aus dem folgenden Schreiben der königlichen Kreishauptmannschaft Zwickau an das sächsische Ministerium des Innern in Dresden deutlich, in dem es u. a. heißt, „daß ...

2. Die Bestätigung des Verbandes, dessen Entstehen nach dem Inhalt des letzt-erwähnten Berichtes und der vor dem Zwickauer Stadtrat ergangenen Akten offenbar auf sozialdemokratischer Agitation beruht und die Umfassung einer größeren Anzahl von Arbeitern aus allen hier in Frage kommenden Teilen des Landes, die Bildung von Zweigvereinen und die Verbindung mit anderen Vereinen bezweckt, unter den vom Stadtrat geschilderten Umständen beziehentlich aus sonst genügsam bekannten Gründen, nicht unbedenklich sein dürfte, und zwar um so mehr, als die Regelung des Knappschaftswesens, wie dem königlichen Ministerium bekannt ist, auf anderem Wege erstrebt wird.

3. Der Verein auch minderjährige und nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Personen als Mitglieder hat.

Nach Ansicht der unterzeichneten Kreishauptmannschaft dürften die Erwägungen beziehentlich der Bestimmungen im § 20 des Vereinsgesetzes vom 22. 10. 1850 gegenüber, auf die Frage der Bestätigung nicht ohne Einfluß, viel-

⁹ Gemeint ist der V. Internationale Bergarbeiterkongreß in Berlin.

¹⁰ Nach: Langhorst, Friedrich, a. a. O., S. 94.

¹¹ Landeshauptarchiv Dresden, Ministerium des Innern (weiterhin geführt als: LHA Dresden, M. d. I.), 11145 Arbeitervereine, Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter an das M. d. I. vom 7. 10. 1877, Bl. 259f.

leicht sogar dazu angetan sein, eine Ablehnung der Bestätigung wenigstens zur Zeit zu rechtfertigen.“¹²

Man versuchte, den Bergarbeiterverband zu gängeln und seine Zulassung möglichst weit hinauszuschieben, noch ehe er überhaupt Rechtsperson geworden war.

Der Verband aber trat auch weiterhin für die Rechte der jungen Kumpel ein. In einer diesbezüglichen Eingabe an das sächsische Innenministerium heißt es: „Indem jedoch mehrfache Anfragen an den Unterzeichneten Vorstand genannten Verbandes gerichtet wurden, und ein Teil solcher minderjähriger (Personen — E. W.) aufgenommen zu werden wünschen, stellen wir das ergebenste Gesuch um zu gestatten, Personen vom 18. Lebensjahre an unter Ausschließung von Sitz und Stimme bei Generalversammlungen und sonstiger Funktionen aufnehmen zu dürfen, sofern sich der Vater oder Vormund eines solchen Minderjährigen als verantwortlicher Vertreter legitimiert.

Auch der Wunsch solcher Minderjähriger, in besagtem Verband aufgenommen zu werden, hat seinen wesentlichen Grund in der gebotenen Unterstützung namentlich in vorkommenden Krankheits- und Invaliditätsfällen und ist eine Nebenunterstützung, um einem vorzeitigen Schicksale vorzubeugen.“¹³

Den Bemühungen war in diesem speziellen Falle zwar kein Erfolg beschieden¹⁴, doch schuf das unermüdliche Eintreten für die Arbeiterinteressen dem Verband eine große Autorität unter den Bergleuten, vor allem der westsächsischen Steinkohlenreviere und ein enges Vertrauensverhältnis zu den noch abseits Stehenden.

¹² LHA Dresden, M. d. I. 11145 Arbeitervereine, Beschluß der Kreishauptmannschaft Zwickau vom 19. 10. 1877, Bl. 264f.

Mit dem im zitierten Beschluß anderen Weg zur Lösung des Knappschaftskassenwesens ist zweifellos der provisorische Statutenentwurf für den projektierten Knappschaftskassenverband im Zwickauer Inspektionsbezirke von dem schon 1868/69 von Karl Marx und Friedrich Engels kritisierten ehemaligen Bergarbeiter Dinter gemeint. Durch seine Beschränkung auf das Zwickauer Revier suchte er die sächsische Bergarbeiterbewegung zu spalten und unterstützte die Bestrebungen der Bourgeoisie; er schränkte damit die Freizügigkeit der Kumpel ein. Mitglied konnten die Kumpel nur bis zum 36. Lebensjahre werden. Erst mit dem Erreichen des 21. Lebensjahres sollten den Mitgliedern das aktive und passive Wahl- und Stimmrecht verliehen werden. Die Werksbesitzer dagegen sollten bei jeder Generalversammlung Stimmrecht erhalten, selbst ohne dem Verband als Mitglied anzugehören. Auch den entscheidenden Einfluß in den gewählten Organen sicherten sich die Grubenherren. Mit Recht kommentiert deshalb das Organ der Sozialdemokratischen Partei am 15. 10. 1875: „Bergarbeiter! Hätten die Werksbesitzer allein einen solchen Entwurf gemacht, sie hätten Euch darin nicht härter treffen können, als es im Dinterschen Entwurf geschieht.“ „Der Volksstaat“ vom 15. 10. 1875, Artikel: Bergarbeiter seid auf der Huth! (Vgl. dazu ebenfalls Anmerkung 6 S. 6).

¹³ LHA Dresden, M. d. I. 11145 Arbeitervereine, Eingabe des Vorstandes des Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter an das sächsische M. d. I. vom 23. 2. 1878, Bl. 286/287.

¹⁴ Später fand man folgenden Ausweg: „Namentlich auch ihr jüngeren Berg- und Hüttenarbeiter, die ihr noch nicht 21 Jahre alt seid und deshalb unserem Verband noch nicht beitreten könnt, abonniert auf die Berg- und Hüttenarbeiterzeitung ‚Glückauf‘, das Abonnement kostet mit Beilage ‚Nach der Schicht‘ pro Quartal 85 Pfennige. Die Expedition des ‚Glückauf‘ gewährt euch hierfür Rechtsschutz und bei Maßregelung Unterstützung bis zu 25 Mark.“ Vgl. auch: Flugblatt von *Sachse, Hermann* im Anhang.

Daran änderte auch der Erlaß des Sozialistengesetzes nichts. Den sächsischen Steinkohlenherren gelang es mit Hilfe dieses dem Terror gegen die Arbeiterklasse Tor und Tür öffnenden Machwerkes nicht, die gewerkschaftliche Organisation der Kumpel zu zerschlagen. Geschickt verstanden es die Mitglieder der verbotenen Sozialdemokratischen Partei, im „Sächsischen Berg- und Hüttenarbeiterverband“ die konspirative mit der legalen Arbeit zu verknüpfen.

Rasch wuchs die Zahl der Verbandsmitglieder. Den 765 im Jahre 1877 standen 1890 etwa achtmal soviel, nämlich 6240, gegenüber.¹⁵

In der Zunahme der Mitgliederzahl allein aber spiegelt sich der wachsende Einfluß des Verbandes nicht richtig wider. Er baute nämlich z. B. darüber hinaus noch eine freiwillige Begräbniskasse auf, die im Jahre 1888, als im Verband selbst 4224 Bergleute organisiert waren¹⁶, 7820 Frauen und Männer in ihren Reihen hatte.¹⁷ Die Relation zwischen der Mitgliederzahl des Verbandes und der der Kasse wird stets etwa die gleiche gewesen sein. Auf alle Fälle übertraf die der Kasse die des Verbandes zu jederzeit bei weitem und stärkte den Einfluß der Bergarbeiterbewegung auf die ganze Bevölkerung des südwestlichen sächsischen Bezirkes.

Im Jahre 1884 wurde vom Vorsitzenden des Verbandes, Ebert, die Bergarbeiterzeitung „Glückauf“ gegründet. Zunächst Privatbesitz, ging sie 1888 in das Eigentum des Verbandes über. Schon 1889 hatte sie etwa 30 000 Leser in vielen deutschen Bergrevieren.¹⁸ Mit ihrer Hilfe steigerte der sächsische Bergarbeiterverband seinen Einfluß noch um ein vielfaches und gewann auch außerhalb Sachsens immer mehr an Ansehen und Gewicht.¹⁹

Die Erfolge des jahrelangen Mühens gipfelten schließlich im Streik von 1889, der auch in Sachsen alle vorangegangenen an Wucht und Bedeutung übertraf und insgesamt etwa 10 000 sächsische Steinkohlenbergleute im Ausstand sah.²⁰ Während des Streiks von 1889 hatte mit Hilfe dieses Verbandes die Sozialdemokratische Partei die Führung der Kumpel in den westsächsischen Steinkohlenrevieren übernommen.²¹ Alles in allem gesehen, errangen die sächsischen Stein-

¹⁵ Langhorst, Friedrich, a. a. O., S. 96.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 6 AAb, Bd 2, Bl. 23.

¹⁸ Langhorst, Friedrich, a. a. O., S. 96;

Ebenfalls: Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte Sozialdemokratische Bestrebungen und den Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter betreffend. 1893, Nr. 101, Bd 1, Bl. 3 af. Danach ging die Auflage des „Glückauf“ 1892 wieder auf 1200 zurück. Die Ursache hierfür war die Gründung der Bergarbeiterzeitung im Ruhrgebiet, die etwa 30 000 Abonnenten übernahm.

¹⁹ Langhorst, Friedrich, a. a. O., S. 96.

²⁰ Oldenberg, Karl, Studien über die Rheinisch-westfälische Bergarbeiterbewegung. In: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. Jg. 14, H. 2/3, Leipzig 1890.

²¹ Eine derartig starke Einflußnahme der Sozialdemokratie auf die Steinkohlenarbeiter wie in Sachsen war zu dieser Zeit noch nicht das Typische in den deutschen Revieren. Friedrich Engels schreibt über den Streik 1889 u. a.: „Ebenso wie die Bergarbeiter in England in der Chartistenzeit sind auch die Kumpels in Deutschland als letzte zur Bewegung

kohlenbergarbeiter im solidarischen Kampfe mit den Kumpeln an Rhein und Ruhr sowie denen anderer deutscher Steinkohlenreviere beachtliche Erfolge. Sie waren genauso hauptsächlich ökonomischer Natur, wie es auch die — allerdings weitergehenden — Forderungen der Arbeiter im Kampfe selbst gewesen sind.²²

Deutlich zeigten sich die Errungenschaften des Kampfes u. a. an den, allerdings nur wenige Monate steigenden, Reallöhnen im Revier Lugau-Ölsnitz²³, den (wenn auch nicht in dem Ausmaß wie von den Arbeitern gefordert) Schichtzeitverkürzungen und anderen Erscheinungen.

Neben den ökonomischen Erfolgen, die der Streik für die Arbeiterklasse unmittelbar brachte, hatte dieser Kampf aber noch eine große politische Bedeutung. Friedrich Engels formulierte seine Überlegungen dazu in einem Brief an den schottischen Bergarbeiterführer James Keir Hardy folgendermaßen²⁴: „Der deutsche Bergarbeiterstreik ist für uns ein bedeutendes Ereignis ... beide, Wilhelm²⁵ und Bismarck mußten sich vor den geschlossenen Reihen der 100 000 streikenden Arbeiter beugen.“ Diese Massenaktion der Bergleute beschleunigte den Fall des Sozialistengesetzes und half das Ende der Ära Bismarck herbeiführen.

Allerdings kann man der Führung des sächsischen Verbandes einen Vorwurf nicht ersparen. Sie zögerte zu lange, ehe sie auch die sächsischen Kumpel zum Streik aufrief. Damit verlor der Streik in ganz Deutschland an Wirkung. Derselbe Vorwurf klingt auch aus den Sätzen der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ vom 14. 1. 1899, als diese rückblickend schrieb: ...; die schlesischen und sächsischen Bergleute traten mit in die Lohnbewegung ein, allerdings erst

gestoßen, und das ist nun ihr erster Start.“ Nach: *Obermann, Karl*, Der Ruhrbergarbeiterstreik 1889. In: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, 2/56. Auf diesen Unterschied weist auch Max Koch hin. In seiner Arbeit, „Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet z. Z. Wilhelms II.“ Düsseldorf 1954 schreibt er über die 2. Delegiertenkonferenz der Knappenvereine des Ruhrgebietes, daß diese nicht unter sozialdemokratischem Einfluß stand. In aus Sachsen eingegangenen Begrüßungstelegrammen sieht er den Beweis für „einen sozialdemokratischen Organisationsversuch“. Der Bergarbeiterverband in Sachsen war seiner Meinung nach sozialdemokratisch beeinflusst.

²² Die wichtigsten der 12 Forderungen in Sachsen waren: 1. 8-stündige Schicht incl. Ein- und Ausfahrt; 2. Erhöhung der Schichtlöhne; 4. Bessere Gedingestellung; 6. Wegfall getrennter Gedinge; 10. Reformierung der Arbeiterordnung. Nach: Archiv des VEB Steinkohlenwerkes „Karl Liebknecht“ in Oelsnitz, Akte Lohnbewegung und Streiks, Flugblatt vom 19. 5. 1889.

²³ Bruttorealindex Lugau-Oelsnitz (1900 = 100) 1888 = 74; 1889 = 77; 1890 = 76; 1891 = 72; 1892 = 68; (Berechnet nach Jahresbruttolohnangaben des sächsischen Jahrbuches für Berg- und Hüttenwesen, sowie Preisangaben hauptsächlich entnommen den Akten des Stadtarchivs Karl-Marx-Stadt: Cap. V, Sekt. IV, Nr. 47, Bd IV; V; VI; Nr. 57; Nr. 60; Nr. 61; Die Gewichtung ist folgende: Weizenmehl 2, Roggenmehl 2, Rindfleisch 1, Schweinefleisch 2, Kartoffeln 1, Butter 1,5, Milch 0,5, Weiße Bohnen 0,5, Zucker 0,5, Brot 4,5, Hammelfleisch 0,5, Linsen 0,5, Eier 0,5).

Vgl. weitere Ausführungen dazu in: *Wächtler, Eberhard*, Zur Geschichte der Lage der Bergarbeiter im sächsischen Steinkohlenrevier Lugau-Oelsnitz von 1889–1914. Diss. Leipzig 1957.

²⁴ *Engels, Friedrich*, in: „The Labour Leader“ June 1889, p. 78. Nach: *Obermann, Karl*, Der Ruhrbergarbeiterstreik 1889. In: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, 2/56.

²⁵ Gemeint ist Wilhelm II.

dann, als im Rheinland der Hauptkampf vorüber war.“²⁶ Zumindest in Sachsen hätte auf Grund der bestehenden Gewerkschaftsorganisation ein rascheres Eingreifen erfolgen können.

Diese Feststellung lenkt den Blick auf ein weiteres Moment. Im Verlauf seiner Entwicklung, besonders unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes, hatte der Verband nicht nur Erfolge in seiner Arbeit zu verzeichnen. In seinen Reihen, besonders in der Führung der sächsischen Bergarbeitergewerkschaft, nistete sich der Opportunismus ein.

Nach dem Streik nahm die Bergarbeiterbewegung in ganz Deutschland einen enormen Aufschwung. Auch in den bisher von der Arbeiterbewegung relativ unberührten großen Revieren Deutschlands faßte die sozialistische und freigewerkschaftliche Bewegung stärker Fuß. Das bedeutendste Ereignis war dabei zweifellos die Gründung des sogenannten „Alten Verbandes“²⁷ am 18. August in Dorstfeld. Es folgten auch weitere Streiks und Lohnkämpfe in den deutschen Steinkohlenrevieren²⁸.

Rosa Luxemburg schrieb, von der Stärkung der Bewegung in ganz Deutschland erheblich beeindruckt, 1895 in der Zeitung „Sprawa Robotnicza“²⁹: „Die deutschen Bergarbeiter warten nicht, bis Gott sich ihrer erbarmt. Sie gründen Fachverbände, Streikkassen, kommen zur Beratung zusammen, veranstalten große Streiks, lesen Broschüren und Zeitungen, klären sich auf.“

Auch der sächsische Verband ging, nunmehr befreit von den Fesseln des Sozialistengesetzes, mit frischer Kraft ans Werk.

Als das Sozialistengesetz gefallen war, verstärkten die Kumpel ihre Anstrengung zur Stabilisierung und Ausbreitung des Verbandes. Die Masse der organisierten Arbeiter drängte in Sachsen auf eine entschiedener und unversöhnlichere Haltung gegenüber dem sächsischen Grubenkapital. Ihr Auftreten in der Öffentlichkeit wurde noch schärfer und schonungsloser gegenüber der Bourgeoisie. Von inkonsequenten, opportunistischen Führern trennten sich die sächsischen Bergarbeiter. An Stelle des alten Vorsitzenden Ebert wurde 1892 Hermann Sachse ge-

²⁶ „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“, Nr. 2 vom 14. I. 1899.

²⁷ Später ging daraus der Verband der Berg- und Hüttenarbeiter Deutschlands hervor. Er übernahm die Bezeichnung „Alter Verband“, der hier anfangs in Dorstfeld als „Verband zur Wahrung und Förderung der bergmännischen Interessen im Rheinland und Westfalen“ gegründet wurde. Nach: Koch, Max, a. a. O., S. 49.

²⁸ Bebel, August, Kaiserreden im Reichstag und die Sozialdemokratie. Berlin 1903, S. 23. Bebel sagte in seiner Rede auf der 244. Sitzung des Deutschen Reichstages am 22. I. 1903 u. a.: „... Weiter meine Herren: Im Winter 1893 machten die Bergarbeiter des Saarreviers einen Ausstand.“ Bebel führt weiter aus, daß die SPD auch bei diesem Streik dort noch keinen Einfluß besaß.

²⁹ Luxemburg, Rosa, Der 1. Kongreß der deutschen Bergarbeiter. In: Sprawa Robotnicza (Arbeitersache). Paris 1895. Nach: Ausgewählte Reden und Schriften. Dietz Verlag, Berlin 1951, Bd 2, S. 23.

wählt. Ebert wurde darüber hinaus auch als Chefredakteur des „Glückauf“ abgelöst, Gustav Gladewitz übernahm nunmehr diese Funktion.³⁰

Die Polizeiabteilung des Rates der Stadt Zwickau registrierte den Kampf der Bergarbeiter gegen die opportunistischen Elemente in der Führung des Bergarbeiterverbandes mit folgender vielsagenden Bemerkung: „... Seit dem Bergarbeiterstreik ist darauf hingewirkt worden, Ebert und Saiberlich aus ihren Ämtern zu beseitigen und durch ausgesprochene Sozialisten zu ersetzen.“³¹ Die Grubenherren werteten die Wahl Sachsens als eine Niederlage für sich und ließen dies bald spüren.

Der oben schon zitierte Artikel der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ bemerkt zum Redaktionswechsel: „Kamerad G. Gladewitz, der als Redakteur der Chemnitzer Freien Presse wegen Preßvergehens 6½ Monate im Landesgefängnis Hoheneck gesessen, übernahm nun gleich nach seiner Entlassung die Redaktion. Der schärfere Standpunkt, den er gegenüber den Grubenbesitzern einnahm, wurde nach oben hin bald übel vermerkt, besonders im Frühjahr 1892, bei den Vorstandswahlen die ‚gemäßigte Richtung‘ durchfiel und tatkräftige Elemente gewählt wurden.“³²

Die Zechenherren, vor allem der westsächsischen Reviere, verstärkten daraufhin ihren Terror gegenüber den Mitgliedern des sächsischen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes. Arbeiter wurden von ihnen vor die Entscheidung gestellt, entweder ihrer Gewerkschaftsorganisation den Rücken zu kehren oder auf den Arbeitsplatz zu verzichten.³³ Doch diesem Mühen des Grubenkapitals blieb der angestrebte Erfolg versagt.

In den dem Streik von 1889 folgenden Jahren stellte es sich zudem bald heraus, daß die Zechenherren einen ganzen Teil der unter dem Eindruck der Streikfront gemachten Versprechungen nicht erfüllten. Im Gegenteil, die Arbeitszeit wurde wieder ausgedehnt, und die Reallöhne sanken.³⁴ Die Unzufriedenheit unter den Bergleuten wuchs erneut.

Zum Sprecher dieser Massenstimmung machte sich der Sächsische Berg- und Hüttenarbeiterverband auf seiner Generalversammlung am 19. 3. 1893. Hier wurde eine Resolution an den sächsischen Landtag angenommen, die die Abänderung des sächsischen Berggesetzes bezwecken und eine Verbesserung der Lage der

³⁰ Langhorst, Friedrich, a. a. O., S. 96. „Auf Grund des Drängens der Mehrheit der Verbandsmitglieder schied der alte Redakteur des „Glückauf“ Ebert aus der Redaktion aus. In der Person G. A. Gladewitz kam ein weitaus energischerer und konsequenterer an die Spitze der Zeitung.“

³¹ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte Sozialdemokratische Bestrebungen ... 1893, Nr. 101, Bd 1, Bl. 3 af.

³² „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“, Nr. 2 vom 14. 1. 1899.

³³ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte Sozialdemokratische Bestrebungen ... 1893, Nr. 101, Bl. 30/31. Auf Grund dieser Akten kehrten zwei Arbeiter dem Bergarbeiterverband den Rücken, um damit der Maßregelung durch die Werke zu entgehen.

³⁴ Vgl.: Anhang, S. 55.

Arbeiter bringen sollte.³⁵ Über diese Petition geriet das Grubenkapital, wie Hermann Sachse ein Jahr später in einem Flugblatt feststellte, ganz „aus dem Häuschen“.³⁶

In dieser Petition waren wesentliche Forderungen der deutschen und internationalen Bergarbeiterbewegung zusammengefaßt worden.³⁷

Auf den internationalen Bergarbeiterkongressen in Jolimont (1890), Paris (1891) und in Brüssel (1892) hatten die Tagesordnungen stets folgende Hauptpunkte umfaßt: 1. Die Forderung nach Einführung des Achtstundentages, 2. Die Forderung nach der Garantie eines Lohnminimums, 3. Die Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen, 4. Die Erhöhung der Unfallentschädigung, 5. Die Verbesserung der Krankenversicherung und schließlich 6. Die Forderung nach der Nationalisierung des Bergbaues.³⁸

Entsprechend wurden in der Petition der sächsischen Bergleute die Rückzahlung der eingezahlten Beiträge für Kranken- und Pensionskassen in allen Fällen der Entlassung von Arbeitern verlangt.³⁹ Bei den Bergschiedsgerichten wollten die Arbeiter eine Berufungsinstanz eingeführt haben. Die Arbeitsbücher sollten abgeschafft, die Arbeitsordnungen revidiert, sowie der Achtstundentag und werksunabhängige Sicherheitskontrolleure aus dem Arbeiterstand eingeführt werden. Lediglich die letzte Forderung der internationalen Kongresse entfiel.

Die aufgestellten Forderungen entsprachen den Interessen der Bergarbeiter. Es war richtig von der Gewerkschaftsführung, diese Forderungen zu stellen. Ungenügend aber wurde – und hier zeigte sich, daß der Opportunismus in der Führung des sächsischen Verbandes nicht überwunden war – mit den Forderungen der Petition eine grundsätzliche Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen überhaupt verbunden. Die Arbeiter wurden damit nicht zur Vorbereitung der Beseitigung des Kapitalismus überhaupt erzogen. Noch deutlicher wird dieser opportunistisch-reformistische Zug der Verbandsführung in einem Flugblatt, das Hermann Sachse ein Jahr später zur Verteidigung der Petition gegen wütende Angriffe der Zechenherren schrieb. Er formulierte dort wörtlich:

„Umsturz wollen wir nicht verüben, nein reformieren wollen wir.“⁴⁰ Derartig schädliche Losungen waren nicht dazu angetan, die Aktionskraft der Arbeiterklasse zu stärken. Im Gegenteil, sie desorientierten das Proletariat und erleichterten den Unternehmern die Knebelung und Ausbeutung der Arbeiterklasse. Es waren im Prinzip die gleichen opportunistischen Fehler, die Friedrich Engels schon am Erfurter Programmentwurf der Sozialdemokratischen Partei kritisierte.⁴¹

³⁵ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte Sozialdemokratische Bestrebungen . . . , Bl. 45, Polizeibereich über die Hauptversammlung vom 19. 3. 1893.

³⁶ Flugblatt von Hermann Sachse. Siehe auch Anhang, S. 34/35.

³⁷ Vgl.: Anhang, Petition an den sächsischen Landtag.

³⁸ Hue, Otto, Internationale Bergarbeiterkongresse. In: „Die Neue Zeit“, Jg. XIX, 2, 1901, S. 400.

³⁹ Auf Grund des sächsischen Berggesetzes war bei werksseitiger Kündigung nach § 80 Abs. a (Streikverbot) keine Rückzahlung der eingezahlten Beiträge möglich.

⁴⁰ Vgl.: Anhang, Flugblatt, S. 69.

⁴¹ Vgl.: Anhang, Erläuterungen zur Petition.

Trotz aller berechtigten Einwände war die Wirkung der Petition enorm. Ein brutaler Terror setzte im ganzen sächsischen Steinkohlenbergbau vor allem gegen die Initiatoren der Petition ein. Der Bergarbeiter Naumann, Mitglied des Vorstandes des sächsischen Verbandes, wurde von der Direktion des Wilhelmschachtes I in Zwickau fristlos entlassen, weil er die Petition in seiner Funktion mit unterschrieben hatte.⁴²

Insgesamt 11 760 Bergarbeiter, das sind über 60 % der westsächsischen Steinkohlenkumpel, unterzeichneten die Petition trotz des Terrors in den verschiedensten Schattierungen (u. a. Entlassungsdrohungen⁴³) binnen weniger Monate⁴⁴. Mit einem derartigen durchschlagenden Erfolg hatte die herrschende Klasse nicht gerechnet. Die Öffentlichkeit erhielt durch diese Aktion der Bergarbeiter in einem sehr breiten Ausmaße von der Lage und dem Kampf im sächsischen Bergbau Kenntnis. Von der Tribüne des Landtags herab entlarvten die sozialdemokratischen Abgeordneten die Machenschaften des Kapitals, der Herren der Gruben und Zechen.

Teile der herrschenden Klasse in Sachsen wurden durch diesen Erfolg des Proletariats unsicher gemacht. Das fand seinen Niederschlag in unterschiedlichen Meinungen zwischen den Zechenherren einerseits und dem Ministerium andererseits. Das sächsische Ministerium des Innern empfahl in einem Schreiben an das Bergamt Freiberg vom 18. 4. 1894, *ohne* Rücksicht auf den sozialdemokratischen Ursprung der Petition alle jene Forderungen zu erfüllen, die *keiner* Gesetzesänderung bedurften.⁴⁵ Das Grubenkapital dagegen dachte nicht daran, auch nur das kleinste Zugeständnis zu machen; vor allem deshalb nicht, weil die Forderungen von den Arbeitern selbst kamen. Sie fürchteten durch eine Erfüllung auch der belanglosesten Forderung die Autorität des sächsischen Bergarbeiterverbandes weiter zu stärken.

Auf der anderen Seite erkannte die Bourgeoisie, daß etwas getan werden mußte. Mit den alten herkömmlichen Methoden allein waren die Grubenherren nicht mehr in der Lage, die Bergarbeiter zu beherrschen.

Mit dem Übergang des Kapitalismus in das monopolistische Stadium, der sich in der Mitte der 90er Jahre auch in Deutschland zeigt, traten mehr und mehr neue Momente der bourgeoisen Unterdrückungspolitik in den Vordergrund. „Der Imperialismus hat die Tendenz, auch unter den Arbeitern privilegierte Kategorien auszusondern und von der Masse des Proletariates abzuspalten“, schreibt Lenin.⁴⁶ Die Versuche des Kapitals, mit materiellen und ideologischen Mitteln die Arbeiterklasse zu zersetzen, wurden immer zahlreicher und vielfältiger.

⁴² Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte Sozialdemokratische Bestrebungen . . . , Bl. 54 f.

⁴³ Der Direktor Schmidt vom Wilhelmschacht I drohte allen denen seiner Belegschaft, die die Petition unterschrieben, mit „Repressalien“. Ebenda, Bl. 162.

⁴⁴ Langhorst, Friedrich, a. a. O., S. 105.

⁴⁵ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte sozialdemokratische Bestrebungen . . . , Bl. 136—138.

⁴⁶ Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 113.

2. Versuche der Grubenherren, die Kirche verstärkt zur Unterdrückung der Bergarbeiter auszunutzen

Wenn auch der brutale Terror gegen das Proletariat, vor allem in den achtziger Jahren, die hauptsächliche Methode des Vorgehens der Zechenherren gegen die Bergleute war, so war er doch nie das einzige Mittel. „Die Versuche, aus den Opfern der Ausbeutung auch noch willige Werkzeuge zu machen, die Unterdrückten begeisterte Anhänglichkeit für ihre eigene Unterdrückung mimen zu lassen, sind so alt und mannigfach wie die Formen der Ausbeutung und der Klassenherrschaft“, schrieb Rosa Luxemburg im Februar 1914 in der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“.⁴⁷

Bei der Untersuchung der Frage, welche Erscheinungsformen einer derartigen Korruptionspolitik im sächsischen Steinkohlenbergbau gang und gäbe waren, hilft das „Jahrbuch für das Berg- und Hüttenwesen im Königreich Sachsen“; es gibt dort gewisse Fingerzeige. In seiner Ausgabe für das Jahr 1889 finden sich einige bemerkenswerte Sätze. Das sächsische Bergamt sucht in diesen Abschnitten seines Jahresberichtes bestimmte Methoden zu ergründen und zu popularisieren, die die Streikgefahr mindern oder gar bestimmte „Übelstände“⁴⁸ beseitigen sollen, die zu Streiks Anlaß geben könnten. Sichtlich unzufrieden mit dem Ergebnis seiner Suchaktion schlägt es dennoch einige im Lugau-Oelsnitzer Revier gefundene Beispiele zur Nachahmung vor⁴⁹:

„Zunächst von den Gruben selbst: Wir erwähnen die Silvesterandachten, welche auf einem Werk regelmäßig mit der Belegschaft gehalten werden, die Unterstützung der Lugauer Gemeindediakonie aus den Werks- und Knappschaftskassen; die Einrichtung eines neuen Bades bei Hedwigsschacht. Weiter sorgte der Ortsverein für Innere Mission zu Lugau für Familienabende, Vorträge, Volksbibliothek; Diakonissinnen, welche im letzten Vereinsjahr (1. 8. 1887 – 31. 7. 1888) bei 87 Bergarbeitern 367 Krankenbesuche und 16 Nachtwachen leisteten; der Berliner Verein für evang.-kirchliche Zwecke verbreitet sein Wochenblatt der „Arbeiterfreund“; der Kreisverein für Innere Mission zu Glauchau suchte um das Einschreiten der Behörden gegen die angeblich vielfach verbreitete Unsitte nach, daß unverheiratete Arbeiter von ihrer Schlafstellenwirtin sich nach ihrer Heimkehr von der Schicht reinigen ließen usw.“

Auf den ersten Blick ergibt sich, daß die Kirche bis 1889 im Revier das meiste getan hatte, um die Arbeiter „begeisterte Anhänglichkeit für ihre eigene Unterdrückung mimen zu lassen“. Sie war demnach die gesellschaftliche Kraft mit der größten Erfahrung auf diesem Gebiet.

⁴⁷ Luxemburg, Rosa, Ausgewählte Reden und Schriften. Dietz Verlag, Berlin 1951, Bd 2, S. 486.

⁴⁸ Jahrbuch für Berg- und Hüttenwesen im Königreich Sachsen. Jg. 1889, Bl. 167, „... das Zusammenströmen einer großen Anzahl meist junger Arbeiter von auswärts in einer Gegend bringt naturgemäß mancherlei Schwierigkeiten und Übelstände mit sich. Dies zeigt sich namentlich im Lugau-Oelsnitzer Revier.“

⁴⁹ Ebenda.

Doch die Ausführungen des Bergamtes lassen noch weiteres deutlich werden. Sie liefern nämlich auch den Beweis für die Arbeiterfeindlichkeit dieser „christlichen“ Bemühungen. Der größte Teil der aufgezählten Beispiele sind Versuche der ideologischen Beeinflussung der Arbeiter mit dem Ziel, sie der Sozialdemokratie fernzuhalten.⁵⁰ Zu diesem arbeiterfeindlichen Vorgehen wurde die Kirche vom Grubenkapital ermuntert und durfte die von der Bourgeoisie verwalteten und von den Bergarbeitern in die Knappschaftskassen gesteuerten Groschen dazu verwenden.

Aus diesen Zeilen wird aber weiterhin noch ersichtlich, daß die unter dem Tarnmantel christlicher Nächstenliebe gestartete ideologische und materielle Korruptionspolitik im ganzen gesehen relativ unbedeutend blieb, ja viele Beispiele geradezu „gesucht“ wirken. Es lag in der Macht der Zechenherren, wie viel Geld der christlichen Missionsarbeit zur Verfügung gestellt wurde. Nur eine kleine Minderheit sollte nach dem Willen des Grubenkapitals bestochen werden. Da das im Interesse der Zechenherren geschah, konnte die Missionsarbeit niemals materielle Vorteile für alle Arbeiter bringen. Damit wurde die Arbeiterklasse gespalten, am geschlossenen Auftreten gehindert und einer ihrer stärksten Waffen, der Einheit, beraubt.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes, zu Beginn der neunziger Jahre, wurden auch im sächsischen Bergbau die Versuche zur Korruption eines Teiles und der Ablenkung des Proletariates vom Klassenkampf immer vielfältiger und raffinierter. Dies lag ganz im Zuge der einsetzenden imperialistischen Entwicklung Deutschlands. Besonders illustrativ dafür ist folgendes Beispiel:

Im Februar 1891 wandte sich der „Allgemeine Verein für Kaninchenzucht und Kaninchenverwertung“ mit einem Schreiben an die Bergbehörden und die Direktionen der einzelnen Zechen und bat diese um Unterstützung seiner Bestrebungen. In diesem Schreiben hieß es: „Die drückende Fleischteuerung, die schwer lastet auf allen Kreisen der ärmlichen Bevölkerung, haben den Allgemeinen Deutschen Verein für Kaninchenzucht und Kaninchenverwertung ins Leben gerufen, der in der Kaninchenzucht ein sicheres Mittel erblickt, dem täglich sich mehrenden Elend, der wachsenden Unzufriedenheit, wie sie durch eine unzureichende Ernährung und durch den sich steigernden Schnapsgenuß des Arbeiters immer mehr gefördert werden, in kräftigster Weise entgegenzutreten.

... — Sie (die Kaninchenzucht — E. W.) schafft dem Arbeiter vor allem einen *Besitz*, der, so klein er ist, sich fortwährend vermehrt, *nachweisbar* sein ganzes

⁵⁰ Ersichtlich wird die Arbeiterfeindlichkeit der christlichen Missionsarbeit aus folgendem Brief des Pfarrers von Oelsnitz an die Gewerkschaft Deutschland vom 7. 6. 1912. Darin heißt es u. a.: „Vielleicht darf erwähnt werden, daß durch Kolportagen auch ein neulich erschienenenes, ganz vorzügliches und vielfach warm anerkanntes Schriftchen christlich-politischen Inhalts vertrieben wurde: H. Meindorf, Von Golgatha bis an der Welt Ende, das mit zwingender Kraft das Christentum gegen die Sozialdemokraten verteidigt und das in Arbeiterkreisen, die dem Ansturm der religionsfeindlichen Sozialdemokraten ausgesetzt sind, gar nicht genug verbreitet werden kann.“ In: Archiv des VEB Steinkohlenwerkes „Deutschland“, Grubenvorstandsakten 1912.

Interesse in Anspruch nimmt, ihm das Wirtshaus und den Hetzreden wüster Agitatoren allmählich aber sicher entzieht und in steter dauernder und fester Weise an Haus und Familie fesselt.“⁵¹ Dieses Schreiben ist deshalb so schön, weil es einerseits ganz offen die zunehmende Verelendung des Proletariates zugibt und zugleich auch dokumentiert, bis zu welchem hohen Grad der Primitivität die bürgerlichen Sozialreformer teilweise herabsanken.

Aber weder diese, noch die anderen Organisationen, Schützen- und Militärvereine, Stammtische oder ähnliche Einrichtungen⁵², konnten die Arbeiter vom Kampf um ein besseres Leben ablenken. Die Arbeiterklasse wurde sich in zunehmendem Maße ihrer wirklichen Lage bewußt.

Eine weit größere Rolle kam am Anfang der neunziger Jahre in den sächsischen Revieren noch immer der Kirche zu, die ihre Rolle als Hauptträger der bourgeoisen Korruptions- und ideologischen Ablenkungs- und Beeinflussungspolitik weiter zu stärken suchte. Neue Vereine der Inneren Mission wurden gegründet, und die finanziellen Zuwendungen seitens der Werke und des Unternehmerverbandes an diese verstärkt.⁵³

Die gesteigerte Aktivität der Kirche, das verstärkte Ausnutzen der christlichen Ideologie zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war keine spezifische Erscheinung, die ausschließlich den sächsischen Steinkohlenbergbau betraf. In allen großen Revieren Deutschlands waren ähnliche Anzeichen dafür spürbar.

Im Ruhrrevier kam es am 26. August 1894 zur Gründung des Gewerkvereines christlicher Bergarbeiter.⁵⁴ Auf seine Fahnen hatte er, wie konnte es auch anders sein, vor allem den Kampf gegen die Sozialdemokratie und den Alten Verband geschrieben. „Jedes Mitglied mußte ein Revers unterschreiben, worin es sich als

⁵¹ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 7 AAb Arbeiterwesen allgemein, Bd 1, Bl. 188.

⁵² Junghannß, E., Chronik von Oelsnitz im Erzgebirge. Oelsnitz 1901. Diese Arbeit gibt an mehreren Stellen über die Geschichte der verschiedensten Vereine Aufschluß.

⁵³ Die Gründung des Vereines für Innere Mission in Oelsnitz erfolgte nach gescheiterten Versuchen in den Jahren 1891, 1892 und 1893, endgültig 1895. Nach: Junghannß, E., a. a. O., S. 371. Von 1896 bis 1910 erhielt dieser Verein für die Einrichtung eines Kindergartens und dessen Unterhalt von den Steinkohlenwerken „Hedwigschacht“, „Deutschland“, „Gottesseggen“, „Concordia“ und „Vereinsglück“ mindestens 8500 Mark. (Nach: Archiv des VEB Steinkohlenwerkes „Deutschland“, Grubenvorstandsakten 1912.)

Später wurde die jährlich aufgewandte Summe wahrscheinlich erhöht; jedenfalls erhöhte die Gewerkschaft Deutschland ihren Jahresbeitrag 1912 von 200 Mark auf 300 Mark. (Ebenda.)

Für die Gewährung der Gelder sicherte sich der Grubenvorstand der Gewerkschaft Deutschland ein Mitbestimmungsrecht darüber, welche Kinder in den Kindergarten aufgenommen werden durften. Im Protokoll der Grubenvorstandssitzung des genannten Werkes vom 4. 7. 1913 heißt es dazu: „Herr Würker empfahl, nur die Kinder königstreuer Knappen (Gelbe Gewerkschaftler – E. W.) zu dem Kindergarten zuzulassen und die Überwachung des Unternehmens durch die Gemeinde auszuschließen, weil diese möglicherweise unter sozialdemokratischen Einfluß geraten könne.“ (Archiv des VEB Steinkohlenwerkes „Deutschland“, Grubenvorstandsakten 1913).

⁵⁴ Fricke, Dieter, Der Ruhrbergarbeiterstreik 1905. Berlin 1955, S. 51.

2 Wächtler, Arbeitervereine

Gegner der sozialdemokratischen Grundsätze und Bestrebungen bekannte.“⁵⁵ Alles das sollten neue Schläge gegen die von der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland geführte Arbeiterbewegung sein. Es waren Versuche, den stürmischen Aufschwung, den sie nahm, zu unterbinden und zu schwächen.⁵⁶

Auch im sächsischen Steinkohlenbergbau wuchs die Aktivität der Kirche und besonders natürlich der Geistlichkeit nach dieser Richtung hin. Hier suchte man ebenfalls der Organisation der Bergarbeiter neue, den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen ergebene, Organisationen entgegenzusetzen.

Der am 6. August 1890 in Erfurt gegründete „Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine Deutschlands“ suchte Fuß zu fassen. In seinem 1893 neu beschlossenen Programm hieß es:

„Wir stehen auf dem Grunde des evangelischen Christentums. Wir bekämpfen darum die materialistische Weltanschauung, wie sie sowohl zu den Ausgangspunkten als zu den Agitationsmitteln der Sozialdemokraten gehört, aber auch die Ansicht, daß das Christentum es ausschließlich mit dem Jenseits zu tun habe.“⁵⁷

Nach Meinung des Vereines kam es darauf an, die bestehende Ordnung zu stützen. Das Existierende war demnach das Gottgewollte, die höchste und beste Staatsform. Ausdrücklich legte der Punkt 2 des Arbeitsprogrammes der evangelischen Arbeitervereine fest:

„Die Vereine fördern mit aller Kraft die Anhänglichkeit an Kaiser, Reich und Vaterland.“⁵⁸

In Lugau wurde 1894 mit 52 Mitgliedern ein evangelischer Arbeiterverein gebildet.⁵⁹ Die sächsische Regierung bzw. die ihr untergeordneten Dienststellen sahen mit förderndem Wohlwollen diese Bestrebungen. Sichtlich erfreut darüber registrierte man z. B. in einer Berginspektorenberatung beim Bergamt Freiberg: „Mittlerweile nahm nun aber in diesem Revier (Lugau-Oelsnitz — E. W.) die Gründung der evangelischen Arbeitervereine einen vielversprechenden Umfang, namentlich in Lugau an.“⁶⁰ Der Anfang war zwar gemacht, aber die Entwicklung dieser Organisation blieb bescheiden. Bis 1899 verzeichnete sie einen Mitgliederzuwachs von ganzen 3 Personen.⁶¹ Bei einer Revierbelegschaftszahl von 8304 fielen die 55 evangelischen Arbeitervereinsmitglieder gar nicht auf.⁶²

⁵⁵ Koch, Max, a. a. O., S. 61, Anmerkung 2.

⁵⁶ Bernhard, Hans, Disposition des Hochschullehrbuches der Geschichte des deutschen Volkes 1871–1918. In: „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, IV/54, S. 582.

⁵⁷ Just, A., Die evangelischen Arbeitervereine. Leipzig 1906, S. 5.

Auch im Statut fand der gegen die Sozialdemokratie gerichtete Hauptgrundzug der evangelischen Arbeitervereinspolitik seine juristische Verankerung. Im § 2 hieß es: „Der Zweck des Verbandes ist . . . e) den Kampf gegen die Irrlehren der Sozialdemokratie gemeinsam und planmäßig zu führen. (Aus: Weber, L., Die Aufgaben der inneren Mission. Leipzig 1890, S. 218).

⁵⁸ Ebenda, S. 6.

⁵⁹ Junghannß, E., a. a. O., S. 371.

⁶⁰ LHA Dresden, M.d.L. 17 563, Protokoll der Bergwerksinspektionsberatung vom 2.12.1895.

⁶¹ Junghannß, E., a. a. O., S. 371.

⁶² Jahrbuch für Berg- und Hüttenwesen im Königreich Sachsen, Jg. 1900.

Auch in der Folgezeit war man weiter eifrig bemüht, den Einfluß der christlichen Arbeitervereine auf die Belegschaft des Revieres zu vergrößern. Kunde davon gibt die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ vom 22. 10. 1900. Dort heißt es: „Die evangelischen Arbeitervereine von Lugau und Oberwürschnitz sind gegenwärtig eifrig bemüht, in den Nachbarorten Brudervereine zu gründen. So soll sich am 29. 11. in Niederwürschnitz die Gründung eines solchen Vereines vollzogen haben.“⁶³

Alles Mühen aber nützte nichts. Selbst der am Anfang des Jahres 1906 auf Betreiben des Lugauer Vereins erfolgte Gründung einer Zahlstelle des „Gewerkvereines christlicher Bergarbeiter“ in Lugau kann keine übermäßige Bedeutung für den politischen und gewerkschaftlichen Kampf zugemessen werden. Die Versuche der christlichen Gewerkschaftsbewegung, im Revier Lugau-Oelsnitz entscheidend Fuß zu fassen, waren damit fehlgeschlagen. Sie existierte zwar hier wie in Zwickau, war aber, verglichen mit dem Ruhrgebiet, zur Bedeutungslosigkeit verdammt.

Diese Tatsache bestätigte auf der 18. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands der Bergarbeiter Hanstein aus Würschnitz. In seiner Diskussionsrede führte er unter anderem aus: „Der christliche Gewerkverein hat auch bei uns versucht, Fuß zu fassen, darüber hinaus ist es auch nicht gekommen. Er hat als Vertrauensmann einen gewissen Hübner, der nicht die geringste Achtung bei den Kameraden genoß. Heute kann man sehen, daß der christliche Gewerkverein bei uns kläglich Fiasko gemacht hat. Ganze zwei Dutzend Bergleute gehören ihm bei uns an.“⁶⁴

⁶³ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 6 AAb, Bl. 81.

⁶⁴ Protokoll der 18. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands vom 16.–21. Mai 1909 in Eisenach.

Trotzdem stärkte natürlich auch die christliche Gewerkschaft besonders bei Streiks die Position der Unternehmer. Den Beweis dafür liefert der folgende Artikel aus dem „Stollberger Anzeiger“, Nr. 62 vom 16. 3. 1912, der in der Zeit der unmittelbaren Streikvorbereitung geschrieben wurde: „Am Mittwoch Abend fand eine Versammlung der Zahlstelle Lugau des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter statt. Die eingeleitete Lohnbewegung und das ablehnende Verhalten der Arbeitgeber zu den gestellten Forderungen in den Ausschusssitzungen am Dienstag, den 12. März, hatte eine solche notwendig gemacht. In der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung der Zahlstelle Lugau des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschland hat zu der Ablehnung der gestellten Forderungen seitens der Arbeitgeber im Lugau-Oelsnitzer Kohlenrevier Stellung genommen und bedauert insbesondere die Ablehnung einer Lohnerhöhung. Trotzdem erklären sich die Versammelten gegen einen eventuellen Streik, weil derselbe nur als Sympathiekundgebung für die englischen Bergleute gedacht sein kann und ferner die auf nationalem Boden stehenden gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter bei den Vorbereitungen nicht berücksichtigt worden sind. Die Versammlung erwartet, daß eine den heutigen Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung eintreten wird und bittet um einen gerechten Ausgleich der Löhne.“ Nach: Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 20 AAb, Bd 3, Bl. 92a.

Wo liegen die Ursachen, worin ist der Grund für diesen beachtlichen Unterschied zum Ruhrgebiet zu suchen, wo die christliche Gewerkschaft dem Alten Verband nach „Mitgliederzahl und Bedeutung folge“? ⁶⁵

Als der „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter“ im Ruhrgebiet gegründet wurde, war dort der Alte Verband noch sehr jung, ideologisch und organisatorisch ungefestigt. Viele Jahre lang hatten bürgerlich gelenkte, vor allem von katholischen Kräften beeinflusste Arbeitervereine dominiert.⁶⁶ Im Revier Lugau-Oelsnitz jedoch entstand der erste evangelische, zugleich auch erste christliche Arbeiterverein überhaupt erst zu einem Zeitpunkt, als die Bergarbeiter dort schon dreißig Jahre lang eine eigene gewerkschaftliche Organisation kannten. Mit Feuereifer klärten die organisierten Arbeiter die noch abseits stehenden über den wahren Charakter evangelischer Arbeitervereine auf. In einem Flugblatt des Sächsischen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes vom 15. 6. 1894 hieß es zum Beispiel ⁶⁷:

„Arbeiterbrüder! durch evangelische Arbeitervereine, Fechtvereine oder Krieger- und Militärvereine ist uns nicht viel gedient. Durch solche Vereine binden wir uns nur die Hände und kommen nicht vorwärts.“

Zweifellos spielte dieser Kampf des organisierten Proletariats und die zunehmende Stärkung des Klassenbewußtseins aller Bergarbeiter für das weitere Schicksal der „christlichen Bewegung“ eine große Rolle.

Ein anderer wichtiger Faktor ergab sich aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnissen im Ruhrgebiet einerseits und in Sachsen andererseits.

Die linken Kräfte des politischen Katholizismus, sei es nun in Gestalt der Christlich-Sozialen in den siebziger Jahren oder des linken Zentrums politikers Johannes Fußangel in den achtziger Jahren, traten beim Aufbau katholischer Bergarbeitervereine im Ruhrgebiet zwar mit großer Energie und Ausdauer gegen die Sozialdemokratie auf, doch kämpften sie andererseits mit ihrem Programm, wenn letzten Endes auch demagogisch, bemerkenswert für die Verbesserung der materiellen Lebenslage aller Bergarbeiter.⁶⁸

„Kam dann eine Periode“, so schreibt August Bebel, die Problematik der Politik dieser Kräfte kennzeichnend, „wo die unterdrückten Massen infolge des Übermaßes an Druck sich zu empören anfangen, so war immer die Geistlichkeit die Hauptstütze der Gewalt, die ihren Einfluß auf die Massen benutzte, entweder, damit die Empörung unterdrückt wurde, oder wenn sie selbst zugestehen mußte, daß der Druck unerträglich und deshalb für das Bestehende gefährlich war, die

⁶⁵ Fricke, Dieter, a. a. O.

⁶⁶ Vgl.: Koch, Max, a. a. O., S. 59. „Katholische Arbeiterassoziationen bestanden bereits im Revier, noch ehe die Sozialdemokratie dort Wurzeln schlagen konnte.“

⁶⁷ Vgl.: Anhang, Flugblatt.

⁶⁸ Koch, Max, a. a. O., S. 31. „Fußangel brachte in langen Presseartikeln die Mißstände in den Knappschaftsvereinen an die Öffentlichkeit. Er fand fähige Mitarbeiter, die praktische Erfahrung aus Knappschaftsvereinen mitbrachten. Sie veranstalteten große Versammlungen, auf denen Reformen gefordert und Petitionen an die Regierung und Parlamente gesandt wurden.“

durch kluge Ratschläge an die Machthaber zu Konzessionen riet, und dann, gestützt auf diese das besänftigende Öl auf die erregten Wogen goß ...

Das Zentrum als die politische Vertretung des Katholizismus im Deutschen Reich hat von Anfang an, als es bemerkte, daß die katholischen Massen der sozialistischen Bewegung sich anzuschließen drohten, getreu den Traditionen der Kirche, sich an die Spitze der Bewegung gestellt und dieselben seinen Zwecken dienstbar gemacht. Daher die Erscheinung, daß die industriellen, aber katholischen Bezirke des Rheinlandes und Westfalens bisher noch am wenigsten von der sozialdemokratischen Propaganda infiziert waren. Die katholischen Geistlichen und besonders die noch mit Jugendfeuer und Enthusiasmus beseelten Kaplane, diese eigentliche *ecclesiae militans*, haben mit Waffen, die in der Hauptsache dem sozialdemokratischen Arsenal entnommen waren, die soziale Frage traktiert, nur immer mit dem Hinweis, daß die Kirche die alleinige wahre Helferin sei, und die revolutionären, auf den Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten sozialistischen Bestrebungen zu verabscheuen seien.⁶⁹

Die Gründer evangelischer Arbeitervereine in Sachsen entnahmen dem „sozialdemokratischen Arsenal“ keine Waffen. Gerade in diesen Jahren traten die sächsischen Konservativen mit einem neuen Programmentwurf an die Öffentlichkeit, indem u. a. gefordert wurde, die Einflüsse der Kirche auf das gesellschaftliche Leben in jeder Weise zu fördern und zu verstärken, „die Autorität des Arbeitgebers zu stützen und die Erfüllung der Pflichten des Arbeiters gegen seine Dienstherrn zu sichern; die Verletzung dieser Pflichten jedoch, vor allem die Verabredung ganzer Klassen von Arbeitern zu ungerechtfertigter Einstellung der Arbeit unter Nichtbeachtung der Entscheidungen der Schiedsgerichte unter Strafe zu stellen.“⁷⁰

Das Ziel dieser evangelischen Bergarbeitervereine war deshalb nicht im geringsten eine auch nur scheinbare Verbesserung der materiellen Lebenslage der Kumpel, sondern sie sollten dem Kapital einzig und allein die Ausbeutung der Arbeiter erleichtern helfen. Aus diesem Grunde wurden die evangelischen Arbeitervereine unter den Bergarbeitern der sächsischen Steinkohlenreviere auch nicht populär.

Der 1894 im Ruhrgebiet gegründete Gewerkverein christlicher Bergarbeiter stellte nun seinerseits auch keine bloße Nachfolgeorganisation der katholischen Knappenvereine dar. Der Bergarbeiterstreik 1889 war nämlich zugleich ein Wendepunkt der Zentrumspolitik in bezug auf die Bergarbeiter. „Im Jahre 1889 befand sich der Ultramontanismus am Ausgang seiner Oppositionszeit.“⁷¹ Nicht ohne Bedeutung dafür war mit die Tatsache, daß ein großer Teil „der kapitalistischen Presse ihm die Schuld am Ausbruch jenes ‚wilden‘ Streikes“ zuschob.⁷² Unter den Triebkräften zum Aufbau der christlichen Gewerkschaften wurde nun-

⁶⁹ *Bebel, August*, Das Papsttum und die soziale Bewegung. In: „Die Neue Zeit“, Jg. IV, S. 97 und 100.

⁷⁰ Artikel: Die sächsischen Konservativen. In: „Die Neue Zeit“, Jg. X, 2, S. 85.

⁷¹ *Niebuhr, O.*, Der dritte große Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier. In: „Die Neue Zeit“, Jg. XXX, 1, S. 934.

⁷² *Ebenda*, S. 935.

mehr der rechte Flügel des Zentrums und die Reichspartei, das rheinisch-westfälische Monopolkapital, einflußreicher. Deshalb war dieser Verein nach seinem Statut nicht weniger antisozialdemokratisch und an der Aufrechterhaltung der alten bestehenden Ordnung interessiert als die evangelischen Arbeitervereine in Sachsen.⁷³ Er gewann aber im Ruhrgebiet im Gegensatz zur christlichen Bewegung in Zwickau und in Lugau-Oelsnitz eine sehr beachtliche Basis unter den Bergarbeitern.

Dieser Umstand läßt sich nur aus der Geschichte der Herausbildung der Gewerkschaftsbewegung in den verglichenen Steinkohlenrevieren erklären.

In Sachsen hatten die christlichen Organisationsversuche in den Steinkohlenrevieren überhaupt keine Tradition, auf die sie aufbauen konnten. Niemals auch traten die evangelischen Vereine mit Forderungen auf, die im Interesse aller Kumpel gelegen hätten.

Im Ruhrgebiet aber hatte die christliche „Bewegung“ eine solche Tradition aufzuweisen; zumindest dominierten die katholischen Knappenvereine bis 1889 unter den gesellschaftlichen Kräften, die soziale Forderungen der Bergarbeiter aufstellten. Viele Bergarbeiter der westfälischen Reviere glaubten, daß der christliche Gewerkverein diese Tradition ohne weiteres übernehmen würde, doch bald mußten auch sie erkennen, daß sie sich getäuscht hatten.

Von ausschlaggebender Bedeutung für den evangelischen Fehlschlag in Sachsen war aber noch ein anderer Faktor — die Haltung des Grubenkapitals selbst.

Die Gründung der evangelischen Arbeitervereine als Sammelbecken und Vorstufe zum Aufbau einer christlichen Gewerkschaft blieb bedeutungslos und erfolgte den sächsischen Zechenherren zu spät. Die ersten Schritte zum Aufbau der gelben Gewerkschaft waren schon eingeleitet.⁷⁴ Das Grubenkapital brauchte eine Schutztruppe, welche es vollständig und sicher beherrschen konnte. Sie stießen sich nicht an den Zielen der evangelischen Vereine und der christlichen Arbeiterbewegung überhaupt, sondern vielmehr an ihrer Organisationsstruktur, die unliebsame Zwischenfälle für die Bourgeoisie nicht ausschloß.⁷⁵ Erklärend heißt es dazu im Protokoll der schon oben erwähnten Berginspektorenberatung beim Bergamt Freiberg: „Die evangelischen Arbeitervereine nahmen nicht lediglich Bergarbeiter, sondern auch Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeder Art auf. Bei einem solchen Verein war es den Werken nicht möglich, in solcher Weise unterstützend einzugreifen, als bei einem Vereine, welcher lediglich aus Bergleuten besteht.“

Die Grubenherren wollten demnach die Organisation auch zur materiellen Korruption eines Teiles der Arbeiter ausnutzen und sie vor allem fest in der Hand haben. Alle, denen das Grubenkapital materielle Vorteile bot, sollten auf seinen eigenen Zechen beschäftigt sein. Das war sein Interesse, und deshalb versagte es dem weiteren Ausbau der evangelischen Arbeitervereine seine Unterstützung.

⁷³ Fricke, Dieter, a. a. O., S. 51.

⁷⁴ LHA Dresden, M. d. I. 17563, Protokoll der Berginspektorenberatung vom 2. 12. 1895.

⁷⁵ Ebenda.

Die evangelische Arbeiterbewegung diente zwar ebenfalls dem Kapital und wollte von ihm ausgehalten werden. Die Zechenherren des Revieres Lugau-Oelsnitz aber entschieden sich für die gelbe Gewerkschaft, sie wählten sich von zwei dem wesentlichen Inhalt nach gleichen Möglichkeiten, die mit der für sie, unter den im Revier gegebenen Bedingungen, günstigeren Form. Die Stärke und Kampferfahrung der sozialistischen Bewegung im Revier zwang das Lugau-Oelsnitzer Grubenkapital, die Form der Gegenorganisation zu wählen, die sie am festesten in der Hand hatten. Die Unternehmer bauten in den folgenden Jahren den ihnen ergebenden gelben Verband auf und aus, auf den ihrer Meinung nach die Sozialdemokratie den geringsten Einfluß ausüben konnte.

Der westdeutsche Historiker Max Koch schreibt über die Ziele und Aufgaben der „Gewerkschaftsgenossenschaft christlicher Bergarbeiter“ folgendes: „Von der Sozialdemokratie und dem Alten Verband ist es später immer so dargestellt worden, als habe der „Gewerkverein“ nur einen Sturmblock gegen die Sozialdemokratie bilden sollen, von den klerikalen Führern ins Leben gerufen, aber keinem Bedürfnis der Arbeiter entsprechend.“⁷⁶ Diese Behauptung wird am deutlichsten durch die Entwicklung des Vereines widerlegt.“⁷⁷ Als Beleg dazu verweist Koch auf die Darstellung der Entwicklung des christlichen Gewerkvereines im Band 2 des Buches von Otto Hue, „Die Bergarbeiter“.

Wir stehen bestimmt sehr kritisch zu Hues Werk. Dort gibt es sehr vieles, was revisionistisch, opportunistisch ist. Wesentliche revolutionäre Taten der deutschen Bergarbeiter werden darin falsch dargestellt oder gar verschwiegen. Aber in dem von Koch angeführten Falle muß man Hue recht geben. Die Schlußfolgerungen, die sich aus den Studien im sächsischen Steinkohlenbergbau, vorwiegend in Lugau-Oelsnitz, ergeben, stellen die Meinung von Koch auf die Füße. Ausschlaggebend für die Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung waren nicht die Bedürfnisse und Interessen der Arbeiter, sondern die des Kapitals.

Wenn im Ruhrgebiet den Inspiratoren der christlichen Bewegung zeitweise die Zügel mehr oder weniger stark entglitten und auch die Leitung dieses Verbandes nicht umhin konnte, auf Grund der Stimmung der eigenen Mitgliedschaft bestimmten Forderungen der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter zuzustimmen⁷⁸, so war das doch kein Ausdruck des Bedürfnisses der Arbeiter im christlichen Gewerkverein nach einer eigenen Organisation. Es war vielmehr gerade der Ausdruck dafür, daß den im christlichen Verband organisierten Arbeitern in Wirklichkeit die gleichen Interessen und Bedürfnisse wie den Mitgliedern des Alten Verbandes eigen waren. Das Bedürfnis nach einer christlichen Gewerkschaft lag auch hier vor allem bei den Zechenherren und den mit ihnen verbündeten gesellschaftlichen Kräften, an deren Spitze die Kirche stand. Divide et impera war ihre Parole! Eine einzige machtvolle Organisation der

⁷⁶ Hue, Otto, a. a. O., S. 452 ff.

⁷⁷ Koch, Max, a. a. O., S. 60, Anmerkung 5.

⁷⁸ Ebenda, S. 63. Betrifft die Ausführungen über die Vorgeschichte und Nachwirkungen des Kongresses christlicher Gewerkschaften in Mainz 1899.

Arbeiter fürchteten sie. Die von Koch selbst gebrachten Beispiele sprechen in Wirklichkeit gegen seine eigenen Thesen vom angeblichen Bedürfnis der Arbeiter nach einer christlichen Organisation.⁷⁹

In seiner im Mai 1909 verfaßten Arbeit: „Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion“ schreibt Lenin, sich auf die russischen Verhältnisse beziehend, daß „für die Sozialdemokratie wohl das wichtigste (gemeint ist bei der Diskussion über das Verhältnis Partei – Religion. – E. W.) die Klarstellung der Klassenrolle der Kirche und der Geistlichkeit bei der Unterstützung der Schwarzhunderter-Regierung und der Bourgeoisie in deren Kampf gegen die Arbeiterklasse sei.“⁸⁰ Die Geschichte des Revieres Lugau-Oelsnitz zeigt, daß die Kirche auch in Sachsen eine der festesten, bewährtesten und traditionsreichsten Stützen der Zechenherren war. Mit Beginn der monopolistischen Entwicklung verstärkte sie ihre der Arbeiterklasse schadende Tätigkeit. Im Auftrage der Grubenherren suchten sie bestimmte Teile der Arbeiterklasse durch ideologische Beeinflussung und materielle Korruption fest an das Kapital zu fesseln, wobei die letzte Methode gerade in den neunziger Jahren an Bedeutung gewann.

Absolut vergrößerte die Kirche die diesbezüglichen Anstrengungen, aber sie verlor für die Grubenherren des Revieres Lugau-Oelsnitz im Laufe der neunziger Jahre viel von ihrer ursprünglichen Bedeutung als Hauptinstrument der ideologischen Beeinflussung und materiellen Bestechung. Die herrschende Klasse bediente sich neben ihr verstärkt neuer Einrichtungen, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Die gelben Gewerkschaften traten in Sachsen, besonders im Revier Lugau-Oelsnitz, auf den Plan.

3. Das Scheitern des Versuches, die Bergarbeiterbewegung in Sachsen zu zerschlagen

Unter dem Datum vom 4. 5. 1894 registrierte auf dem Bergamt Freiberg der königlich sächsische Berginspektor Titel, daß sich bei der Gewerkschaft „Deutschland“ in Oelsnitz ein gewisser Oberhauer Julius Robert Börner gefunden habe, der gegen die Petition des Bergarbeiterverbandes vom 19. III. 1893 sei. Dieser wäre angewiesen worden, um sich Gesinnungsgenossen zu sammeln.⁸¹

⁷⁹ Koch, Max, a. a. O., S. 63. „Schon der Nationale Kongreß christlicher Bergarbeiter in Bochum 1897 und dann der Streik am Pießberg bei Osnabrück 1898 verrieten deutlich die Entwicklung, der sich auch der Gewerkverein nicht verschließen konnte; durch energische Vertretung von Arbeiterinteressen, die ihn in Gegensatz zum Unternehmertum führen mußte, wurde dem Gewerkverein der „Kampfcharakter“ aufgezwungen, auch wenn er sich durch Satzungsbestimmungen dagegen zu schützen versucht hatte. Indem er die materiellen Interessen stärker betonte und zeitweilig mit dem Alten Verband zusammenging, beschwor er eine schwere innere Krise in den christlichen Gewerkschaften herauf.“ Dem Streik am Pießberg fehlen nach Koch soziale Motive; er fand danach nur statt, weil eine protestantische Zechenleitung an katholischen Feiertagen arbeiten lassen wollte.

⁸⁰ Lenin, W. I., Marx-Engels-Marxismus. Moskau 1947, S. 213.

⁸¹ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte Sozialdemokratische Bestrebungen..., Bl. 152.

Ein Oberhäuer war einer der bestbezahltesten Arbeiter im Bergbau, eine Art Vorarbeiter. Ehe man Oberhäuer auf einem Werke wurde, mußte man eine bestimmte Anzahl von Jahren auf ein und demselben Werke beschäftigt sein und das Vertrauen der Grubendirektionen besitzen. Nicht umsonst hieß es so oder ähnlich in allen Arbeitsordnungen der Gruben des sächsischen Steinkohlenbergbaues: „Das Einordnen in eine Arbeiterklasse (Fördermann, Lehrhäuer, Häuer, Oberhäuer u. a. — E. W.) wird von der Werksverwaltung bestimmt und hängt von der Verwendbarkeit, dem Fleiße und der Zuverlässigkeit der Arbeiter ab. Zeigt der Arbeiter für die Klasse, welcher er zugeteilt ist, nicht die erforderlichen Fähigkeiten, so kann er sofort in eine andere, wenn auch niedere, seinen Anlagen entsprechende Klasse — so auch ein Grubenarbeiter in eine Klasse Tagearbeiter — versetzt werden.“⁸²

Einen Angehörigen der bestbezahltesten Arbeiterschicht, einen Angehörigen der Arbeiteraristokratie, suchten die Zechenbesitzer zu kaufen, um ihn gegen die Interessen seiner Klasse auszunutzen und auszuspielen.

Bald trat die Gruppe um Börner mit einer Gegenpetition an die Öffentlichkeit, in der die Forderungen des Bergarbeiterverbandes als nicht im Interesse der Arbeiter liegend bezeichnet wurden. Des weiteren wurden die Bergarbeiter zum Zusammenschluß in einem antisozialdemokratischen „Königstreuen Knappenverein“ aufgerufen.⁸³

Der Name „Verein Königstreuer Knappen“ war vom Grubenkapital mit Bedacht gewählt worden. Der Steinkohlenbergbau in Sachsen, besonders im Revier Lugau-Oelsnitz war relativ jung und frei von feudalen, reaktionären Knappentraktionen, wie sie der im Abklingen begriffene sächsische Erzbergbau aufwies. Die Masse der Bergleute der Steinkohle waren moderne Industriearbeiter, von vornherein weitgehend frei von feudalen Fesseln und Privilegien. Nun suchte das Grubenkapital diese reaktionären Traditionen der Bergknappen der Form nach auf die Steinkohlenarbeiter zu verpflanzen, mit Uniformen, der Königskrone am Aufschlag und was sonst noch dazu gehörte. Mit dieser Neuaufwärmung des Knappenbegriffes in der Kohle wollte die Bourgeoisie den Bergarbeitern einen Standesdünkel einhämmern, der es den Grubenherren erleichterte, die Bergleute vom übrigen Industrieproletariat abzuspalten. So sollte eine Schwächung der Arbeiterbewegung im allgemeinen, wie im Bergbau im besonderen erreicht werden.⁸⁴

⁸² Arbeiterordnung des Steinkohlenwerkes „Vereinsglück“ vom 7. 2. 1890, Abschn. V; desgl. auch Arbeiterordnung des Steinkohlenwerkes „Fl. Kästner & Co.“ zu Rheinsdorf vom 28. 12. 1889, Abschn. II.

⁸³ LHA Dresden, M. d. I. 17563, Bl. 6f.

⁸⁴ In der Sitzung des Vereins für Bergbauliche Interessen im Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier vom 17. 1. 1893 hieß es im Protokoll, die Motive für die späteren Bestrebungen zur Bildung gelber Gewerkschaften bloßlegend: „Der Bergmann fühlte sich aber auch stets als ein besserer, als ein bevorzugter Arbeiter; er war nicht Arbeiter im gewöhnlichen Sinne, sondern er war Knappe. Leider verschwand nach und nach die Eigenart des Bergmannes, das Standesbewußtsein verringerte sich und das Gefühl beruflicher Zusammenarbeit lenkte

Der damalige Vorsitzende des Sächsischen Bergarbeiterverbandes, Hermann Sachse, charakterisiert Börner und seine Hilfsgenossen, indem er schrieb: „Flugs kamen den Herren Kapitalisten einige evangelische Arbeitervereiner zu Hilfe. ... Diese evangelischen Arbeiter ‚Börner und Genossen‘ aus Oelsnitz (Deutschlandschacht) verfertigten eine Gegenpetition an den Landtag und baten, alles beim alten zu lassen.“⁸⁵

Materiell von den Werken korrumpiert und ideologisch durch die Kirche dem Grubenkapital gefügig gemacht, wurden sie der Kaderstamm der geplanten Unternehmerschutztruppe. Hermann Sachse ging aber in seinen hier zitierten Ausführungen noch weiter. Er schätzt die Arbeiter vom Typ Börner als Unternehmernknechte und Verräter ein. In Wirklichkeit waren sie nicht nur, wie er sagte, ökonomisch und politisch von den Zechenherren abhängig, sondern auch unfähig, etwas einer Petition Ähnliches überhaupt zu Papier zu bringen.

Sie waren gar nicht die Verfasser des ihnen von den Zechenherren in der Öffentlichkeit zugeschriebenen Machwerkes. Vor Gericht behauptete Börner zwar später bei anderer Gelegenheit⁸⁶, „daß er aus eigenem Antrieb früher auf den Gedanken einer Gegenpetition gekommen“ sei, mußte aber zugeben, daß er nach Rücksprache mit anderen Bergarbeitern die „Unterlagen“ dem technischen Direktor des Deutschlandschachtes Oelsnitz, „Bergdirektor Klötzer, gebracht habe, der dann die Gegenpetition abgefaßt“ hätte.⁸⁷

Auf Grund dieser Worte wird klar, wessen Geistes Kind die Gegenpetition war, in wessen Interessen die Gegenpetition wirklich lag.

Darüber hinaus hatten die Grubenherren auch noch die Kosten für den Druck der Gegenpetition und eines Aufrufes zur Gründung des Königstreuen Knappenvereines getragen. Selbst die Reiseauslagen waren, wie Börner vor Gericht weiter ausführte, „von Bergdirektor Klötzer ebenfalls erstattet worden.“⁸⁸

in Bahnen ein, die vor allem den sozialdemokratischen Bestrebungen dienen. Jetzt ist eigentlich der Bergmann nur noch Industriearbeiter wie jeder andere, den Stolz bevorzugter Arbeiter zu sein, hat er fallen lassen . . . Am fühlbarsten ist das Verschwinden der Eigenart des Bergmannes in denjenigen Revieren, die sich erst in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben.“ Nach: Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte, 7 AAb, Bd 1, Bl. 241. Natürlich gab es schon in den Jahren, in denen die Arbeiterbewegung noch nicht festen Fuß in den sächsischen Steinkohlenrevieren gefaßt hatte, derartige Bestrebungen seitens der Zechenherren. Besonders suchte man dazu die bestehenden, von den Grubenherren kommandierten Knappschaftskassen auszunutzen. Vgl. dazu: Engelberg, Rössler, Wächtler, a. a. O., S. 47–50. Die Zeitung „Glück Auf — Deutsche Bergarbeiter Zeitung“ Nr. 46 des Jahres 1897 schrieb über die Methoden der demagogischen Arbeit der königstreuen: „Paraden, Federbüsche und Uniformeffekte sind die Spekulationsmittel und sie sind nicht von Pappe“, Zitiert bei Imbus h. H., Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisation im Bergbau, S. 419.

⁸⁵ Langhorst, Friedrich, a. a. O., S. 105.

⁸⁶ Diese Zeugenaussage machte Börner in einem späteren Prozeß gegen Hermann Sachse, wo dieser zu einem Jahr Gefängnis wegen angeblicher Verleumdung Börners und der anderen evangelischen „Arbeiter“ verurteilt wurde.

⁸⁷ LHA Dresden, M. d. I. 11148, Bl. 74, Beilage zu Nr. 85 des Generalanzeigers Wilkau vom 18. 10. 1894. Prozeßbericht gegen Hermann Sachse.

⁸⁸ Ebenda.

Das Werkzeug der Grubenherren, Oberhauer Börner, bestritt aber in der gleichen Verhandlung, daß eine über das geschilderte hinausgehende Unterstützung seitens der Werke vorhanden gewesen wäre, vor allem hätten die Zechenleitungen keinen Einfluß auf die Erlangung von Unterschriften genommen.⁸⁹

Hier log er. Börner drehte und wandte sich vor Gericht, um wenigstens einen Teil der üblen Machenschaften des Grubenkapitals zu vertuschen. Die Wahrheit sah aber ganz anders aus. Die Zechenleitungen zwangen die Arbeiter nämlich mit allen nur erdenklichen Mitteln zur Unterschrift unter ihr Machwerk. Bestätigt wird dies durch die folgende Beschwerde von Arbeitern des Wilhelmschachtes I in Zwickau an das sächsische Ministerium des Innern in Dresden.⁹⁰

„An das hochgeehrte Ministerium zu Dresden!

Es ist auf allen Schächten des Zwickauer Revieres laut geworden, daß von dem hochgeehrtesten Ministerium eine Petition für das Wohl der sämtlichen Bergarbeiter ausgehen soll. In der Petition steht, es soll von seiten der Bergleute ein Gegenverband (gegen den sächsischen Berg- und Hüttenarbeiterverband) gegründet werden, wo sich Mann für Mann soll unterschreiben, was diesem auch von dem hochgeehrtesten Ministerium soll erlaubt worden sein. Es ist aber zu bedauern, daß das nicht von der Arbeiterklasse, sondern von der Werksverwaltung ausgeht, wie wir es sehen bei dem Unterschriftensammeln.

Auf dem I. Wilhelmschacht in Oberhohendorf bei Zwickau geht es uns Bergleuten so wohl, daß wir nicht mehr wissen, ob wir noch Schulkinder oder erwachsene Leute sind. Denn dieses Verfahren wird bloß mit Kindern gemacht, sie werden gezwungen. Was auch bei den Bergleuten erzwungen wird, das ist nicht mehr zum Aushalten. Wir fühlen uns genötigt, mit einer Bitte an das hochgeehrte Ministerium (heranzutreten), uns ein klein bißchen beizustehen.

Es ist von unserem Herrn Direktor Schmid ausgehängt und von seiten des Steigers vermeldet worden, wer sich nicht unterschreiben will, der wird es schon bereuen oder wird sofort entlassen. Der Herr Obersteiger Vogel hat auch schon einige zu sich kommen lassen und hat sie mit harten Drohungen angegangen, ja sogar ein Schreiber aus der Knappschaft (hat) müssen Nachtschicht machen, daß wenn die Bergleute früh um 4 Uhr sind ausgefahren, haben die Steiger die Bergleute in die Knappschaft geführt und haben sich unterschreiben müssen. Auch ein Tageaufseher namens Leistner ist in der Nachtschicht umhergelaufen und hat Mann für Mann gezwungen, sich zu unterschreiben. Das glauben wir doch nicht, daß das hochgeehrte Ministerium die Erlaubnis hat gegeben.

Es sind ja auf dem Schacht ein paar Mann, die ihre Unterschriften haben hergegeben zum Aushängen, die von der Werksverwaltung bezahlt sind. Bei uns sind ja viele Arbeiter, die 5–6 Kinder haben, (sie) müssen aus Furcht vor der Entlassung ihre Unterschrift hergeben, die haben auch schon 10–15 Jahre in dem

⁸⁹ Ebenda.

⁹⁰ LHA Dresden, M. d. I. 17563, Bl. 3. (Die in Klammern gesetzten Einfügungen sind in diesem Schreiben von mir angebracht worden. — E. W.)

sächsischen Berg- und Hüttenarbeiterverband gesteuert und müssen ihr früheres verdientes Geld fahren lassen.

Ist das auch recht? Das glauben wir nicht. Wir wollen einmal die Petition mit (der des) sächsischen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes vergleichen. Es werden wohl über die Hälfte sein, die ihre Stimme haben hergegeben aus Furcht vor der Entlassung die in dem sächsischen Berg- und Hüttenarbeiterverband sind. Da sprechen sie auch noch, daß sie den Arbeitern mit Liebe wollen entgegenkommen. Ist das auch Liebe, wenn ein Steiger den Arbeiter bei dem Kittel anpackt und schleift ihn in die Knappschaft zu dem Schreiber Frießel. Hier muß er seine Unterschrift hergeben. Was will so ein armer Bergmann machen, wenn ein Steiger und ein Schreiber dabei ist. Das ist doch bald schlechter (als) wenn ein Mörder oder ein Räuber abgeführt wird. Da müssen wir das hochgeehrte Ministerium dringend bitten eine Hilfe zu schaffen. Wir Arbeiter wollen uns ja gerne in alles schicken, aber nur nicht in diesem Maßstabe mit dem hier gemessen wird. Wir möchten das hochgeehrte Ministerium bitten, sich mit diesen paar Zeilen zu beschäftigen und uns die Bitte zu gewähren.

Glück Auf!

Im Namen der Belegschaft Wilhelmschacht I Oberhohendorf bei Zwickau

5606 Bergleute in Sachsen wurden auf solche oder ähnliche Weise, mit moralischem oder physischem Druck bis zum 1. September 1894 zur Hergabe ihrer Unterschrift genötigt. Davon kamen 1333 aus dem Revier Lugau-Oelsnitz⁹¹, das waren ca. 17 0/0 der dortigen Belegschaft. In Anbetracht der der Bourgeoise zur Verfügung stehenden Mittel blieb das Ergebnis quantitativ nicht sonderlich überwältigend. Entwertet wurde das Resultat noch dadurch, daß ein großer Teil der Unterschriften nur erpreßt war. Der Hauptgrund dafür, daß das Ergebnis der Unterschriftenaktion hinter den Erwartungen der Grubenherren zurückblieb, muß in der Tatsache zu suchen sein, daß der Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter alles unternahm, um die Arbeiter in den sächsischen Bergbaurevieren über den wahren Charakter der Gegenpetition aufzuklären.

In einem Flugblatt mit einer Auflage von 30 000 Exemplaren wandte sich am 15. 6. 1894 Hermann Sachse im Auftrage des sächsischen Verbandes „An die Berg- und Hüttenarbeiter Sachsens! — Ein ernstes Wort zur rechten Zeit.“⁹² Er schrieb darin u. a. über das Unternehmermachwerk: „Diese Petition geht nicht von Arbeitern aus, oh nein, das ist nur ein elender Schein und Blendwerk, sie ist von jener Seite verfaßt, von der Ihr täglich bedrückt werdet. ...“

Arbeiterbrüder! durch evangelische Arbeitervereine, Fechtvereine oder Krieger- und Militärvereine usw. ist uns nicht viel gedient. Durch solche Vereine binden wir uns nur die Hände und kommen nicht vorwärts. Tretet, sobald ihr das 21. Le-

⁹¹ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte Sozialdemokratische Bestrebungen . . . , Bl. 159, Freiburger Anzeiger vom 1. 9. 1894.

⁹² Vgl.: Anhang, Flugblatt.

bensjahr erreicht habt, mit in den Verband der sächsischen Berg- und Hüttenarbeiter ein, ... Hoch die Solidarität! Durch Kampf zum Sieg!“

Noch einmal betonte er, daß die Forderungen des Bergarbeiterverbandes berechtigt und notwendig waren. Durch diese Gegenpetition der Unternehmer aber wollte man dem kgl. Ministerium, wie Sachse weiter feststellte, „einen Rippenstoß geben, damit es ja alles hübsch beim Alten“ ließ. „Für diese Herren Besitzer, Kouponabschneider und hohen Beamten ist ja alles schön und herrlich.“

Die oben zitierten Aussagen Börners vor Gericht beweisen die Richtigkeit und Berechtigung der Ausführungen im Flugblatt. Börner und seine Gesinnungsgenossen waren nichts weiter als Arbeiterverräter und Unternehmerwerkzeuge. Sie gehörten zu jener Arbeiterkategorie, die Rosa Luxemburg im Auge hat, wenn sie schreibt: „Die ökonomische Macht ist von ihren Nutznießern seit jeher nicht bloß dazu benutzt worden, zur eigenen Bereicherung die Arbeitenden physisch wie eine Zitrone auszupressen, sondern sie auch moralisch zu zertreten, ihre Menschenwürde zu verhöhnen, ihre soziale Wehrlosigkeit zu mißbrauchen, um sie an der Befestigung ihrer eigenen Ketten arbeiten zu lassen, um sie die Ketten mit Lust und Jauchzen klirren zu lassen.“⁹³

Dem sächsischen Bergarbeiterführer Sachse aber brachten seine richtigen, vor Gericht bewiesenen Worte 1 Jahr Gefängnis wegen angeblicher Beleidigung.

Am 17. 9. 1894 lief beim Ministerium des Innern in Dresden ein längeres Schreiben Börners ein, das einen gewissen Abschluß des Unternehmens Gegenpetition darstellte. Nach der darin enthaltenen Mitteilung, daß die Unternehmerpetition bis dahin 7244 Unterschriften trug, wird vor allem das Fehlen einer entsprechenden Organisation zur Bekämpfung des sächsischen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes als Mangel empfunden. Deshalb wollte man sich für Gott, König und Vaterland zusammentun und gegen die Sozialdemokratie einen „festen Damm“ bilden.⁹⁴

Noch einmal wurde damit die Notwendigkeit einer gelben Gewerkschaft betont. Die Zechenherren waren sich bei ihren Bestrebungen aber im klaren, daß die in rückständigen Ohren wohltönende Phrase: „Für Gott, König und Vaterland“ allein, keine allzustarke bindende und werbende Wirkung auf die Bergarbeiter ausüben würde. Vielsagend hieß es deshalb in dem von Börner unterzeichneten Schreiben an anderer Stelle: „Als Grundlage, welche das jederzeit feste Zusammenhalten sämtlicher Vereinsmitglieder gewährleistet, haben wir uns eine Sterbekasse gedacht“.⁹⁵ Ein sehr dienstbeflissener Beamter des sächsischen Ministeriums fügte bei der Bearbeitung zu diesem Satz erklärend hinzu: „Da die Sterbegelder bei den Knappschaftskrankenkassen den Bedürfnissen nicht immer entsprechen, so sind viele Bergarbeiter dem (sozialdemokratischen) Verband der Berg- und Hüttenarbeiter beigetreten, um damit gleichzeitig noch der von diesem Verband

⁹³ Luxemburg, Rosa, a. a. O., S. 486/87. Aus: Sozialdemokratische Korrespondenz Febr. 1914. „Der gelbe Sklaventanz“.

⁹⁴ LHA Dresden, M. d. I. 17563, Bl. 6f.

⁹⁵ Ebenda.

organisierten Sterbekasse anzugehören. Der Königstreue Knappenverein will nun eine Sterbekasse bilden, um dadurch ebenfalls den Bedürfnissen zu entsprechen und die Bergarbeiter gleichzeitig dem sozialdemokratischen Verbands abwegig zu machen.“⁹⁶

In diesen Sätzen steckt sehr viel. Man gab demnach offen zu, daß die Leistungen der Krankenkassen ungenügend waren. Die Forderungen der Bergarbeiter nach Verbesserung dieser Verhältnisse wurden damit als richtig anerkannt. Aber noch weiter ging man. Die Zechenherren suchten sogar bestimmte Selbsthilfeeinrichtungen des Proletariats formal zu kopieren und in ihrem ureigensten Profitinteresse gegen die Arbeiterklasse anzuwenden.

Damit zeigt sich, daß man von vornherein dem System der materiellen Korruption eine große Rolle in dem zu gründenden königstreuen gelben Knappenverein neben der ideologischen Verdummung einzuräumen gedachte. Das geht auch noch aus dem folgenden Protokollauszug einer Beratung der Berginspektoren beim Bergamt Freiberg am 2. 12. 1895 hervor. Dort berief man sich auf Äußerungen bestimmter Arbeiter und kam rückblickend zu der Meinung, „daß ein großer Teil der Mitglieder des Verbandes (sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter) nur der Sterbekasse wegen beigetreten sei und die Ziele des Verbandes an sich nicht billige. So wurde daher die Bildung einer Begräbnisunterstützungskasse in Aussicht genommen, über deren Einrichtung die erste Hauptversammlung“ des zu bildenden Königstreuen Knappenvereines beschließen sollte.⁹⁷

Ehe die Zechenherren aber zur Gründung der gelben Gewerkschaft selbst schritten, suchten sie die Arbeiterklasse im sächsischen Bergbau durch verstärkten Terror einzuschüchtern. Das Hauptziel, das die Zechenherren dabei verfolgten, war die Zerschlagung der bestehenden Arbeiterorganisation. Im Frühjahr 1895 wähten sich die Grubenherren am Ziele ihrer Wünsche. „Am 2. Mai 1895 faßte das Amtsgericht Zwickau den Beschluß, dem Verbands sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter auf Grund vom § 78 Ziff. 1 des sächsischen Genossenschaftsgesetzes das Recht der juristischen Person zu entziehen und die Genossenschaft aufzulösen“.⁹⁸ Als Begründung wurde etwa folgendes angeführt:

Ohne Erlaubnis des Ministeriums hätte der als Genossenschaft eingetragene Verein seine Tätigkeit über die für eine Genossenschaft gegebenen Möglichkeiten hinausgedehnt. Seinen Ausdruck hätte das u. a. darin gefunden, daß die Zeitung „Glückauf“ sich in den Dienst der Sozialdemokratie gestellt habe. Die ganze Haltung des Verbandes sei der öffentlichen Ordnung entgegengesetzt gewesen.

Der andere Hauptgrund war, daß man dem Verband vorwarf, seine Zahlstellen in den verschiedenen Bergarbeiterorten hätten die Tendenz, sich zu Zweigvereinen

⁹⁶ LHA Dresden M. d. I. 17563 Bl. 6f.

⁹⁷ LHA Dresden, M. d. I. 11148, Bl. 131f.

⁹⁸ „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“, Nr. 2 vom 14. 1. 1899; Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte Sozialdemokratische Bestrebungen . . . , Bl. 181; „Zwickauer Wochenblatt“ vom 13. 2. 1895; LHA Dresden, M. d. I. 11148, Bl. 66, Beschluß der Kreishauptmannschaft Zwickau vom 15. 2. 1895.

zu entwickeln. In Zahlstellen wären von den Mitgliedern die Zahlstellenobmänner gewählt worden. Ganz besonders wies das Gericht noch darauf hin, daß „auch solche Zusammenkünfte von Zahlstellenmitgliedern, die anscheinend nur zu geselligen Zwecken dienen, zur Behandlung öffentlicher Angelegenheiten benutzt“ worden wären.⁹⁹

„Der Auflösung verfiel gleichzeitig die vom Verbands gegründete Beerdigungsunterstützungskasse, welche 17 500 Mitglieder zählte, der Verband 9200.“¹⁰⁰

Das waren zweifellos ernstzunehmende Schläge, die die sächsischen Zechenherren gegen die Steinkohlenkumpel führten. Pessimismus und Zweifel an der Kraft des Proletariates kehrten bei manchem Mitglied des aufgelösten Verbandes und der Kasse ein. Treffend schildert das die Deutsche „Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ vom 14. 1. 1899: „Nicht bloß die Auflösung des Verbandes schuf Verwirrung in den Reihen, sondern auch die Querköpfigkeit und Beschränktheit mancher Mitglieder, die alles für verloren hielten und hauptsächlich ihr eingesteuertes Geld retten wollten. ...“ Ein Teil der ehemaligen Mitglieder, die sich von den Zechenherren vor den Karren spannen ließen, nahm sich einen bürgerlichen Rechtsanwalt und klagte auf Auflösung der Kasse.

Dieses Unterfangen scheiterte kläglich, da das Geld auf Grund der Kassenstatuten „nicht an einzelne Mitglieder zur Verteilung kommen konnte“. Daraufhin wurde am 22. 9. 1895 in Hohenstein-Ernstthal die Begräbniskasse „Glückauf“ als Rechtsnachfolgerin der aufgelösten gegründet.¹⁰¹ Ja noch mehr wurde geschafft. Die Zwickauer Bergarbeiterzeitung „Glückauf“, bisheriges Organ des aufgelösten sächsischen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes, mußte von der Bourgeoisie als Publikationsorgan der neuen Kasse anerkannt werden.¹⁰²

Damit war die Rechnung des Grubenkapitals auf Grund der geschickten Abwehrmaßnahmen der Bergarbeiter nicht aufgegangen. Ja es konnte darüber hinaus auch nicht verhindern, daß sich die Bergarbeiter wieder organisierten und dem deutschen Bergarbeiterverband anschlossen.

Die Zeitung „Glückauf“ spielte als Organisator dieser Anschlußbewegung eine hervorragende Rolle. So gab sie z. B. in ihrer Ausgabe vom 5. 2. 1896 den sächsischen Kumpeln taktische Hinweise, die es der Bourgeoisie unmöglich machten, den erneuten Aufbau der Gewerkschaftsbewegung im sächsischen Bergbau zu verhindern.

Nicht die Zahlstellen des deutschen Bergarbeiterverbandes in Sachsen sollten nach den Hinweisen der Zeitung Neuaufnahmen durchführen, das sei nur Sache der Zentrale in Bochum. Wenn man diese Fehler beginge, so wurde wörtlich ausgeführt, „dann hätte jede Zahlstelle den Charakter eines selbständigen Vereines

⁹⁹ LHA Dresden, M. d. I. 11 148, Bl. 66; Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 6 AAb, Bl. 147; „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ vom 23. 2. 1895.

¹⁰⁰ LHA Dresden, M. d. I. 11 148, Bl. 66; „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“, Nr. 2 vom 14. 1. 1899.

¹⁰¹ Langhorst, Friedrich, a. a. O., S. 105.

¹⁰² „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“, Nr. 2 vom 14. 1. 1899.

und dann schritten die Behörden zur Auflösung, da politisch selbständige Vereine miteinander (unsere Zahlstellen sind leider durch die heutige Rechtsprechung zu „politischen“ Vereinen gestempelt) nicht in Verbindung stehen dürfen. Wie es mit anderen Vereinen gehandhabt wird, beeinflußt den Richter nicht, wenn wir in Frage kommen.“¹⁰³

Dadurch, daß jetzt auch die sächsischen Kumpel der einheitlichen Bergarbeitergewerkschaft angehörten, wurde ein Versäumnis nachgeholt, wenn nicht gar ein Fehler korrigiert.¹⁰⁴

Der Übergang vollzog sich nicht sehr schnell. Auch traten nicht alle ehemaligen Mitglieder des sächsischen Verbandes in den deutschen Bergarbeiterverband über. Es waren nicht die besten Kräfte, die sich zu diesem Zeitpunkt abwendeten. „Wer nur aus kleinlichem Eigennutz, um der Aussicht willen auf den klingenden Mammon der Unterstützung bei Arbeitslosigkeit oder der Lohnerhöhung in Reih und Glied getreten ist“, schrieb Rosa Luxemburg später über dieses Problem der Arbeiterbewegung, „wird leicht die Fahne verlassen, da in den heutigen schweren Zeiten die unersetzlichen Vorteile und die Siege der Gewerkschaften sich meist nicht in klingender Münze greifen und nicht am nächsten Tage überblicken lassen.“¹⁰⁵

Die vom Grubenkapital angestrebte Zerschlagung der Bergarbeitergewerkschaft im sächsischen Bergbau war somit gescheitert. Wenn auch eine vorübergehende Schwächung erreicht worden war, so konnten die Unternehmer ihre gelbe Gewerkschaft nicht wie erhofft an die Stelle der Arbeiterorganisation setzen, sondern nur daneben.

Die Niederlage der Zechenherren in dieser Hinsicht und der damit verbundene Kampf war zwar der wesentlichste, aber nicht der einzige Faktor, der die Grün-

¹⁰³ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 6 AAb, Bd 2, Bl. 288.

¹⁰⁴ Hermann Sachse, der letzte Vorsitzende des Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter, sowie Vorsitzender des deutschen Bergarbeiterverbandes von 1902–1919, schrieb dazu folgendes: „Schon bei der Gründung des deutschen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes im Jahre 1889 wurde den sächsischen Kameraden ans Herz gelegt, sich dem deutschen Verband anzuschließen. Damals als der Vorsitzende Ebert vom sächsischen Verband in Dortmund anwesend war, ist die Verschmelzung lebhaft erörtert worden. Aber die sächsischen Kameraden hielten an ihrem kleinen Verband fest, sie glaubten noch nicht an den festen Bestand des deutschen Verbandes . . . Zu den üblichen Mißhelligkeiten, welche man in Sachsen schon genügend kannte, kamen im Rheinland und in Westfalen noch die konventionelle Zerklüftung der Bergarbeiter.“ Hermann Sachse bemerkt weiter, daß sich der Anschluß langsam vollzog. Nach: *Langhorst, Friedrich*, a. a. O., S. 105. Des weiteren schreibt die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“, Nr. 2 vom 14. 1. 1899: „Hatte der ‚Glückauf‘ schon während der Auflösungsperiode tüchtig gerungen, nur um die organisierten Leute, unter welchen sich schon eine Anzahl Querköpfe bemerkbar machten, zusammenzuhalten, so wurde für ihn diese Aufgabe noch schwieriger, nachdem er nun mit der Auflösung seine Existenzmittel momentan verlor. Es gelang zwar schon in wenigen Wochen eine neue Sterbekasse zu gründen, als deren Publikationsorgan der ‚Glückauf‘ anerkannt wurde, aber eine neue Gewerkschaftsorganisation zu gründen, erschien aus verschiedenen Gründen nicht rätlich, und zum Anschluß an den Deutschen Berg- und Hüttenarbeiterverband zeigten sich damals noch wenige Sympathien.“

¹⁰⁵ *Luxemburg, Rosa*, a. a. O., S. 488.

dung des „Vereines Königstreuer Knappen“ hinausschob. Deutlich werden noch andere Faktoren, wenn man die folgenden Sätze liest. In dem Protokoll einer Berginspektorenberatung heißt es z. B.: „Schon in der Gegenpetition war der Wunsch ausgesprochen worden, daß sich die besseren Elemente unter den Bergarbeitern näher zusammenschließen möchten. Dieser Gedanke ist unter den Arbeitern immer lebendig geblieben; es *fehlte jedoch an geeigneten Führern* (hervorgehoben von mir — E. W.), auch sah man ein, daß die Organisation eines solchen Zusammenschlusses nur mit Hilfe aller Werksverwaltungen erfolgen könnte. Es wurde daher der Verein für bergbauliche Interessen angegangen, etwas zu tun, und es beauftragte der Verein Herrn Bergrat Scheibner¹⁰⁶, ein geeignetes Statut zu entwerfen, nach dem Herr Direktor Liebe das Gerippe hierzu gegeben hatte.“¹⁰⁷

Es waren eben nicht die „besten Elemente“ der Arbeiterklasse, die sich zum Verrat hergaben. Die für die Spitze des gelben Verbandes ausgesuchten Marionetten waren bestenfalls Instrumente, die alles das nachplapperten bzw. vorlasen, was ihnen ihre Auftrag- und Geldgeber vorzeichneten und aufschrieben. Gerade der Mangel an Führungskadern wird es mit gewesen sein, der es den Zechenherren zeitweise als ratsam erscheinen ließ, die junge Entwicklung der christlichen Arbeiterorganisationen im sächsischen Steinkohlenbergbau abzuwarten. Es heißt darüber im Protokoll weiter: „Mittlerweile nahm aber nun die Gründung der evangelischen Arbeitervereine einen vielversprechenden Umfang an, namentlich in Lugau. Dadurch kamen die Arbeiten (beim Aufbau des „Vereines Königstreuer Knappen“ — E. W.) wieder etwas ins Stocken, man wollte erst abwarten, wie weit diese neue Bewegung um sich greifen würde, und man war insofern berechtigt, dieses zu tun, als die Ziele der angestrebten Organisation und die der evangelischen Arbeitervereine nahezu dieselben sind bzw. waren. Leider war die Ausbreitung der Vereine in den anderen Ortschaften eine geringe und die Bergleute (sowohl Arbeiter wie Werksvertreter) wollten auch lieber unter sich bleiben: die evangelischen Arbeitervereine nahmen nicht lediglich Bergarbeiter, sondern auch Arbeitnehmer und -geber jeder Art auf. Bei einem derartigen Verein war es den Werken nicht möglich, in solcher Weise unterstützend einzugreifen, als bei einem Vereine welcher lediglich aus Bergleuten besteht.“¹⁰⁸

Die geringe Mitgliederzahl und die mäßigen Korruptionsmöglichkeiten ließen die Zechenherren demnach von einer weiteren Unterstützung absehen und schließlich doch zu ihrem eigenen gelben Projekt greifen, obgleich sie prinzipiell nichts gegen derartige christliche Organisationen hatten.

Die Kader für die evangelischen Arbeitervereine hatte die Geistlichkeit gestellt. An der Spitze der gelben Vereine wollten die Zechenherren aber geeignete „Arbeiter“ sehen. Wurde die christliche Arbeiterbewegung im sächsischen Steinkohlen-

¹⁰⁶ Er war der Vorsitzende des Vereins für Bergbauliche Interessen im Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier.

¹⁰⁷ LHA Dresden, M. d. I. 11148, Bl. 135, Protokoll der Berginspektionsberatung vom 2. 12. 1895.

¹⁰⁸ Ebenda.

3 Wächtler, Arbeitervereine

bergbau — vor allem im Revier Lugau-Oelsnitz — auch keine eigentliche Massenorganisation, so lieferte sie doch den Königstreuen später, wie wir schon am Beispiel Börner sahen, Führungskader in Gestalt von ideologisch beeinflussten Menschen. Börner war nicht nur einer der bestbezahltesten Arbeiter, ein Arbeiteraristokrat, sondern er war auch ideologisch von der Kirche den Zechenherren zum willigen Werkzeug erzogen worden.

Neben den hier angeführten Gründen für die Verzögerung, die beim Aufbau der gelben Gewerkschaft auftrat, muß noch ein weiterer genannt werden. Er ergibt sich ebenfalls aus dem zitierten Protokoll. Es heißt dort weiter:

„Es scheint nun, daß die Werksvertreter in dem Zwickauer Revier keine Neigung zeigten, die Bildung eines die besser gesinnten Knappen ganz Sachsens umfassenden Vereins zu fördern, weil man sich sagte, daß ein solcher Verein zu einer neuen großen Organisation der Arbeiter führen könne, die bei der Natur der Arbeiter anfänglich wohl in den ihr durch das Statut vorgeschriebenen Bahnen bleiben, später aber, wenn ein Funke der Unzufriedenheit hineingeworfen werden sollte, sich gegen die Arbeitgeber richten könnte und dies mit um so größerem Nachdruck, je mitgliederreicher diese Organisation ist.“

Man schien eben im Zwickauer Revier durch die mit dem jetzt aufgelösten Verbands sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter gemachten Erfahrungen vorsichtiger geworden sein. Trotzdem dieser bei seiner Entstehung durch die Arbeitgeber sympathisch begrüßt und auch unterstützt wurde, richtete er sich nachher doch gegen sie.“¹⁰⁹

Ganz deutlich spricht hieraus die Angst vor einer neuen Organisation der Arbeiter. Die Zwickauer Grubenherren waren sich danach im klaren, daß sie niemals einen großen Teil der Arbeiter mit den königstreuen Gaukeleien für

¹⁰⁹ LHA Dresden, M. d. I. 11 148, Bl. 131. Aus diesen Sätzen ergibt sich die vorläufig noch nicht ganz bewiesene Vermutung, daß bei der Vorstandswahl des sächsischen Verbandes 1892 der Mann mit isoliert wurde, der bis dahin mit dem Kapital zusammenarbeitete. Es ist mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß der bisherige Vorsitzende des Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter mit zu diesen Kräften gehörte, die eine unternehmerfreundlichere Haltung einnahmen. Sein Opportunismus spricht unter anderem aus dem folgenden Brief, den er kurz nach Beendigung des Streikes 1889 in Sachsen an Bunte schrieb: „... Die Macher hatten den großen Mund und zitterten wie Espenlaub, haben zuerst die Arbeit wieder aufgenommen, schon am 20. Mai Ja ja! Schreien, hetzen, aber nichts schaffen.“ Nach: Deutsches Zentralarchiv Merseburg, Rep. 77 Tit. 2523/1 Bd 4, Bl. 144/145. In: Kuntzsch, Rolf, Der deutsche Bergarbeiterstreik im Mai 1889. Examensarbeit, Leipzig 1957.

Im Zentralorgan der Partei „Der Volksstaat“ vom 15. 10. 1875 wird in einem Artikel „Bergarbeiter seid auf der Huth!“ zur Frage der damals laufenden Organisationsversuche der sächsischen Bergarbeiter Stellung genommen. Dort werden die Vorschläge des ehemaligen Bergarbeiters Dinter mit folgenden Worten eingeschätzt: „Dinter und Genossen handeln im Interesse und Auftrage der Werksbesitzer und der ihnen befreundeten Behörden und sind im Begriffe, ihnen die Bergarbeiter mit der Einigungsvorlage gebunden zu überliefern.“ Danach wäre der ehemalige von Friedrich Engels und Karl Marx schon 1868 kritisierte Opportunist Dinter nun endgültig zum Verräter geworden. Auf ihn könnte das eben Gesagte demnach ebenfalls mit zutreffen. Allerdings gewann dieser keinen Einfluß mehr auf den Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter.

immer fesseln konnten. Beim erstenmal hatte man (1876) offensichtlich die Bewegung verkannt, bzw. waren die mit den Unternehmern paktierenden Elemente auf die Dauer ohne großen Einfluß im Verband geblieben, und nun glaubte man von vornherein nicht an die Chancen des eigenen Unternehmens.

So ließ der Widerstand der Arbeiterklasse und die Unsicherheit eines Teiles der Zechenherren selbst das seit der Gegenpetition 1894 geplante Projekt einer gelben Gewerkschaft der Bergarbeiter für ganz Sachsen scheitern. Lediglich im Lugau-Oelsnitzer Revier wurde 1897 schließlich der „Verein königstreuer Knappen“ gegründet.¹¹⁰

4. Die Funktionen der gelben Vereine als Unternehmerwerkzeuge bis zu ihrer Vernichtung durch die Aktionen der Bergarbeiter in der Novemberrevolution

Es muß natürlich die Frage auftauchen: Warum erscheint dem Grubenkapital in Lugau-Oelsnitz eine solche gelbe Vereinigung als wünschenswert, während sich im wenige Kilometer entfernten Zwickauer Revier die Unternehmer dagegen sträubten?

Das Revier Lugau-Oelsnitz hatte einen großen Unterschied gegenüber Zwickau aufzuweisen, der sich bei dieser Gelegenheit besonders auswirken sollte. In Zwickau existierte noch neben dem Steinkohlenbergbau eine andere große Industrie. Lugau-Oelsnitz dagegen kannte neben den Bergarbeitern kein bedeutendes modernes Industrieproletariat. Die agrarische Gebundenheit eines Teiles der Arbeiterklasse war hier, in den stark landwirtschaftlichen Charakter tragenden Kohlenarbeiterdörfern und kleinen Städten, viel größer als in Zwickau. Der Anteil der Arbeiterklasse, der unmittelbar aus Produktionsverhältnissen der kleinen Warenproduktion kam und noch stark in einer kleinbürgerlichen Vorstellungswelt lebte, war größer.

Auf diesem soziologischen Unterschied fußte ein weiterer. In das neben den Bergarbeitern existierende moderne Industrieproletariat Zwickaus war ebenfalls in einem sehr starken Ausmaß die Arbeiterbewegung eingedrungen. Sowohl die Sozialdemokratie als auch die freien Gewerkschaften besaßen z. B. dominierende Positionen unter den Metallarbeitern. Insgesamt gesehen, alle Industrie- und Gewerbebezweige in die Betrachtung einbezogen, waren die Arbeiter im Zwickauer Gebiet im Durchschnitt politisch und ideologisch reifer als im Lugau-Oelsnitzer Revier. Die Unternehmer stießen in Zwickau auf einen viel stärkeren Widerstand des gesamten Proletariats unter Führung der Sozialdemokratie als im Nachbarrevier. In Lugau-Oelsnitz besaßen die organisierten Bergleute nicht eine derartige Stütze in den Arbeitern anderer Industrie- und Gewerbebezweige wie in Zwickau. Ein sehr wesentliches Moment für das Zögern der Zwickauer Grubenherren, war

¹¹⁰ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 6 AAb, Geschäftsberichte des Vereins Königstreuer Knappen.

demnach der Widerstand, den das Grubenkapital seitens der Arbeiterklasse fürchtete.

Für das Entstehen gelber Gewerkschaften waren so im Oelsnitzer Revier von mehreren Seiten aus für das Kapital günstigere Voraussetzungen gegeben als in Zwickau.

Die Gegenpetition und der Aufruf zur Gründung der Königstreuen hatten hier durch die sozialökonomische und politische Struktur der Bevölkerung einen besseren Nährboden als in Zwickau. In § 2 der Satzungen des „Vereins Königstreuer Knappen für das Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier“ heißt es: „Der Verein will Liebe und Treue zu König und Vaterland, das Gefühl für Religion und gute Sitte, die Achtung vor Obrigkeit und Gesetz erhalten und pflegen und hat den Zweck: 1. Alle sozialdemokratischen Bestrebungen von den Mitgliedern abzuwehren und fernzuhalten, 2. das friedliche Einvernehmen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu pflegen. . . .“¹¹¹

Ganz eindeutig waren damit die Ziele und das politische Programm des Vereines manifestiert. An die Stelle des objektiv existierenden und durch keine auch noch so geschickt aufgemachte bürgerliche Phrase hinwegzuwünschten Klassenkampfes setzten sie die angebliche Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Die ideologische Verdummung der Bergarbeiter wurde damit zur Hauptaufgabe erklärt.

Am Schlusse des § 2 hieß es dann sinnigerweise: „Politische Ziele und Agitation sind ausgeschlossen.“ Den bis zur Gründung des Verbandes geführten und auf Grund dieses Statuts in Aussicht gestellten Kampf gegen die Sozialdemokratie rechnete man danach scheinbar nicht zur Politik. Das ganze Statut erwies sich so als ein widerspruchsvolles Machwerk, das schon in seinem § 2 die Demagogie, Verlogenheit und die Klassenzugehörigkeit seiner Autoren offen unter Beweis stellte.

Man unterschied zwei Arten von Mitgliedern, ordentliche und außerordentliche. Die ordentlichen Mitglieder waren die Arbeiter, die außerordentlichen die Beamten.¹¹² Denen wurden nach Statut die gleichen Rechte und Pflichten zugebilligt, bis auf eine Ausnahme. Im § 16 hieß es: „Die Vorsitzenden des Gesamtvereines sowie der Gruppen¹¹³ sowie deren Stellvertreter, können nur aus den ordentlichen Mitgliedern, also aus den Arbeitnehmern gewählt werden.“ Mit anderen Worten, die Beamten konnten ebenso Vorstandsmitglieder werden, und da der Vorstand jeweils aus 6 Mitgliedern bestand, und die Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt wurden, war die Möglichkeit der absoluten Majorität der Werksbeamten, trotzdem ein Arbeiter den Vorsitz innehatte, leicht gegeben.

¹¹¹ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 6 AAb, Bd 4, Bl. 168f., Statut des Vereins Königstreuer Knappen.

¹¹² Ebenda.

¹¹³ Ebenda, Bl. 168. Ein Werk bildete eine Gruppe, sobald es über 30 Mitglieder aufweisen konnte.

Hinzu kam noch, daß bei Stimmengleichheit gelöst wurde, also nicht die Stimme des Vorsitzenden entschied. Die führende Rolle der Zechenleitung in den in jedem Betrieb errichteten Gruppen war durch das Statut mehr als gesichert. Man hatte sich zu dieser Sicherung seitens der Unternehmer entschlossen. Praktisch sollte das jedoch keinerlei Bedeutung bekommen, da die Arbeiter in den gelben Vorständen sich als ausgesucht, ideologisch versumpft und korumpiert erwiesen.

Welche Politik verfolgte nun das Grubenkapital in den auf seinen Werken existierenden Vereinsgruppen? Welche waren die hauptsächlichsten Methoden seiner Korruptionspolitik?

Einmal war es die von den Zechenherren planmäßig betriebene ideologische Beeinflussungspolitik, die die Arbeiter zum Klassenfrieden erziehen sollte. Darüber hieß es im Protokoll der Berginspektorenberatung beim Bergamt Freiberg vom 6. Dezember 1897: „Über den Verein königstreuer Knappen läßt sich . . . nur Gutes berichten. Die Vereinstätigkeit erfolgte unter Festhaltung der Vereinszwecke und der dazu vorgeschriebenen Mittel. Die Werksbesitzer haben sehr regen Anteil an den Vereinsbestrebungen genommen; Angehörige von königlichen Behörden, der Geistlichkeit und Männer gleicher königstreuer Gesinnung haben die Vereine durch geeignete Vorträge . . . unterstützt.“¹¹⁴ Von allen offiziellen und staatlichen Körperschaften begünstigt, begannen die Zechenherren die demagogische ideologische Beeinflussungspolitik unter den Bergleuten fortzusetzen und zu verstärken. Dieser Seite der Arbeit, obgleich sie auch weiterhin im Vordergrund stand, wurde von den Unternehmern bei der Gründung der gelben Gewerkschaft aber nicht mehr die alleinige Bedeutung zugemessen wie etwa 10 Jahre früher. Eine größere Rolle hatte bei der Bildung des königstreuen Vereines vorübergehend die Schaffung eines materiellen Anreizes gespielt, der auf alle Arbeiter des Revieres wie ein Köder wirken sollte. So versprach man den Mitgliedern in § 34 der Statuten eine Extraunterstützung in Krankheitsfällen.¹¹⁵

Die Wochen der Krankheit der Ernährer waren für die Bergarbeiterfamilien Elendszeiten im wahrsten Sinne des Wortes. Die Zechenherren hatten den Forderungen der Arbeiter nach Verbesserung der Krankenkassenleistungen meist nicht Rechnung getragen. Im Statut ihres gelben Vereins aber gestanden sie ungewollt ein, daß die Forderungen der Bergarbeiter berechtigt waren. Ja, sie spekulierten sogar noch auf die übergroße Not leidenden Arbeiter, um sie für ihren gelben Verein zu gewinnen. Indem das Kapital diese Menschen extra stark terrorisierte, suchte es sie in ein besonders festes Abhängigkeitsverhältnis zu bringen.

Die von den Grubenherren den Königstreuen zur Korruption von Bergarbeitern zur Verfügung gestellten Mittel waren aber noch weit zahlreicher und bedeutender. Die ganze Größe der Summe wird sich wahrscheinlich nicht mehr exakt feststellen lassen. Das vorhandene Material gibt aber einen gewissen Einblick.

¹¹⁴ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 6 AAb, Bd 2, Bl. 262.

¹¹⁵ Ebenda, Bl. 262 u. 34.

Die Zechenherren unterstützten finanziell die Arbeitergruppen auf ihren Werken.¹¹⁶ Verwaltungsbeihilfen u. ä. wurden an die Königstreuen gezahlt.¹¹⁷ Der Löwenanteil der bereitgestellten Finanzen diente jedoch der direkten Korruption bestimmter Arbeiterkategorien. Im Jahre 1913 wurde die sog. „König-Friedrich-August-Stiftung“ errichtet. Der letzte König von Sachsen hatte zwar keinen Groschen dafür gegeben, doch seine Person diente als Aushängeschild. In ihrer Satzung hieß es: „Zur dauernden Erinnerung an den Besuch S. M. des Königs am 1. 9. 1913 bringen die Werke des Lugau-Oelsnitzer Kohlengebietes gemeinschaftlich eine Summe von rd. 100 000 Mark auf, die unter dem Namen ‚König-Friedrich-August-Stiftung‘ den Mitgliedern des Vereines Königstreuer Knappen und ihren Angehörigen oder Hinterbliebenen in Notfällen außerordentliche Unterstützung zu gewähren.“¹¹⁸

Nicht nur aus derartig offiziellen Stiftungen, sondern auch durch nicht in der Öffentlichkeit zur Schau gestellte Zuwendungen an bestimmte Arbeiter direkt, suchte man diese treu bei der Stange zu halten. Als das Haus des Gruppenvorsitzenden der Königstreuen bei der Gewerkschaft Deutschlands abgebrannt war, wurde ihm zum Aufbau großzügig eine Beihilfe von 1000 Mark überbracht.¹¹⁹ Indem man grundlos und unbewiesen Sozialdemokraten als Brandstifter verdächtigte, suchte man dem ganzen noch einen politischen Anstrich zu geben.

Die Vorteile, die die Mitglieder der Königstreuen Knappen von den Unternehmern eingeräumt bekamen, bestanden aber nicht nur aus geldlichen Zuwendungen. Die Vielfältigkeit der Bestechungsmethoden läßt z. B. auch der Bericht der Berginspektion an das Bergamt vom 22. 10. 1912 über die Befahrung der Schächte des Lugauer Steinkohlenbauvereins in Oelsnitz deutlich werden. Darin heißt es: „Man sah Arbeiter mit Bücklingskisten aus den Schachtanlagen von Vertrauensschacht kommen und erfuhr von ihnen, daß Tagesaufseher Zeitler ver-

¹¹⁶ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 6 AAb, Bd 4, Bl. 165. Entwurf eines Berichtes des Bergamtes an das Ministerium des Innern ohne Datum. Außerdem wurden einzelne Gruppen durch Zuwendungen in wechselnder Höhe unterstützt.

¹¹⁷ Archiv des VEB Steinkohlenwerkes „Deutschland“, in den Grubenvorstandsakten 1909 und 1913 finden sich Dankschreiben für Verwaltungsbeihilfen in Höhe von 100 Mark.

¹¹⁸ Archiv des VEB Steinkohlenwerkes „Karl Liebknecht“ in Oelsnitz. Akten der VVB Steinkohle Zwickau Nr. A 84; Archiv des VEB Steinkohlenwerkes „Deutschland“, Grubenvorstandsakten 1913.

Nach diesen Akten stifteten die Werke des Revieres im Verhältnis zur Belegschaftszahl folgende Beträge:

Bockwa-Hohendorf-Vereinigtfeld AG	11 286,— Mark
Gewerkschaft Deutschland	23 237,— „
Gersdorfer Steinkohlenbauverein	6 403,— „
Steinkohlenbauverein Gottes Segen	19 218,— „
Steinkohlenbauverein Hohendorf	6 868,50 „
Gewerkschaft Kaisergrube Gersdorf	11 172,— „
Lugauer Steinkohlenbauverein	9 623,50 „
Oelsnitzer Bergbaugewerkschaft	12 331,— „
	<hr/> 100 139,— Mark

¹¹⁹ Archiv des VEB Steinkohlenwerkes „Deutschland“, Grubenvorstandsakten 1912.

schiedene Eßwaren billig verkaufe. Auf Befragen gab Zeitler an, daß er für die Gruppe VIII des Vereines Königstreuer Knappen Nahrungsmittel, die in hiesiger Gegend unverhältnismäßig teuer von den Kaufleuten abgegeben werden, bestellt und an Leute, welche dieser Gruppe angehören für die Selbstkosten einschließlich der Spesen abgibt.“¹²⁰

Diese Methode war für das Grubenkapital noch vorteilhafter als die oben geschilderten. Sie schwächte ganz besonders stark die Aktionskraft der Arbeiterklasse. Einmal verbarg sie die wahren Schuldigen an den niedrigen Reallöhnen der Bergarbeiter. Die Kleinhändler in den Bergarbeiterdörfern standen so scheinbar als die Hauptverantwortlichen an den hohen Preisen da. Zum anderen brauchten von den Gruben keine zusätzlichen finanziellen Mittel zur Korruption aufgewendet zu werden.

Auf den Gruben stellte man die königstreuen Knappen mit Vorliebe als Vorarbeiter und Ortsführer an. Sie gaben die beste Gewähr für die Steigerung der Produktion durch Erhöhung der Arbeitsintensität. Bei ihnen machte sich die Gewährung von hohen Schichtlöhnen am meisten bezahlt. Wer nicht Mitglied der königstreuen Knappen war, hatte weniger Aussicht, eine relativ gut bezahlte Arbeit zu erhalten. Ein anschauliches Beispiel dafür liefert der folgende Vorfall, der sich im Januar 1906 bei der Oelsnitzer Bergbaugewerkschaft (Heleneschacht) ereignete.

Bei den Wahlen zum Arbeiterausschuß war der Häuer Kuhnig ohne sein Einverständnis auf die Kandidatenliste der königstreuen Knappen gesetzt und gleichzeitig zum Oberhäuer ernannt worden. Als er gegen die Kandidatur auf der gelben Liste protestierte und darüber hinaus öffentlich für eine den Bergleuten günstige Statutenänderung der freiwilligen Hilfskasse eintrat, wurde er wieder zum Häuer zurückgestuft. Dagegen setzte sich Kuhnig erneut zur Wehr. Der Direktor entgegnete ihm daraufhin: „Sie unverschämter Mensch, ich erkläre Ihnen- Sie haben nur Vertretung gehabt, was wollen Sie da noch fragen, morgen haben Sie ihre Entlassung.“¹²¹ Er, der auf die Bestechungsversuche der Kapitalisten nicht einging, wurde daraufhin von diesen kaltschnäuzig auf die Straße gesetzt.

Die wichtigste aller Maßnahmen zur materiellen Bestechung, die nach dem Willen der Zechenherren auch eigentlich das „feste Zusammenhalten sämtlicher Vereinsmitglieder“ fördern sollte, war bei Bildung der gelben Gewerkschaft, wie schon erwähnt, die Gründung der Sterbekasse des „Vereins Königstreuer Knappen“. Nachdem die Zerschlagung der freien Kasse der Bergarbeiter „Glückauf“ scheiterte, wurde die Errichtung der gelben Sterbekasse für die Zechenherren nur noch dringender.

Allerdings wurde das Grubenkapital dadurch auch gezwungen, tiefer in seine Taschen zu greifen. Die Zechenherren mußten mit ihrer Kasse, zumindestens am Anfang, höhere Beträge auszahlen, als es die Kasse der Arbeiter konnte. Letztere brachte ja die höchstmöglichen Leistungen, die auf Grund von Mitgliedsbeiträgen

¹²⁰ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte Betriebsangelegenheiten bei den Steinkohlenwerken des Lugauer Steinkohlenbauvereins betreffend. Nr. 5667, Bd 13, Bl. 42.

¹²¹ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 19 a AAb, Bd 9 Sonderheft 2, Bl. 65. Polizeibericht der Vers. in Rödlitz vom 11. 2. 1906.

allein überhaupt auszuwerfen gingen. Das in der Unternehmerkasse entstehende Minus ging zu Lasten der Zechenherren.

Den Beweis dafür liefert der folgende Auszug aus dem Protokoll der Grubenvorstandssitzung der Gewerkschaft Deutschland vom 17. 2. 1896. Dort heißt es: „Herr Direktor Klötzer teilte ferner mit, daß der ‚Verein Königstreuer Knappen‘ im Lugau-Oelsnitzer Revier eine Sterbe- und Begräbniskasse unter sich gebildet habe. Um nun diesen Verein wirklich lebensfähig zu machen und in seinem löblichen Tun weiter zu unterstützen, habe der ‚Verein für Bergbauliche Interessen‘ beschlossen, jedes Mitglied solle seinem Aufsichtsorgane empfehlen 60 Pfennige pro Kopf der Belegschaft als einmalige Steuern hierzu bewilligen zu wollen. Die Beisteuer wird der guten Sache wegen bewilligt.“¹²² Das war im Revier Lugau-Oelsnitz eine Summe von 4845,60 Mark die von den Werken am Anfang aufgebracht wurde.¹²³ Dabei allein blieb es nicht. Am 8. April 1913 teilte der „Verein für bergbauliche Interessen“ dem Bergamt rückblickend mit, „daß der königstreue Knappenverein im Lugau-Oelsnitzer Revier von den Werken des Revieres zunächst dadurch unterstützt worden ist, daß zu verschiedenen Zeiten zweimal 10 000 Mark der Begräbnis- und Unterstützungskasse überwiesen worden ist. ...“ Der Untermervverband bat im gleichen Schreiben darum, „die Höhe der Werkszuschüsse vertraulich behandeln zu wollen.“¹²⁴

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die hier gebrachte Aufzählung von Werkszuwendungen unvollständig ist. Trotzdem beweist sie die Korruptionspolitik des Kapitals eindeutig.

Vergleicht man die Leistungen der Arbeitersterbekasse „Glückauf“ mit denen der gelben Unternehmerbegräbniskasse, so ergibt sich folgendes Bild:

Die Ausschüttungen beider Begräbniskassen verglichen auf Grund der Satzungen von 1897.

„Königstreue“ Begräbniskasse		Begräbniskasse „Glückauf“	
Dauer der Mitgliedschaft	auszuzahlender Betrag bei Todesfall	Dauer der Mitgliedschaft	auszuzahlender Betrag bei Todesfall
3 Mon. – 2 J.	50 Mk.	5 Mon. – 1 J.	30 Mk.
2 J. – 5 J.	75 Mk.	1 J. – 3 J.	50 Mk.
5 J. – 10 J.	100 Mk.	3 J. – 5 J.	80 Mk.
10 J. – 15 J.	110 Mk.	5 J. – 12 J.	100 Mk.
über 15 J.	125 Mk.	über 12 J.	110 Mk. ¹²⁵

¹²² Archiv des VEB Steinkohlenwerkes „Deutschland“, Grubenvorstandsakten 1896, Grubenvorstandssitzung vom 13. 2. 1896.

¹²³ Errechnet nach der im Text angegebenen Pro-Kopf-Quote, multipliziert mit der Belegschaftszahl des Reviers. Des weiteren steht im Protokoll der Berginspektorenbesprechung vom 2. 12. 1895 beim Bergamt, daß der Verein für bergbauliche Interessen der Kasse 5000,- Mark schenkte. Es kann nur dasselbe gemeint sein, wahrscheinlich wurde der Betrag abgerundet. LHA Dresden, M. d. I. 11 148, Bl. 173.

¹²⁴ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 6 AAb, Bl. 161.

¹²⁵ Ebenda, Statut des Vereins Königstreuer Knappen für das Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier und Statut der Beerdigungskasse des Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter.

Offensichtlich ist die Ausschüttung der Unternehmerkasse, wenn auch nicht sehr viel, größer. Vor allem drückt sich das ganz deutlich beim Vergleich der den langjährigen Mitgliedern ausgezahlten Beträge aus. Das waren die Köder, mit denen die Arbeiter gefangen werden sollten und auch teilweise gefangen wurden.

Wenn es im Zwickauer Revier in den neunziger Jahren aus den schon geschilderten Gründen nicht zur Gründung einer gelben Gewerkschaft kam, so heißt das nicht, daß die dortigen Zechenherren etwa weniger an einer ähnlichen materiellen Korruption eines Teiles der Bergarbeiter interessiert gewesen wären. Ohne vorläufig einen ähnlichen umfassenden Verein wie im Nachbarrevier Lugau-Oelsnitz zu gründen, errichteten die Zwickauer Zechenherren jedoch auf den einzelnen Schächten Begräbnisunterstützungskassen, die ebenso zur materiellen Korruption der Bergarbeiter beitragen sollten, wie die Beerdigungskasse des „Königstreuen Knappenvereins“ in Lugau-Oelsnitz. Deutlich wird das aus dem folgenden Auszug des Geschäftsberichtes vom Zwickau-Oberhohendorfer Steinkohlenbauverein vom Jahre 1896. Dort heißt es u. a.: „Mit einem Zuschuß von 8 763,76 Mark seitens des Vereines (gemeint ist der Zwickau-Oberhohendorfer Steinkohlenbauverein – E. W.) ist eine Begräbnisunterstützungskasse für die Beamten, Arbeiter und Arbeiterinnen unseres Werkes, soweit diese nicht Mitglieder sozialdemokratischer Vereine sind, in das Leben gerufen worden.“¹²⁶

Die Beerdigungskassen der Zwickauer Werke waren ebenfalls, wie der gelbe königstreue Knappenverein, politisch gegen die Sozialdemokratie ausgerichtet. Doch erreichten sie auf Grund ihrer werksmäßigen Zersplitterung nicht die gleiche Geschlossenheit in ihrem Auftreten wie die Kasse der gelben Organisation im Nachbarrevier. Sie erfüllten nur den sekundären Teil der Funktionen der Königstreuen Vereinigung, sie waren nämlich hauptsächlich nur Mittel zur materiellen Korruption eines Teiles der Arbeiterklasse.

Der Verein Königstreuer Knappen im Lugau-Oelsnitzer Revier jedoch betrachtete seine Beerdigungskasse nur als ein Korruptionsmittel unter anderem; es war ihnen ursprünglich zwar das wichtigste, jedoch nicht das einzige. Die festere Organisation der gelben Gewerkschaften erleichterte einmal den Aufbau eines ganzen Netzes der Korruption und gestattete sehr leicht darüber hinaus den Zechenherren, vor allem ein System der ideologischen und sonstigen außerökonomischen Beeinflussung und Terrorisierung zu errichten.

So wie der Plan der sächsischen Steinkohlenherren scheiterte, eine gelbe Bergarbeitergewerkschaft für ganz Sachsen zu bilden, um damit die Bergarbeiterbewegung tödlich zu treffen, so scheiterte auch das Unterfangen, die dem Bergarbeiterverband nahestehende Beerdigungskasse aus der Welt zu schaffen. Im Gegenteil, trotzdem die Unternehmer ihre eigenen Korruptionskassen kräftig subventionierten, gewann die Arbeiterkasse „Glückauf“ immer mehr an Bedeutung und Gewicht. Seinen Ausdruck fand das unter anderem in der ständig steigenden Mitgliederzahl.

¹²⁶ Archiv des VEB Steinkohlenwerkes „Karl Liebknecht“ in Oelsnitz; Archiv der ehemaligen Vereinigung Volkseigener Betriebe Steinkohle, Akten des Zwickauer-Oberhohendorfer Steinkohlenbauvereins, Bd 2/9, Bl. 768–775.

Die Mitgliederbewegung der Beerdigungskasse „Glückauf“ für Sachsen

Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl
1896	12 891	1905	16 545
1897	13 305	1908	17 397
1898	13 742	1910	17 816
1900	14 904	1912	18 363 ¹²⁷

Der Mitgliederzuwachs steigerte zugleich auch die Leistungsfähigkeit der Kasse. Diese nicht zu übersehenden Tatsachen zeigten den Grubenbesitzern, daß sie die Anziehungskraft ihrer eigenen Korruptionskassen überschätzt, andererseits aber erneut die Macht und Reife des Proletariates im sächsischen Steinkohlenbergbau unterschätzt hatten. Der Plan, damit die Arbeiterkasse zu liquidieren, mußte aufgegeben werden; er erwies sich als eine Illusion. Es ist verständlich, daß sich aus diesem Grunde die Einstellung der Grubenherren zu ihren eigenen Korruptionskassen ändern mußte.

Das zunehmende Desinteresse der Zechenbesitzer an ihren ursprünglich als Stein der Weisen gehaltenen gelben Korruptionskassen war aber noch aus einem weiteren Grunde bedingt. Dieser ergab sich aus den scheinbaren Erfolgen der schon charakterisierten „Mitgliederwerbung“ der Zechenherren. Je mehr Arbeiter den Unternehmern auf den Leim krochen oder sich einschüchtern ließen, desto rascher sank der Wert der gelben Kasse als ein Korruptions- und Unterdrückungsinstrument für das Kapital.¹²⁸ Letzten Endes wollte das Grubenkapital mit Hilfe der Kassen seinen Profit sichern bzw. erhöhen. Die Korruptionskassen waren ja nicht aus irgendwelchen humanen Gefühlen geschaffen worden.

Die Politik der Gewährung eines materiellen Vorteiles für alle Mitglieder des Königstreuen Knappenvereines im Revier Lugau-Oelsnitz gegenüber Arbeitern, die in anderen freiwilligen Begräbniskassen Mitglied waren, war deshalb an ganz bestimmte Bedingungen geknüpft.

Solange eine mehr oder weniger geringe Minorität Mitglied der gelben Kassen war, stand dieser Politik nichts im Wege. Niemals jedoch hatten die Zechenherren die Absicht, einem großen oder gar dem größten Teil der Bergarbeiter des Revieres materielle Vorteile zu bieten. Sie wollten nur eine bestimmte Minderheit bestechen um die ganze Arbeiterklasse dadurch leichter unterdrücken und ausbeuten zu können.

Die Leistungen der Begräbniskasse des Königstreuen Knappenvereins von Lugau-Oelsnitz wurden mit der Steigerung der Mitgliederzahl im Laufe der Entwicklung keineswegs höher, sie sanken vielmehr. Davon kündigt die folgende Tabelle:

¹²⁷ Laughorst, Friedrich, a. a. O., S. 103. Die Mitgliederzahl rekrutiert sich fast ausschließlich aus Zwickau und Lugau-Oelsnitz, die auch die Zentren der Bergarbeiterbewegung in Sachsen vor 1918 waren.

¹²⁸ Die Mitgliederzahl des Vereins Königstreuer Knappen betrug 1897 2138 und 1909 2900, die der zugehörigen Begräbniskasse 1897 3586. 1909 5056.

Die Leistungen der Beerdigungskasse des „Vereines Königstreuer Knappen“ im Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier nach der Satzungsänderung im Jahre 1909

Dauer der Mitgliedschaft	auszuzahlender Betrag bei Todesfall	Dauer der Mitgliedschaft	auszuzahlender Betrag bei Todesfall
2 J.— 4 J.	20 Mk.	10 J.—12 J.	70 Mk.
4 J.— 6 J.	30 Mk.	12 J.—14 J.	80 Mk.
6 J.— 8 J.	50 Mk.	14 J.—16 J.	90 Mk.
8 J.—10 J.	60 Mk.	über 16 J.	100 Mk. ¹²⁹

Ein Vergleich mit den entsprechenden Angaben der Tabelle auf Seite 40 zeigt folgendes Ergebnis:

Für Arbeiter oder deren Angehörige, die noch nicht 2 Jahre Mitglied waren, fiel die Unterstützung ganz weg. Die Unterstützungssätze wurden generell gesenkt und detaillierter aufgeschlüsselt.

Obwohl damit alle Kategorien der Mitglieder geschädigt wurden, traf es die dem Verein erst seit kürzerer Zeit Angehörenden härter, als die königstreuen Knappen mit langjähriger Mitgliedschaft. Das bedeutet mit anderen Worten, daß die ökonomisch am schlechtesten gestellten Arbeitergruppen unter der Statutenänderung am meisten zu leiden hatten, d. h. insoweit sie Mitglied der Königstreuen waren. Daraus ergibt sich der Schluß, daß im Jahre 1909 innerhalb der Mitgliedschaft des „Vereines königstreuer Knappen im Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier“ seitens der Unternehmer stärker differenziert wurde als bei der Gründung im Jahre 1897.

Den finanziellen Verlust, den die ökonomisch besser gestellten Mitglieder durch den Wandel der Beerdigungskasse erlitten, bekamen sie von den Werksdirektionen anderweitig ersetzt. Ein Beispiel für diese Tendenz liefert der Grubenvorstand der Gewerkschaft Deutschland, des größten Werkes im Revier. Am 25. April 1914 teilte der Vorsitzende der Gewerkschaft Deutschland dem Hauptvorstand des Vereines königstreuer Knappen mit, daß der Grubenvorstand beschlossen hat, „aus Werksmitteln künftig bis zu 3000 Mark jährlich bereitzustellen, die zugunsten von außerordentlichen Mitgliedern (Werksbeamten. E. W.) ... und ihrer Angehörigen verwendet werden soll.“¹³⁰

Die Existenz eines derartigen Differenzierungsprozesses innerhalb der Entwicklung der gelben Gewerkschaft beweist eindeutig, daß die Mitgliedschaft des „Vereines königstreuer Knappen im Lugau-Oelsnitzer Revier“ sowie die des schließlich 1912 gegründeten „Knappenvereines im Zwickauer Revier E. V.“ und aller gelben Gewerkschaften überhaupt, nicht mit der Arbeiteraristokratie gleichgesetzt werden darf. Angehörige der letzteren spielten zwar, wie mehrfach nachgewiesen wurde, eine sehr entscheidende Rolle in den gelben Vereinen, aber sie bildete nicht ausschließlich die Mitgliedschaft. Mitglied war auch ein Teil der

¹²⁹ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 6 AAb, Statut des Vereines Königstreuer Knappen, Änderung der Satzungen der Begräbniskasse 1909.

¹³⁰ Archiv des VEB Steinkohlenwerkes „Deutschland“, Grubenvorstandsakten 1914.

übrigen Arbeiter. Einen Teil der Mitgliedschaft muß man wahrscheinlich dem Lumpenproletariat zurechnen. Korrupte, von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung demoralisierte Elemente waren das, die um eines geringen zeitweisen persönlichen Vorteils willen bereit waren, die Interessen ihrer Klasse mit Füßen zu treten.

Der größte Teil der gelben Mitglieder aber wird jedoch von kleinbürgerlich beeinflussten, vielleicht auch pietistisch frommen Teilen des Proletariats gestellt worden sein.

Viele Mitglieder waren ihrer Haltung und ihrem Herkommen nach überhaupt kleinbürgerliche Elemente. Gerade erst ins Proletariat gestoßen, zehrten sie nicht selten noch von der Hoffnung wieder „aufzusteigen“. Sie lebten noch immer in einer kleinbürgerlichen Vorstellungswelt, die sie hinderte, sich ihrer wirklichen Lage bewußt zu werden.

Alle diese Kreise waren sehr leicht durch die ideologische Korruptionsarbeit der Zechenberren zu beeinflussen. Die ideologische Beeinflussungsarbeit unter den Bergleuten sollte nach dem Willen der Zechenherren von Anfang an die Hauptseite der Tätigkeit der gelben Gewerkschaften ausmachen. Die materielle Korruption ergänzte die ideologische elastisch.

Die einwandfrei erwiesene, von seiten der Zechenherren betriebene Differenzierungspolitik bei der materiellen Korruptionsarbeit unter den Mitgliedern der königstreuen Knappen schloß nicht aus, daß zeitweise dieses Prinzip wieder in den Hintergrund trat. Wenn es dem Grubenkapital nötig erschien, grenzte es auch weiterhin die gesamte Mitgliedschaft des Königstreuen Knappenvereines geschlossen von der Masse der Bergarbeiter durch Gewährung materieller Vorteile ab.

Das geschah z. B. während der Streikkämpfe, als die Gelben immer wieder gegen den Kampf auftraten. Im Jahre 1900 gewährten z. B. die Grubenherren allen Streikbrechern eine Lohnerhöhung von 20 Pfennigen.¹³¹ Das kam natürlich vor allem den Gelben zugute.

Ein anderes Beispiel für diese Taktik des Kapitals lieferte der sächsische Landtagsabgeordnete und Bergarbeiterführer Manilius Krause in seiner Rede vor der 2. Kammer am 11. 3. 1912 mit den folgenden Worten: „Das sind die Leute (die Königstreuen – E. W.), die durch irgendwelche Zwangsmittel diesem sogenannten Verein beigetreten sind, die, um es am einfachsten zu charakterisieren, wenn die Wahlen auf den Gruben stattfinden und dort Kandidaten der Verbändler (Mitglieder des deutschen Bergarbeiterverbandes – E. W.) eine Niederlage erlitten haben, bei dem Terrorismus der dort tätigen Grubenbeamten – wie auf dem Gottes-Segen-Schacht in Lugau festgestellt ist – bei einem Faß Freibier über ihren Sieg jubeln.“¹³²

Die Gewährung solcher oder ähnlicher materieller Vorteile für alle Angehörigen der königstreuen Vereine war aber nicht mehr eine ständige Erscheinung. Es gab

¹³¹ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 19 AAb, Bd 5, Bl. 25.

¹³² Ebenda, Akte 31 AAb, Bd 1, Bl. 94f. 59. Sitzung, Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation A über Kap. 77a des ordentlichen Staatshaushaltes 12/13, allgemeine Ausgaben für den Bergbau betreffend.

ein Faß Bier für das Durchbringen der Unternehmerkandidaten bei den Knappschafftskassenwahlen und 20 Pfennige Judaslohn für Streikbruch. Doch diese materiellen Zuwendungen waren an bestimmte Bedingungen geknüpft. Es kam nur noch eine bestimmte Kategorie, ein Teil der materiell am besten gestellten Vereinsmitglieder in den Genuß der ständigen materiellen Zuwendung seitens des Werkes. Die Masse der gelben Mitglieder erhielt nur noch materielle Vorteile, wenn die Grubenherren den Verrat eines Teiles der Bergarbeiter in einer schwierigen Klassenkampfsituation an den proletarischen Klasseninteressen besonders nötig hatten.

Besonders deutlich wurde die Rolle der königstreuen Knappen in dem Moment, da ein Lohnkampf auf der Tagesordnung stand oder gar ein Streik ausbrach. Beim Streik 1900 stellte der Verband der Bergarbeiter Deutschlands die Forderungen nach 8stündiger Schichtzeit, 10prozentiger Schichtlohnerhöhung, der Garantie einer 40prozentigen Steigerung des Lohnes bei Akkord (Gedinge) gegenüber dem Zeitlohn sowie nach der Abschaffung getrennter Gedinge. Des weiteren forderte man die Aufhebung der Arbeiteraussperrungen, die Anerkennung der sich etwa während der Streiks bildenden Arbeiterausschüsse (Streikkomitees) und die Berücksichtigung der Forderungen in den Arbeitsordnungen der einzelnen Werke.¹³³

Verschärft wurde der Ausbruch des Streiks in Sachsen durch die Tatsache, daß in dem teilweise in nächster Nachbarschaft liegenden Gruben Böhmens ebenfalls 60 000 Arbeiter in den Ausstand getreten waren. Die sächsischen Steinkohlengrubenbesitzer strebten danach, die Schwierigkeiten der benachbarten böhmischen Braunkohlenherren auszunutzen und einen Teil der an diese im Laufe der Zeit verlorengegangenen Absatzmöglichkeiten bei dieser Gelegenheit zurückzugewinnen. Sie mußten sich, derartige Ziele im Sinne, deshalb von vornherein sehr schnell zu einem Teilzugeständnis bereit erklären.¹³⁴

Andererseits waren die sächsischen Kumpel durch die gleichzeitige Aktion ihrer böhmischen Kollegen in einer sehr günstigen Position. Ihre Geschlossenheit und ihre Solidarität mit den tschechischen Klassengenossen brachte die Unternehmer in helle Aufregung.¹³⁵

¹³³ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 19a AAb, Bd 5, H. 2, Bl. 19. Bericht der Berginspektion Oelsnitz an das Bergamt Freiberg vom 9. 2. 1900 (getrenntes Gedinge im Gegensatz zu Gruppengedinge die Art der Entlohnung, womit einzelnen Arbeitern der Akkordsatz abgesprochen wird und nicht mit der gesamten Ortsbelegschaft).

¹³⁴ Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Protokoll der 16. Generalversammlung Berlin vom 10.–15. 6. 1905, Bochum 1905. Auf Seite 244 heißt es in der Begrüßungsansprache des Gastes aus Österreich, Ebert: „Aber erst durch den Bergarbeiterstreik von 1900 haben die österreichischen Werkbesitzer ihren Absatz im Ausland eingebüßt und zwar so, daß seitdem jede Woche zwei bis drei Feierschichten eingelegt werden mußten.“

¹³⁵ Hue, Otto, Internationale Bergarbeiterkongresse. In: „Die Neue Zeit“, Jg. XIX, 2, 1901, S. 400. „Was wir unter wahrer Internationalität verstehen, haben wir im Frühjahr 1900 bewiesen, als wir sogar nicht vor einem Streike (Mitteldeutschland) zurückschreckten, um unsere österreichischen Brüder im Kampfe durch Abschneidung der Kohlenausfuhr zu unterstützen.“

Um so verwerflicher war die Haltung der königstreuen Knappen, die den Zechenherren Sachsens eilig die Hand boten und auf deren Vorschläge liebedienernd eingingen.

In einer Bekanntmachung des Grubenkapitals des Lugau-Oelsnitzer Reviers hieß es dazu u. a.: „Um aber die seit kurzem in das hiesige Revier hereingetragene Lohnbewegung im Interesse sowohl unserer Arbeiterschaft als auch der auf den Bezug unserer Kohlen angewiesenen verschiedenen Industriezweige baldmöglichst zum Stillstand zu bringen, wollen wir angesichts der zu erwartenden günstigeren Geschäftslage eine außergewöhnliche Schichtloohnerhöhung bis zu 20 Pfennige pro Schicht für jeden Arbeiter, der seine Arbeit ununterbrochen fortsetzt, eintreten lassen und zwar ab 1. Februar 1900. Alle anderen Wünsche können keine Berücksichtigung finden.“¹³⁶

Die Königstreuen kommentierten das Vorgehen der Unternehmer in einem Flugblatt wie folgt: „Nach eingehender Beratung haben wir die zugebilligte Lohnerhöhung als den Verhältnissen entsprechend anerkennen müssen und fordern die Mitglieder auf, dieselbe anzunehmen und von Arbeitseinstellungen abzusehen, weil z. Zt. nicht mehr erreicht werden kann.“¹³⁷

Doch, es konnte mehr erreicht werden! Aus Angst vor einem noch größeren Erfolg bequemten sich die Zechenherren so schnell zu diesen Zugeständnissen. Es war mehr ein Zeichen ihrer Schwäche als ihrer Stärke. Dieses teils geradezu angstvolle Treiben des Grubenkapitals auch noch unterstützt zu haben, war die unaus tilgbare Schuld des königstreuen Vereines.

Wie machtvoll der Streik der sächsischen Steinkohlenarbeiter trotz der Machenschaften der Gelben blieb zeigt sich u. a. aus der Tatsache, daß die Generaldirektion der sächsischen kgl. Staatseisenbahn in Dresden insgesamt tagtäglich 165 Zugpaare mit „Rücksichtnahme auf die unterbrochene Kohlenzufuhr“ ab 19. Februar 1900 ausfallen lassen mußte.¹³⁸ Auch die Industrie spürte die Auswirkungen des Kampfes. In Zwickau schloß z. B. die „Mechanische Weberei von Jung & Simon“ wegen Kohlenmangel, die Arbeit wurde eingestellt.¹³⁹ Solidaritätsaktionen, auch außerhalb des sächsischen Steinkohlenbezirkes, begannen. Eine von 2000 Personen besuchte Versammlung im Felsenkeller in Leipzig-Plagwitz versprach den Bergarbeitern „das Möglichste zu tun, ihnen den Kampf zu erleichtern“.¹⁴⁰

Das heroische Ringen der sächsischen Kumpel fand überall Bewunderung. Der Verrat der königstreuen Arbeiter aber hatte inzwischen mit die Basis dafür gelegt, daß dem Streik der völlige Sieg versagt blieb.

Im Prinzip nicht anders verhielt sich der Königstreue Knappenverein im Streik 1912 und der vorangegangenen Lohnbewegung. Gefordert wurde von den klassenbewußten Arbeitern: Erhöhung der Schichtlöhne um 30 Pfennige, Verbesserungen

¹³⁶ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 19a AAb, Bd 5, Bl. 25.

¹³⁷ Ebenda, Bl. 54, Beschluß des Vereins Königstreuer Knappen vom 11. 2. 1900.

¹³⁸ Ebenda, Bl. 147.

¹³⁹ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 19a AAb, Bd 6, Bl. 47; „Leipziger Zeitung“ vom 21. 2. 1900.

¹⁴⁰ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 19a AAb, Bd 6, Bl. 47.

der Leistungen der Knappschaftspensionskasse. Darüber hinaus wurden die 1900 unerfüllt gebliebenen Forderungen wieder mit aufgestellt.¹⁴¹

Der Königstreue Knappenverein beeilte sich schon während der dem Streik vorausgegangenen Lohnkämpfe am 25. März 1911 den Unternehmern folgendes zu versichern: „Nachdem wir Kenntnis davon erhalten, daß von sozialdemokratischer Seite eine Lohnerhöhung vom Werke gefordert wird, haben wir die Ansicht unserer Knappenvereinsmitglieder über diese Angelegenheit eingeholt und können nur sagen, daß unsere Mitglieder wohl über die zu teuren Lebensbedürfnisse klagen, aber auch wissen, daß durch Lohnerhöhung dieser Übelstand nicht gemildert werden kann, weil eben jede Lohnerhöhung eine Teuerung nach sich ziehen muß.“¹⁴²

Diese Sätze zeigen eines:

Die Zechenherren konnten die Königstreuen in noch so schöne Uniformen stecken. Sie konnten eine Minderheit dauernd korrumpieren und vielleicht bei einer günstigen Gelegenheit einmal allen einige Pfennige oder gar Mark Trinkgeld zukommen lassen. Aber die Werksbesitzer konnten nicht verhindern, daß es der Masse der gelben Arbeiter auch immer schlechter ging. Die Königstreuen spürten auf die Dauer die Teuerung genauso wie ihre Klassengenossen in den Reihen des deutschen Bergarbeiterverbandes.

Das zeigt aber gleichzeitig, daß deshalb die klassenbewußten Bergarbeiter nicht davon abgehalten werden konnten, erneut im Kampf die Verbesserung der Lebensverhältnisse zu suchen. Im Gegenteil, sie waren danach geradezu verpflichtet und berechtigt.

Der Streik 1912 brach aus. Die Bergarbeiter unterlagen infolge des Terrors der Grubenherren, der Haltung der Gelben und der opportunistischen Haltung der Bergarbeiterführer. Die von der Arbeiterklasse dennoch errungenen spärlichen Erfolge waren weitaus geringer als 1900. Offiziell waren alle ihre Forderungen abgelehnt und der Streik verloren worden. Dennoch muß z. B. die von 1911 auf das Streikjahr 1912 sich ergebende Reallohnsteigerung in Revier Lugau-Oelsnitz als ein Erfolg des Kampfes der Bergarbeiter gewertet werden.¹⁴³

Vieles andere aber, was in jahrelangem Kampf errungen worden war, ging vorerst den Bergarbeitern wieder verloren. „Unser Streik ging dank der königstreuen Gelben verloren“, führte der Bergarbeiter Jakob aus Gersdorf auf der XX. Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes in Hannover aus, „und seitdem wird langsam die Zwölfstundenschicht wieder eingeführt, indem durch moralischen Druck die Arbeiter freiwillig entsprechend früher anfangen oder später aufhören.“¹⁴⁴

¹⁴¹ Ebenda, Akte 20 AAb, Bd 2, Bl. 26–28.

¹⁴² Ebenda, Bl. 39, Schreiben des Vereins Königstreuer Knappen an die Grubendirektionen im Revier Lugau-Oelsnitz vom 25. 3. 1911.

¹⁴³ Index des Reallohns (Brutto): 1911 = 97; 1912 = 100. Quellennachweis vergl. Anmerkung 23.

¹⁴⁴ Protokoll der 20. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands vom 27. 4.–2. 5. 1913 in Hannover, S. 126.

Als Geschenk für den Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse aber erhielt der Verein Königstreuer Knappen im Lugau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier die 100 000 Mark der schon erwähnten „König-Friedrich-August-Stiftung“. In der anlässlich der Verleihung gehaltenen Festansprache wurde wortwörtlich gesagt: „... und so haben sie (Die Werksbesitzer — E. W.) den königstreuen Knappen, die sich in schweren Zeiten zuverlässig und treu, trotz aller gegnerischen Anfeindungen, an die Seite der Arbeitgeber gestellt haben, jederzeit ihr ganzes Wohlwollen und ihre Fürsorge zugewendet.“¹⁴⁵

Mit allen Mitteln des Terrors, der Demagogie und Korruption suchten die Werksherren ihren gelben Verein zu stärken.¹⁴⁶ Begünstigt wurde dieses schändliche Treiben auch noch durch das vorübergehende Kopfhängenlassen einiger im Bergarbeiterverband organisierter Arbeiter.¹⁴⁷ So gelang es in Lugau-Oelsnitz nach Angaben der Unternehmer vor allem nach 1912, etwa 40 Prozent der Arbeiter des Revieres in den gelben Verband zu pressen.¹⁴⁸

¹⁴⁵ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 20 AAb, Bd 4, Bl. 33; „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ Nr. 2 vom 14. 1. 1899.

¹⁴⁶ So meldet die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ Nr. 8 vom 1. 3. 1913 im Artikel: „Die Bergarbeiterverhältnisse im Lugau-Oelsnitzer Revier“ eine Verstärkung der Werbung für den Verein Königstreuer Knappen durch die Werksbeamten.

Des weiteren wurden die Initiatoren des Streiks auf Grund des § 80 a des sächsischen Berggesetzes ausgesperrt. Alle Streikenden wurden als Neuzugänge wieder eingestellt.

Vgl. dazu auch: Wächtler, Eberhard, Zur Geschichte der Lage der Bergarbeiter im sächsischen Steinkohlenrevier Lugau-Oelsnitz von 1889–1914. Diss. Leipzig 1957, S. 117–121, 307f.

¹⁴⁷ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 20 AAb, Bd 4, Bl. 6; „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ vom 17. 8. 1912, Artikel: Nachklänge zum sächsischen Bergarbeiterstreik. „Die sächsischen Kameraden begehen geradezu ein Verbrechen, daß sie nach dem Streik vielfach ängstlich zurückgebrochen sind, daß sie Versammlungen meiden, die nach Streiks um so notwendiger sind, als man noch bestehende Differenzen und Unklarheiten ausgleichen muß. Wenn die Kameraden in Sachsen nach Streiks gleich mobil machen und um so fester zusammenhalten, dann ist der letzte Streik für sie nicht einmal ein verllorener.“

¹⁴⁸ Vgl.: Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 6 AAb, Geschäftsberichte des Vereins Königstreuer Knappen 1897–1914.

Diese Zahlen dürfen keine übertriebenen Vorstellungen von der Stärke und Bedeutung der Gelben erwecken. Auch der christliche Sozialpolitiker H. Imbusch warnte davor, indem er schon 1919 in seiner Schrift „25 Jahre Gewerkverein Christlicher Bergarbeiter“ (Essen 1919) schrieb: „Nach 1890 entstanden in Sachsen Vereine reichs- und königstreuer Berg- und Hüttenarbeiter. ... In vielen Vereinen herrschte jedoch eine große Gleichgültigkeit. Viele Mitglieder gehörten den Vereinen an, weil es zum guten Ton gehörte und gern gesehen wurde. Sie standen nur in der Mitgliederliste, ohne sich indessen viel um den Verein zu kümmern.“ (S. 20/21). In seiner Arbeit: „Die Gelben in der deutschen Arbeiterbewegung“ (Köln 1912) führt der gleiche Autor aus: „Es sollen nach den dem Verfasser gewordenen Mitteilungen viele Mitglieder der Vereine reichs- und königstreuer Berg- und Hüttenleute auch gleichzeitig den eigentlichen Interessenvertretungen der Arbeiter gegenüber dem Arbeitgeber, den Gewerkschaften angehören.“ (Womit allerdings von Imbusch nicht unbedingt die freien Gewerkschaften gemeint werden. — E. W.)

Auch die Zwickauer Zechenherren waren nun angesichts dieser „Erfolge“ des gelben Vereines im Lugau-Oelsnitzer Revier von ihrem ursprünglichen Standpunkt abgerückt und gründeten am 1. 7. 1912 den schon erwähnten „Knappenverein im Zwickauer Revier E. V.“.¹⁴⁹ In Aufbau und Zielsetzung glich er seinem Schwesterverein im Nachbarrevier aufs Haar. Ja sogar das Statut war in allen wesentlichen Punkten wortwörtlich das gleiche.¹⁵⁰ Allerdings gelangte der Zwickauer Verein nicht zu der Bedeutung wie sein Schwesterverein im Nachbarrevier.

Scheinbar war damit dem Bergarbeiterverband ein Stoß versetzt worden, von dem er sich nach dem Willen der Zechenherren nicht sogleich erholen sollte.

In der unternehmertreuen Presse wurde die durch die Zechenherren mit Terror herbeigeführte Aufblähung der gelben Vereine in Zwickau und Lugau-Oelsnitz überschätzt. Die klaren Argumente der Arbeiterpresse gegen die gelben Knappenvereine hielt die Bourgeoisie überheblich für „verzweifelte Rettungsversuche“.¹⁵¹ „Aber das geschichtliche Gesetz des Klassenkampfes läßt sich nicht vergewaltigen noch als Mummenschanz narren“, so schrieb Rosa Luxemburg und fuhr, die Mitglieder der gelben Gewerkschaften charakterisierend fort: „Hinter der grinsenden Fratze des Bajazzo guckt bald das bleiche Gesicht des gequälten Opfers hervor.“¹⁵² Dies zeigte sich auch in der Geschichte der gelben Vereine des sächsischen Steinkohlenbergbaues.

Die Mitglieder der sächsischen gelben Knappenvereine waren ideologisch und materiell, wenn auch unterschiedlich, korumpiert. Ihrer Stellung im Produktionsprozeß nach aber blieben sie trotz allem Arbeiter. Der im Anfang besonders stark auftretende Zug der materiellen Korruption einer Minderheit, die gleichzeitig mit die Führungskader des gelben Verbandes abgeben sollte, wurde bald, wie wir sahen, von einer anderen Spielart der gleichen Politik ergänzt und bis zu einem gewissen Grade abgelöst. Als es den Unternehmern nämlich gelang, eine bestimmte Anzahl von Arbeitern im Revier Lugau-Oelsnitz mit den verschiedensten Mitteln

¹⁴⁹ In Folge des Fehlens der gelben Gewerkschaft bis nach dem Streik 1912 hatten in Zwickau, von den Grubenherren gefördert, die evangelischen Arbeitervereine einen stärkeren Aufschwung als in Lugau-Oelsnitz genommen. Sie spielten auch bis zu einem gewissen Grade, mit allen den bekannten, sich aus ihrer rechtlichen Stellung ergebenden Unterschieden, eine ähnliche Rolle wie die Gelben im Nachbarrevier. Bei Analyse der Streikämpfe in Deutschland 1912 führte deshalb der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes Hermann Sachse in dem von ihm erstatteten Geschäftsbericht auf der 20. Generalversammlung in Hannover völlig zu Recht aus: „Was dieser königstreue Knappenverein für das Oelsnitz-Lugauer Revier ist, sind im Zwickauer Revier die Evangelischen Arbeitervereine. Beide Organisationen suchen nach Möglichkeit die Arbeiter gegen uns aufzuhetzen.“ Nach: Protokoll der 20. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum 1913, S. 108.

¹⁵⁰ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 6 AAb, Bd 4, Bl. 141–160. Der Anteil seiner Mitglieder an der Revierbelegschaft schwankt nach nicht ganz eindeutigen Zahlenangaben der gleichen Akte zwischen 14% und 25%.

¹⁵¹ Ebenda, Akte 20 AAb, Bd 4, Bl. 5. Bericht der Berginspektion Stollberg an das Bergamt Freiberg vom 25. 7. 1912.

¹⁵² Luxemburg, Rosa, a. a. O., S. 489.

4 Wächtler, Arbeitervereine

zum Eintritt zu zwingen, differenzierten sie die zur Korruption aufgewendeten Mittel stark. Der größte Teil der königstreuen Arbeiter war, vor allem nach 1912, sozialökonomisch gesehen durchaus nur den Durchschnittsarbeitern, nicht der Arbeiteraristokratie zuzurechnen. Die Verschlechterung des Lebensstandards, die zunehmende Verelendung des Proletariats, mußte deshalb auch innerhalb der Mitglieder der Knappenvereine immer offensichtlicher werden. Die Zuverlässigkeit der gelben Gewerkschaften als Bundesgenossen der Unternehmer im Kampf gegen die Sozialdemokratie wie überhaupt gegen die klassenbewußten Arbeiter sank.

In zunehmendem Maße klagten auch die Mitglieder der gelben Knappenvereine über „die teuren Lebensbedürfnisse“.¹⁵³ Die Bedeutung der auf Grund der gelben Vereinssatzungen gegebenen außerökonomischen Zwangsmittel zur Aufrechterhaltung der Disziplin gewannen immer mehr an Gewicht. Es gelang aber auch damit nicht, auf die Dauer einen Teil der königstreuen Knappen von gemeinsamen Aktionen mit den Angehörigen des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands abzuhalten. Eine Anzahl ließ sich mit Ausschlußdrohungen nicht mehr schrecken. So wurden nach dem Streik von 1900 78 Arbeiter wegen Beteiligung am Ausstand aus dem Königstreuen Knappenverein ausgeschlossen.¹⁵⁴

Während des Streiks von 1912 berichtete die Berginspektion Stollberg dem Bergamt Freiberg allein von einem Werk folgendes: „Die Behauptung, daß auch ‚Königstreue Knappen‘ ausständig sind, trifft zu. Wie nämlich bei einer heutigen Erörterung auf Kaiserin-Augusta-Schacht des Steinkohlenvereines Gottes Segen über den Ausstand festgestellt wurde, blieben bei der Oelsnitzer Betriebsabteilung des genannten Werkes z. Zt. etwa 65 Arbeiter aus, die Mitglieder der Vereinigung königstreuer Knappen sind.“¹⁵⁵

Das waren deutliche Anzeichen des Anwachsens der Unzufriedenheit auch innerhalb der gelben Knappenvereine. Doch nicht nur das war es, es war auch ein Ergebnis des Kampfes, der Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie und des Bergarbeiterverbandes. Allerdings blieben es vorerst nur relativ wenige Mitglieder der Gelben, die sich in entscheidenden Phasen der Klassenauseinandersetzung offen zum klassenbewußten Proletariat bekannten. Noch hielten die ideologische Beeinflussung und die anderen außerökonomischen Maßnahmen der Zechenherren die gelben Vereine zusammen. Ja, sie ließen sie zahlenmäßig sogar noch an Gewicht gewinnen!

Rosa Luxemburg schrieb im Februar 1914 über diese von den Unternehmern aufgebauchten Erfolge der gelben Gewerkschaften: „Und je höher zur Zeit die Erfolge dieser Organisationen von den Unternehmern aufgepeitscht werden, um so rascher und gründlicher wird sich zeigen, daß die gelbe Bewegung nur eine vorübergehende kurze Schlammwelle ist, die freien, vom revolutionären Klassen-

¹⁵³ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 20 AAb, Bd 2, Bl. 39. Schreiben des Vereins Königstreuer Knappen an die Werksleitungen des Reviers Lugau-Oelsnitz vom 25. 3. 1911.

¹⁵⁴ Ebenda, Akte 19a AAb, Bd 6, H. 2, Bl. 66.

¹⁵⁵ Ebenda, Akte 20 AAb, Bd 3, Bl. 254. Bericht der Berginspektion an das Bergamt vom 24. 3. 1912.

kampf belebten, von den Idealen des Sozialismus durchleuchteten Gewerkschaften aber der dauernde Niederschlag, der befruchtende Schlick der Geschichte, in dem die Saaten der Zukunft aufgehen.“¹⁵⁶

Die ersten Anzeichen des Niederganges zeigten sich schon während des 1. Weltkrieges. Zwar trat der königstreue Verein im Jahre 1915 dem „Bund deutscher Werksvereine“¹⁵⁷ und dem „Wirtschaftsverband Sächsisch-Thüringischer Arbeitervereine“¹⁵⁸ bei, doch konnten diese Schritte die rückläufige Entwicklung nicht aufhalten. Die Mitgliederzahl der Königstreuen sank.¹⁵⁹

Immer stärker suchten die Unternehmer den verloren gehenden Boden zu halten. In den Grubenvorständen und Aufsichtsräten der sächsischen Steinkohlenwerke wurden neue Pläne erdacht, die den Einfluß der Zechenherren auf die Mitgliedschaft der gelben Vereine weiterhin garantieren sollten. Im Protokoll der Grubenvorstandssitzung der Gewerkschaft Deutschland heißt es am 13. Dezember 1916:

„Es ist dringend notwendig, die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung seitens der Unternehmer zu unterstützen. Ein geeignetes Mittel ist hierzu u. a. die genannte Zeitung („Sächsisch-Thüringische Arbeiterzeitung“, herausgegeben vom Wirtschaftsverband Sächsisch-Thüringischer Arbeitervereine — E. W.), die unbedingt lebensfähig erhalten werden muß. Während sich im Zwickauer Revier die nötige Anzahl von zahlenden Bezieheren unter den Mitgliedern des Knappenvereins bereits gefunden hat, wollte es im Lugau-Oelsnitzer Revier nicht gelingen, das erforderliche Interesse unter den königstreuen Knappen zu wecken, angeblich wegen der Höhe von 25 Pfennigen für das monatliche Bezugsgeld. Um die Einführung zu erleichtern, hat der BBV (Verein für Bergbauliche Interessen — E. W.) bis Ende September beträchtliche Zuschüsse für die Zeitung geleistet. Nachdem die Einführung im Zwickauer Revier gelungen ist, ist diese Unterstützung weggefallen. Die Werke des Lugau-Oelsnitzer Reviers sollen nunmehr für sich um die Weiterverbreitung der Zeitung bemüht bleiben. Das geschieht am zweckmäßigsten durch die Gewährung eines Beitrages zu den Ausgaben der einzelnen Gruppen des Vereines königstreuer Knappen unter der Bedingung, daß deren Vorstände unter Mithilfe der Werksbeamten den nötigen Druck auf die Mitglieder ausüben.“¹⁶⁰

Die Einpeitscher der Durchhaltepolitik scheuten kein Mittel, weder Terror noch Finanzen. Mit Hilfe der Zeitung suchten sie einmal den trotz opportunistischer Führung revolutionärer werdenden Arbeiterorganisationen Paroli zu bieten, und zum anderen die gelben Vereine verstärkt durch ideologische Vergiftung als Aktivposten der Kriegspropaganda zu benutzen. Doch immer mehr Mitglieder der

¹⁵⁶ Luxemburg, Rosa, a. a. O., S. 490.

¹⁵⁷ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 6 AAb, Bd 4, Bl. 198. Jahresberichte des Vereines Königstreuer Knappen im Lugau-Oelsnitzer Revier auf das Jahr 1915.

¹⁵⁸ Archiv des VEB Steinkohlenwerkes „Deutschland“, Grubenvorstandsakten 1913, Grubenvorstandssitzung vom 13. 12. 1913.

¹⁵⁹ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 6 AAb, Bd 4, Bl. 198. Jahresberichte des Vereines Königstreuer Knappen.

¹⁶⁰ Archiv des VEB Steinkohlenwerkes „Deutschland“, Grubenvorstandsakten 1913, Grubenvorstandssitzung vom 13. 12. 1913.

Gelben erkannten, daß die Politik der Königstreuen nur dem Kapital und den Kriegsgewinnlern half. Die Antikriegsstimmung wuchs. Die Rufe der linken Führer der deutschen Arbeiterbewegung verhallten nicht mehr ungehört. Dieser Prozeß des Heranreifens einer revolutionären Situation drückte sich u. a. auch in den Worten aus, die der Vorstand des königstreuen Knappenvereines für seinen Geschäftsbericht des Jahres 1917 wählte. Es heißt in diesem: „Auch wir empfinden immer mehr den tiefen Eindruck, den das gewaltige Völkerringen auch in unserem Verein bewirkt. Wenngleich die größte Zahl unserer kriegsteilnehmenden Mitglieder durch Reklamationen zur alten Arbeitsstelle zurückgekehrt sind, so ist doch die Hingabe für unseren Verein etwas erschlaft.“¹⁶¹

Alles Mühen der Unternehmer nützte nichts mehr. Immer mehr Arbeiter wurden den königstreuen Grundsätzen untreu. Ganz besonders zeigte sich das noch einmal beim Julistreik 1918 im Revier Lugau-Oelsnitz. Im Bericht der Berginspektion vom 28. 7. 1918 heißt es bezeichnend dazu: „Es erweckt den Anschein, daß dabei (beim Streik — E. W.) die königstreuen Knappen in der einen oder anderen Weise mit dem Sozialdemokratischen Bergarbeiterverband und dem christlich-sozialen Verband Fühlung genommen haben. Auffällig ist jedenfalls, daß selbst Arbeiter, die dem Verein Königstreuer Knappen schon lange angehören, bisher sich von jedem Ausstand fernhielten und zu den ruhigsten und besten Arbeitern gehören, sich an diesem Ausstand beteiligten.“¹⁶²

Damit brach de facto die gelbe Organisation der Unternehmer zusammen. Das war ein großer Erfolg des Proletariats und seiner Kampfentschlossenheit.

Dabei muß besonders herausgestellt werden, daß diese Erfolge von der *Arbeiterklasse* errungen wurden. Die Kumpel zerschlugen durch ihre Aktionen, ihre Streiks während des Krieges, nicht nur die gelbe Gewerkschaftsorganisation der Unternehmer, sondern sie zwangen auch ihre eigene reformistische Gewerkschaftsführung zu Aktionen gegen die Zechenherren.

Mit Beginn des Krieges waren die rechte SPD- und Gewerkschaftsführung in Westsachsen auf Burgfriedenskurs gegangen. „Solange die Waffen sich kreuzen, sollen unsere hier ruhen“, schrieb der Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Manilius Krauß, im Dezember 1914 in einem Flugblatt.¹⁶³ Damit wurden die Kumpel überwältigt und dem Monopolkapital ausgeliefert. Aber die Kriegsjahre gingen nicht spurlos an den Bergarbeitern vorüber. Die Gründung der USPD, die Bildung der Spartakusgruppe, und vor allem das Beispiel der russischen Arbeiter und Bauern im Oktober 1917, trugen Früchte.

Die Bestätigung hierfür liefert ebenfalls der schon oben erwähnte Bericht der Berginspektion. Es heißt dort weiter, „daß bei Vereinigtfeld (Steinkohlenwerk im

¹⁶¹ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 6 AAb, Bd 4, Bl. 198; Rössler, Horst, Auswirkungen der Februar- und Oktoberrevolution 1917 auf den Kampf der Oelsnitzer Bergarbeiter. In: „Heimatkundliche Blätter“, Jg. 3, H. 5/1957.

¹⁶² Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 7 AAb, Bd 5, Bl. 145f., 2. Beilageakte, 4. Faszikel.

¹⁶³ Ebenda, Bl. 8, 1. Beilageakte.

Lugau-Oelsnitzer Revier — E. W.) in Hohndorf einige Arbeiter in Gegenwart eines großen Teiles der Belegschaft ausschrien, sie würden, wenn die im Felde stehenden nicht streikten, durch ihre Arbeitseinstellung das Kriegsende erzwingen. ...

... Beim Steinkohlenbauverein Hohndorf haben mehrere Arbeiter bei Ausbruch des Ausstandes erklärt, sie würden jetzt ihre Interessen selbst vertreten und ließen sich von Krauß und Langhorst nichts mehr vormachen.“¹⁶⁴

In der Novemberrevolution 1918 versetzte das Proletariat dem Verein Königstreuer Knappen und dem Knappenverein in Zwickau den Todesstoß. Die Herren der Gruben und Zechen im sächsischen Steinkohlenbergbau wurden gezwungen, diese Art der ideologischen und materiellen Korruptionsarbeit unter den Bergarbeitern einzustellen.

In einer am 6. 12. 1918 getroffenen Vereinbarung, bei der einerseits der Verband der Bergarbeiter Deutschlands und der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter zugegen waren, und andererseits der Verein für bergbauliche Interessen für das Lugau-Oelsnitzer und Zwickauer Revier die Belange des Kapitals vertrat, wurde in § 1 schriftlich festgehalten:

„§ 1 Der Bergbauliche Verein erkennt die oben genannten Gewerkschaften als berufene Vertretungen der Bergarbeiterschaft an. Er wird anderweitige Organisationen (Werkvereine) weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.“¹⁶⁵

Die Zechenherren hatten eine Niederlage erlitten. Ihre gelbe Politik war gescheitert. Aber sie gaben sich nicht geschlagen. Im Gegenteil, durch dasselbe Abkommen sicherten sie sich eine später noch viel wirksamere und gefährlichere Kraft zur Knebelung des Proletariates.

Während des Krieges hatte das sächsische Grubenkapital zu differenzieren gelernt. Es erkannte die große Bedeutung, die den reformistischen Führern der Sozialdemokratie und Gewerkschaften bei der Sicherung der Kriegsprofite zugekommen war und bediente sich ihrer bei der Niederschlagung der Revolution.

Bis 1914 hatten sich die Grubendirektionen geweigert, überhaupt mit einem Angehörigen der Gewerkschaften offiziell zu verhandeln. Jetzt aber, in der Revolution, ließ man sich von den reformistischen Führern sogar Garantien geben, die den Fortbestand der kapitalistischen Verhältnisse gewährleisteten. Im § 2 der gleichen Vereinbarung hieß es z. B.:

„§ 2 Die Gewerkschaften übernehmen die Gewähr dafür, daß ihre Mitglieder die von den Gewerkschaften getroffenen Vereinbarungen innehalten und daß ein selbständiges Vorgehen der Belegschaften in Lohn- und Arbeiterfragen sowie ein Eingreifen in die Betriebsverhältnisse unterbleibt.“¹⁶⁶

¹⁶⁴ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 7 AAb, Bd 5, Bl. 140f. und 145f., 2. Beilageakte, 4. Faszikel. M. Krauß und Friedrich Langhorst waren die Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands im Lugau-Oelsnitzer bzw. im Zwickauer Steinkohlenrevier.

¹⁶⁵ Archiv des VEB Steinkohlenwerkes „Karl Liebknecht“ in Oelsnitz, Akte II/112, Lohnbewegung und Streiks; Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 6 AAb, Bd 4, Bl. 265.

¹⁶⁶ Archiv des VEB Steinkohlenwerkes „Karl Liebknecht“ in Oelsnitz, Akte II/112, Lohnbewegung und Streiks.

Diese Bestimmungen entsprachen dem Arbeitsgemeinschaftsabkommen der Gewerkschaften mit den Unternehmervereinigungen vom 15. 11. 1918. Es schmälerte wenige Tage nach Beginn der Revolution den Sieg des Proletariates nicht unwesentlich. Zwar war die gelbe Fessel gesprengt, doch stellten sich gewissermaßen die reformistischen Führer der sächsischen Bergarbeiterbewegung dem Grubenkapital als Ersatz zur Verfügung.

Gleichfalls war es schlecht und schädlich, daß in der Vereinbarung der christliche Gewerkverein vom Bergarbeiterverband als „berufene Vertretung der Bergarbeiterschaft“ anerkannt wurde. Diese christliche Vereinigung war ja keine eigentliche Arbeiterorganisation, im Gegenteil, sie hatte viele gemeinsame Züge mit den gelben Gewerkschaften und war seit Gründung ein erklärter Feind der Sozialdemokratie und des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Die Auflösung der gelben Gewerkschaften vollzog sich schnell und ohne großen Nachhall. Von der nach außen hin gepriesenen Festigkeit und Stärke der gelben Organisationen war nichts zu spüren. Am 26. 8. 1919 teilte das Amtsgericht Stollberg dem Bergamt in Freiberg mit, „daß die Auflösung des ‚Vereines Königstreuer Knappen im Lugau-Oelsnitzer Kohlenrevier in Oelsnitz/Erzgeb.‘ am 25. August 1919 in das hiesige Genossenschaftsregister eingetragen worden ist.“¹⁶⁷

Fünfundzwanzig Jahre lang von den Unternehmern mühsam hochgezüchtet, ideologisch ausgerichtet und mit größeren Beträgen subventioniert, verschwanden die gelben Vereine in dem Moment endgültig von der Bildfläche, als die organisierten Bergarbeiter erzwangen, „daß die Steinkohlenwerke der Organisation (Bergarbeiterverband – E. W.) gegenüber sich vertraglich verpflichtet haben, in keiner Weise mehr den Königstreuen Knappenverein zu unterstützen.“¹⁶⁸

Damit war zugleich der letzte Beweis dafür geliefert, daß die gesamte gelbe Aktion nur eine Machenschaft des Kapitals war und nicht im entferntesten im Interesse des Proletariates lag.

¹⁶⁷ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 6 AAb, Bd 4, Bl. 207. Am 15. 6. 1919 beschloß die Hauptversammlung die Auflösung.

¹⁶⁸ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 6 AAb, Bd 4, Bl. 265.

QUELLENANHANG

1. Die Petition des Verbandes Sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter an den Landtag im Jahre 1893

Schon kurze Zeit nach dem Streik 1889 wurde es dem bewußtesten Teil der Bergarbeiter klar, daß die Unternehmer einen ganzen Teil der unter dem Drucke des Ausstandes gemachten Versprechungen nicht erfüllen würden. Von neuem wuchs die Unzufriedenheit unter den Kumpeln.¹

Bald wurde die Arbeitszeit von den Unternehmern mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wieder ausgedehnt. Als dann die Konjunktur nachließ, ging die Arbeitszeit zwar wieder zurück, doch dafür sanken die Löhne. Der Lebensunterhalt aber wurde unvermindert teurer.² Der Grad der Arbeitsintensität stieg. Breite

¹ Im Fahrbericht der Berginspektion Chemnitz vom Juli 1889 über die Verhältnisse beim Lugauer Steinkohlenbauverein heißt es: „Auf dem Werke der Oelsnitzer Bergbaugewerkschaft fürchtet man, daß der Streik und zwar am nächsten großen Lohntag (19. Juli) von neuem ausbrechen werde, weil eine Anzahl von Leuten nicht, wie sie sich das eingebildet, 25 Pf. pro 1,- Mark Schichtlohn Gewinn erzielt hat. Dieser 25%ige Gewinn sei, so behaupten sie, ihnen seitens der Werke nach dem Streik zugesichert worden, . . .“

Nach: Archiv der Bergakademie Freiberg, Akten Betriebsangelegenheiten bei dem Steinkohlenwerk des Lugauer Steinkohlenbauvereins betreffend. Nr. 5667, Bd 3, Bl. 153.

Am 20. Mai 1889 versprachen die Werke des Lugau-Oelsnitzer Revieres unter anderem auch noch bei dem Verfahren von Überschichten, das Prinzip der Freiwilligkeit zu wahren.

Vgl.: Archiv des VEB Steinkohlenwerkes „Karl Liebknecht“ in Oelsnitz, Akte II/112, Lohnbewegung und Streiks, Protokoll der Sitzung des Vereins für bergbauliche Interessen vom 20. 5. 1889.

Doch schon am 20. Juli des gleichen Jahres mußte die in Zwickau erscheinende Berarbeiterzeitung „Glückauf“ wieder berichten, daß Arbeiterentlassungen vorgenommen wurden, wenn Arbeiter Überstunden verweigerten.

Vgl.: Wächtler, Eberhard, Zur Geschichte der Lage der Bergarbeiter im sächsischen Steinkohlenrevier Lugau-Oelsnitz von 1889–1914. Diss. Leipzig 1957, S. 209.

² Index der Nahrungsmittelpreise
1913 = 100

1887	98
1888	101
1889	99
1890	107
1891	115
1892	113

Index der Jahresbruttoreallöhne
1913 = 100

78
74
77
76
72
68

Nach: Wächtler, Eberhard, a. a. O., S. 168f.

Kreise der Bergarbeiterbevölkerung forderten Abhilfe, forderten eine spürbare Verbesserung der auf die Dauer unerträglichen Verhältnisse. Zu ihrem Sprecher machte sich der Bergarbeiterverband mit der folgenden Petition an den Sächsischen Landtag im Jahre 1893:

An die hohe Ständeversammlung des Königreiches Sachsen. Zunächst an die II. Kammer.

Laut einstimmigem Beschluß der Generalversammlung des Verbandes Sächs. Berg- und Hüttenarbeiter vom 19. März 1893, auf welcher 3500 Stimmen vertreten waren, ist der ehrerbietigst unterzeichnete Vorstand beauftragt worden, an die hohe Ständeversammlung eine Petition abzusenden, in welcher um Abänderung einiger §§ des Allgemeinen sächsischen Berggesetzes von 1868 sowie des Gesetzes, die Ergänzung und Abänderung einiger Bestimmungen des V. Abschnittes Kap. II des Allgem. Berggesetzes (sogen. Berggesetznovelle) vom 2. IV. 1884 gebeten wird.

Dieser Aufgabe hat sich der unterzeichnete Vorstand unterzogen und unterbreitet derselbe einer hohen Ständeversammlung die nachstehenden Punkte zur geneigten Erwägung und Berücksichtigung.

1. In bezug auf die Sicherheit des Arbeiters betreffende Abänderungen.	§ 55 des Allgem. Bergges. in Verb. m. § 147 d. Ausf.-Verord.
2. Hinsichtlich der Abschaffung der Arbeitsbücher und Zeugnisse.	§ 75 u. 76 d. Allgem. Bergges.
3. Hinsichtlich der Arbeitsordnungen.	§ 78 des A. B.,
§ 89 d. Bergges.-Nov. von 1884,
§ 86 d. Ausf. Verord.
4. Die Entlassung und den Abgang der Bergarbeiter betreffend.	§ 80 des A. B.
5. Erhöhung der Leistungen der Knappschafts Krankenkassen unter Zustimmung der Werksbesitzer betr.	§ 11,7 der Nov. von 1884
6. Die Anrechnung früherer Dienstjahre auf Werken vor dem Jahre 1884 betr.	§ 57,1 d. Nov. von 1884
7. Die Rückzahlung der Knappschaftspensionsbeiträge beim Abgange von Bergwerken und Art der Rückzahlung betr.	§ 60, 61 d. Nov. von 1884
8. Einführung einer Berufungsinstanz gegen Entscheidungen des Bergschiedsgerichts.	§ 66 u. 68 d. Nov. v. 1884

Zu Nr. 1 erlauben sich die ergebendst Unterzeichneten folgendes anzuführen:

§ 55 des Allg. Bergges.

Wenn § 55 des allgem. Berggesetzes den Berginspektoren speziell die Pflicht auferlegt, bei der Inspektion befundene Mängel und Übelstände zur Abstellung zu rügen, beziehendl. dieselben beim Bergamte anzuzeigen und § 174, 1 dess. Gesetzes in Verbindung mit der Instruktion für die Berginspektoren vom 3. III. 1879 denselben aufgibt, in ihrer Eigenschaft als behördliche Organe die gesamten Interessen sowohl der Bergwerksbesitzer wie der Arbeiter wahrzunehmen, so macht sich zunächst eine öftere Befahrung der Bergwerke als jährlich mindestens *einmal* unbedingt nötig, da es sonst unmöglich erscheint, den Vorschriften des Gesetzes in genügender Weise nachzukommen. Es dürfte sich daher empfehlen, daß ein jedes Werkgebäude alljährlich wenigstens 4mal revidiert wird.

Daß sich dadurch eine Vermehrung der Inspektoren nötig macht, mag zutreffend erscheinen. Nur ist der unterzeichnete Verband der Meinung, daß angesichts der Wichtigkeit,

die der Sächs. Bergbau beansprucht, sowie angesichts der Notwendigkeit, die bei demselben beschäftigten Arbeiter in wirklich genügender Weise an Gesundheit und Leben zu schützen, eine Vermehrung derselben eintreten könne und müsse.

Um aber eine durchgreifendere Aufsicht ermöglichen zu können, scheint erforderlich, daß den jetzt bestehenden 5 Berginspektoren je 2, mindestens aber 1 Beamter beigegeben werden, jedoch dürften dies Leute sein müssen, welche weniger allgemeine theoretische Kenntnisse und Ausbildung, als vielmehr vorwiegend praktische Erfahrung und Ausbildung besitzen. Es dürfte u. E. die mehrjährige praktische Tätigkeit eines Häuers, die derselbe in verschiedenen Lehr- und Betätigungsphasen ausübte, völlig genügen um denselben, als berginspekterlichen Gehilfen geeignet erscheinen zu lassen. Dadurch würde auch unzweifelhaft ein größeres allgemeines Vertrauen zu dem Institute der Berginspektoren erzielt, als gegenwärtig, weil verschiedene Fragen der praktischen Bergmannserfahrung einer rascheren und gedeihlicheren Lösung entgegengeführt werden würden, als dies heute der Fall ist. Derartige Arbeiterbeamte, wie wir uns diese praktischen Gehilfen des Berginspektors zu bezeichnen gestatten, müßten mittelst geheimer Abstimmung von den Bergarbeitern selbst gewählt werden, wogegen deren Gehälter und Unterhaltungskosten von der Staatskasse getragen werden.

Als ein Mangel in der Instruktion für die Berginspektoren ist es schon oft empfunden worden, daß diesen nicht gleichzeitig die Befugnis zur Auferlegung von Strafen, wie in England, eingeräumt wird.

Es wird daher gebeten, die §§ 5 u. 6 der Instruktion für die Berginspektoren vom 3. III. 1879 entsprechend abzuändern.

Als ein weiterer Mangel in der Ausführung der Instruktion ist es zu bezeichnen, daß gegenwärtig die Bergwerksverwaltung von einer bevorstehenden Inspizierung vorher verständigt wird. Vielmehr müßte die Inspektion ganz unverhofft und unangemeldet geschehen. Dann würden die manigfachen Unregelmäßigkeiten und groben Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften sicherer und rascher erkannt werden, als jetzt, wo die Bergarbeiter seitens der Vorgesetzten Tags vorher in Kenntnis gesetzt werden, „das Zeug im Schusse zu halten“, da morgen die Inspektion komme. — Um Leben und Gesundheit der Arbeiter besser wahrzunehmen, erscheint es notwendig, daß § 55 des Allgem. Berg.-Ges. einen Zusatz erhält, nach welchem allen Werken die Pflicht auferlegt wird, auf jedem Schacht eine Badeeinrichtung zu schaffen, damit jeder Arbeiter nach vollendeter Schicht sich vom Schmutz und Staub reinigen und die Kleider wechseln kann. Denn, wenn in der Anmerkung 77 zu § 132 der Ausführungsverordnung des § 55 des A. B. G. (s. das A. B., herausgegeben von A. Wahle 1891.) die Hoffnung ausgesprochen ist, daß die namentlich für die heißeren Kohlengruben sich nötig machenden Badeeinrichtungen (Mannschaftsbäder) „würden allmählich auch ohne polizeilichen Zwang zur Entstehung gelangen,“ so hat sich diese leider nicht erfüllt. Wo die Einrichtungen aber ausnehmlich bestehen, haben sie sich in beiderseitiger Zufriedenheit bewährt.

Unsere Bitte geht deshalb dahin, die Einrichtung der Mannschaftsbäder in den sächsischen Bergwerken obligatorisch zu machen.

Des Ferneren macht sich eine gesetzliche Vorschrift dahingehend nötig, daß vor solchen Orten, welche eine hohe Temperatur aufweisen, die Arbeitszeit möglichst reduziert wird, damit die Gesundheit und Körperfrische der Arbeiter nicht darunter leide. So herrscht in verschiedenen Bergwerken des Königreichs — so u. a. auf den v. Arnim'schen Werken im Zwickauer Revier — eine Temperatur bis über 40° C, bei welcher in 10–12stündiger Arbeitszeit die Gesundheit der stärksten Arbeiter bedenklich infrage gestellt wird. Vorbehaltlich der unter 3. erbetenen Einführung der 8stündigen Arbeitsschicht bitten wir:

„Vor Orten, wo die Temperatur höher als 28 Grad C. ist, darf die Arbeitsschicht nicht über 6 Stunden betragen.“

Wenn schon der Arbeiterschutz heute vielfach die Gesetzgebung beschäftigt, so sei auch hierbei in Anregung gebracht, ob nicht bei sogenannter „nasser Arbeit“ (nassem Ort) den Bergbesitzern die Verpflichtung auferlegt werden könnte, für wasserdichte Kleidung auf

Kosten der Verwaltung Sorge zu tragen, zumal angesichts der wenig auskömmlichen Löhne die Arbeiter sich nicht in der Lage befinden, derartige Anzüge auf eigene Kosten zu beschaffen.

Berücksichtigt man, daß die Arbeit oft bei großer Hitze und vielfacher Nässe vor Ort geleistet werden muß und die Kleidung durch stetes Herabtropfen von dem Gestein (Dachgebirge) meist völlig durchnäßt wird, die Arbeiter aber nach verfahrener Schicht bei Regen, Wind und Kälte oft einen stundenlangen Weg nach Hause haben, so ist die Erkrankung und sind Rheumabeschwerden von Bergarbeitern schon in jungen Jahren nicht zu verwundern und eine große Belastung der Kranken- und Pensionskassen ist die nächste Folge davon.

Der Forderung des Arbeiterschutzes entspricht ferner die Abschaffung aller Gedingearbeit (Akkord) in Bergwerken und Ersetzung derselben durch regelmäßige, gesetzliche umgrenzte Arbeitsschichten, da die Gedingearbeit den bedenklichen Umstand zeitigt, daß die betreffenden Arbeiter die Vorsichtsmaßregeln leichter außer Acht setzen und Unglücksfälle dadurch entstehen. Daß bei der Gedingearbeit oft genug nicht einmal das lt. Arbeitsordnung bestehende Schichtlohn verdient wird ist eine Frage für sich. Im Interesse der Arbeit und zur Verhütung der Unglücksfälle liegt die gesetzliche Abschaffung aller Gedingearbeit und Ersatz derselben durch einen Mindestschichtlohn. Bei der Gedingearbeit ist das sogenannte getrennte Gedinge das für die Sicherheit der Bergarbeiter in sofern schädlich ist, als durch die dabei bestehende Konkurrenz der vor einem Ort beschäftigten Belegschaften der Bau, bzw. die Stützung der Orte vernachlässigt wird. Das getrennte Gedinge nahm bekanntlich beim letzten Streik in Sachsen im Jahre 1889 eine hervorragende Stelle insofern ein, als die Streikenden die Abschaffung desselben verlangten und diese im Beisein der Behörden von den Werksbesitzern auch versprochen erhielten. Leider ist diese Unsitte von vielen Werken wieder eingeführt worden.

Sollte man sich von der gesetzlichen Abschaffung der Gedingearbeit aber nicht zu überzeugen vermögen, so wäre mindestens eine gesetzliche Bestimmung dahin möglich, daß bei Gedingearbeit das statutarisch festgesetzte Schichtlohn als Minimum zu gewähren ist.

Die Schädlichkeit der Gedingearbeit wird wesentlich durch das auf den Bergwerken ausnahmslos herrschende System der Tantiemenzahlung an Beamte des Werkes für bestimmte Förderquanta unterstützt, insofern die Beamten in Konkurrenz mit ihrem Nebenbeamten bezüglich der Förderung treten, wobei die Sicherheit der Bergwerke, so insbesondere in Bezug auf gutes Verbauen der Orte unmöglich gewinnen kann. Außerdem besteht die Gefahr und dies ist erweislich, daß die betreffenden Beamten die Gedingesätze für die Arbeiter möglichst weit heruntersetzen um dadurch — bei gleichgroßer Förderung — die Tantieme um so höher zu erreichen.

Zu 2. bitten wir:

§§ 75 u. 76
d. A. B.

Die in §§ 75 u. 76 Allg. Berggesetzes vorgeschriebenen Arbeitsbücher und Arbeitszeugnisse abzuschaffen.

Bereits 1889/90 hat dem Landtage eine Petition des Vorstandes sächs. Berg- u. Hüttenarbeiter vorgelegen, in welcher um Abschaffung der betr. Arbeitsbücher beziehentlich Zeugnisse ersucht, sowie um Gleichstellung der Bergarbeiter mit den übrigen gewerblichen Arbeitern gebeten wird. In der Sitzung vom 21. Januar 1890 ist diese Petition im Plenum der II. Kammer abgelehnt worden.

Damals war, wie auch heute darauf hinzuweisen, daß die Arbeitsbücher und Atteste, welche von der Qualifikation der Arbeiter sowie von den Ursachen der Abkehr handeln, den Arbeiter nur hinderlich und keineswegs förderlich sind. Einen Befähigungsnachweis stellen dieselben schon um deswillen nicht dar, weil es alltäglich zu bemerken ist, daß die Handarbeiter, Knechte und anderen Berufe ohne jedwedes Zeugnis oder Arbeitsbuch in Arbeit genommen werden, wogegen Bergarbeiter bei besten Zeugnissen nicht Anstellung finden. Diese befremdliche Erscheinung hat unter den Bergarbeitern zu der Vermutung Veranlassung gegeben, daß unter den Werksbesitzern eine geheime Abmachung bestehe, wonach der Arbeiter verhindert werden soll, schlechte Arbeitsverhältnisse zu oft zu lösen.

Andererseits erregt die Art der Zeugniseinträge oft genug Bedenken, insofern durch den Eintrag oder die Weglassung des einen oder anderen Wörtchens oder durch die eigentümliche Setzung des Werkstempels unter das Attest — wie solches erst vor ganz kurzer Zeit auf einem Oelsnitzer Werke stattgefunden — ein Verständnis unter den Werksbesitzern über Annahme oder Ablehnung des Bergarbeiters erzielt wird. Der Arbeiter hat in solch einem Falle eine Art Urlaubsbrief in den Händen und liefert sich mit dem Attest unbewußt auf Gnade oder Ungnade aus.

Im übrigen stellt das Erfordernis des § 75 die erwachsenen Bergarbeiter den Jugendlichen, unmündigen Arbeitern unter 21 Jahren im Sinne der Gewerbeordnung gleich, ein Zustand, welcher vom ehrliebenden Bergmann peinlich empfunden wird.

Zu 3. § 78: Arbeitsordnungen betr., sowie zu § 89 der Novelle vom 2. IV. 1884, beziehendlich der Ausf.-B. § 86 wünschen die Petenten, daß in letzterem § des A. B. unter entsprechender Änderung beziehendlich Streichung der Punkte unter b, e, f, i, welche der Reihe nach von der Dauer und Zeit der Schicht, von den Normen für das Verdingen der Arbeiter, von dem Orte und den Zeitabschnitten der Auslohnung sowie von den Strafen handeln, besondere §§ bestimmt werden, wonach

§ 78 d. A.
B.

1. die Schichtzeit für alle Bergarbeiter, incl. der Ein- und Ausfahrt, nicht über 8 Stunden dauern darf,
2. auf Werken 8tägige Lohnzahlung bzw. Abschlagszahlung und zwar an jedem Freitag erfolgt;
3. Lohnzettel auf den Werken obligatorisch eingeführt werden, aus denen die Arbeiter die Anzahl der verfahrenen Schichten, die Orte, die Lohnhöhe, die Strafen und Abzüge erfahren können; die Lohnzettel sind den Arbeitern eigentümlich zu belassen;
4. die Strafen die Höhe eines einfachen Schichtlohnes nicht übersteigen dürfen (gemäß § 134b der Gewerbeordnung).

Die Frage der Einführung der 8stündigen Schichtzeit wird angesichts der immer tiefer und heißer werdenden Schächte immer drängender. Und es bedarf keines besonderen Nachweises, daß die Arbeit unter Tag bei wechselnden Temperaturen, unter Ausschluß des Sonnenlichtes, sowie der schädlichen Ausdunstungen und Gase nicht ohne Gefahr für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter nicht über 8 Stunden ausgedehnt werden darf. Auch schädigen die jetzt üblichen Sicherheitslampen, wie vielseitig von den Bergarbeitern geklagt wird, in noch stärkerem Maße als früher bei den Grubenlampen das Augenlicht, so daß bei Beibehaltung der jetzt üblichen zehn- bis zwölfstündigen Arbeits- sowie der Extraschichten auch derartige Schädigungen der Bergarbeiter stärker hervortreten müssen.

In Hinsicht der 8tägigen Lohnzahlung beziehendlich einer angemessenen, einem durchschnittlichen Wochenlohn gleichkommenden Abschlagszahlung, sei bemerkt, daß solches bereits eingeführt ist und sich die allgemeine gesetzliche Einführung um deswillen empfiehlt, damit der Bergmann samt seiner Familie nicht dem Kreditwesen und Kleinwucher überantwortet wird, wodurch die Waren unnötig verteuert werden. Es bedarf keines Beweises, daß der Arbeiter beim Barkauf günstiger fährt, als wenn er nach 14 Tagen und 3 Wochen alte Aufrechnung mit Zinsenzuschlag beim Krämer bezahlen muß.

Bezüglich der Strafen muß der Bergarbeiter vor allzuhohen und doppelten Strafen geschützt und den gewerblichen Arbeitern gleichgestellt werden. Vielfach ist es vorgekommen, daß der Arbeiter mit dem gesetzlichen Fünftel des Lohnes gemäß der Arbeitsordnung bestraft und obendrein nach einem der 11 Punkte des § 80 entlassen wurde. Solche Härten sollten durch das Gesetz beseitigt werden.

Zu 4: Aufhebung des Arbeitsvertrages, bitten wir bei § 80 des A. B. unter a) der Ziff. 1 folgende Fassung zu geben:

§ 80 d. A.
B.

a) Seiten der Bergwerksbesitzer:

1. Wenn sich der Arbeiter in einem Jahre wiederholt ungehorsam gegen etc. vergeht und deshalb bestraft worden ist,
bei

4. gegen den Schluß hin zwischen die Worte „schon“ und „bestraft“ das Wort „öfter“ einzufügen,
bei

5. statt „länger als 1 Tag“ zu setzen: länger als 3 Tage,
sowie bei

Ziff. 1 unter b) seitens der Bergarbeiter:

zwischen die Worte „oder“ und „ihnen“ einzufügen: Mit Schimpf- und Schmähreden bedacht.

Die Einfügung bei den Ziffern 1, 4 und 5 unter a) halten die ergebendst Unterzeichneten darum für nötig, weil die Arbeiter gegen die allzuschnelle oder erleichterte einseitige Lösung des Arbeitsverhältnisses geschützt werden müssen. Bei wörtlicher Auslegung dieser Sätze ist es leider schon häufig vorgekommen, daß Arbeiter wegen eines Ungehorsams unter Bezugnahme auf das „wiederholt“ entlassen wurden, obwohl die erstmaligen Differenzen länger als 1 Jahr her waren, ferner da mancher Bergarbeiter weit von seiner Arbeitsstätte wohnt, so ist es im Falle plötzlicher Erkrankung oder sonstiger Vorfälle möglich, daß er sich an dem betreffenden einen Tage nicht rechtzeitig entschuldigen kann, wodurch er aber bei strenger Auffassung der gedachten Ziffer des § die Arbeit verlieren kann.

Zu der gewünschten Einfügung bei der Ziff. 1 unter b) werden die Petenten durch die zahlreich vorkommenden Fälle von Schimpf- und Schmähreden veranlaßt; die Arbeiter haben ja freilich das Klagerecht, allein sie verlieren nach anhängig gemachter Klage gegen den Vorgesetzten, Chef usw. in 90 Fällen von 100 die Arbeit. Gehen sie aber infolge mannigfacher Beschimpfungen und erlittener Degradation dennoch ab, so gehen sie nach § 40 des Statuts der Allgem. Knappschafts- und Pensionskasse für das Königreich Sachsen der Pensionsansprüche wie auch der Rückzahlung der Kassenbeiträge verlustigt.

Es ist daher diese Einfügung nur billig und läßt sich um so mehr rechtfertigen, als derselbe § 80 unter a) Ziff. 1 den Werksbesitzer berechtigt im Falle von Schimpf- und Schmähreden den Arbeiter sofort (und nota bene mit allen Rechtswirkungen in Bezug auf die Nichtauszahlung der Pensionsansprüche etc.) zu entlassen.

§ 11,7 d.
Nov. von
1884

Zu 5. ersuchen wir die hohe Kammer in der Novelle zum Allgem. Berggesetz vom 2. April 1884 den Schlußsatz des § 11 folgende Fassung zu geben:

„die Erweiterung beziehendlich Erhöhung der Leistungen einer Kasse etc. . . . bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung ist nur zu versagen etc.“

Der Wegfall der Stelle: „darf nur mit Zustimmung der Besitzer des Bergwerks oder der Bergwerke, für welches oder welche die Kasse errichtet ist, erfolgen“, wird deshalb erbeten, weil die Werksbesitzer sich vielfach Erweiterungen und Erhöhungen in der Leistung der Krankenkassen widersetzt haben. So z. B. bezüglich des Wegfalles der 3tägigen Karenzzeit, der Zulassung von Naturheilkundigen zur Behandlung kranker Mitglieder sowie auch einer Erhöhung der Sterbegelder, welches alles die Novelle zum Reichskrankenkassengesetz vom 10. April 1892 zuläßt.

Die gesetzliche Bestimmung, daß nur $\frac{1}{3}$ der Werksbesitzer in den Generalversammlungen der Krankenkassen Sitz und Stimme haben, gewährt keinen Schutz, da die betreffende Stelle bedingungslos von der Zustimmung der Besitzer der Bergwerke handelt, die Festsetzung der Drittelzusammensetzung daher gar keine Wirkung hat.

Im weiteren ist die Stelle, um deren Wegfall petiert wird, Ursache davon, daß Wünschen und Anträgen von Mitgliedern der Knappschaftspensionskassen seitens der Bergwerksbesitzer unter Berufung auf ihr Recht der Versagung nicht Folge gegeben wurde.

§ 55 der
Novelle

In Verfolg des letzteren Umstandes bitten die Petenten daher auch, den § 55 der Novelle zum Berggesetz vom 2. April 1884 folgenden Zusatz anzufügen:

„Zu jeder anderweiten Abänderung des Kassenstatuts ist die einfache Stimmenmehrheit der anwesenden beiderseitigen Vertreter erforderlich.“

§ 57,1 der
Nov. von
1884

Zu 6. bitten wir ergebendst, folgenden Zusatz zu § 57, 1 der Novelle von 1884 beschließen zu wollen:

„Hierbei sind auch diejenigen Beitragsjahre entsprechend mit in Anrechnung zu bringen, welche von den betreffenden Mitgliedern vor dem Jahre 1884 – dem Jahre der Einführung der Bergnovelle vom 2. April 1884 – in anderen sächs. Knappschaftskassen versteuert worden sind.“

Begründung:

Als s. Zt. die Bergnovelle geschaffen wurde, sah dieselbe in § 52, 2 die Zusammenlegung der einzelnen bestehenden Knappschaftspensionskassen mit der Maßgabe vor, daß der neuen gemeinsamen Kasse (jetzige Allgemeine Knappschaftspensionskasse für das Königreich Sachsen seit 1891) die in die bisher bestehenden Einzelkassen geleisteten Mitgliederbeiträge sowohl, als auch die in dieselben Kassen gezahlten anteiligen Werksbeträge, abzüglich der bisher den Mitgliedern der Einzelkassen oder deren Familien gewährten Unterstützungen (Pensionen, Begräbnisgelder) zu überweisen seien und daß in die zu überweisenden Gelder auch der Betrag mit einzuschließen sei, welcher für das betreffende Mitglied etwa in die Kasse, aus welcher es ausscheidet, früher aus einer anderen Knappschaftspensionskasse verabfolgt worden ist (§ 57, 1 der Nov. z. A. B. v. 2. April 1884).

Als man nun mit dem 1. Januar 1891 die gegenwärtig bestehende Allgemeine Knappschaftspensionskasse für das Königreich Sachsen ins Leben trat, sind alle Bestände und Forderungen der damals in Frage kommenden Einzelkassen in den Besitz der Allgemeinen Pensionskasse übergegangen und mittels des von den Vertretern der Mitglieder der bisherigen Einzelkassen wie den betreffenden Werksbesitzern das derzeit in Gültigkeit befindliche Statut beschlossen worden. Nach diesem Statut – wovon sich ein Exemplar angebogen befindet – wird gemäß § 23 als Dienstalter welches bei der Berechnung der Höhe der Pension maßgebend ist, nur gerechnet:

1. die Zeit, auf welche das Mitglied zur allgem. Knappschaftspensionskasse Beiträge gezahlt und letztere nicht wieder zurückerhalten hat (§ 40);
2. die Zeit, welche dem Betreffenden am 31. Dezember 1890 bei einer der in § 1 genannten bisherigen Knappschaftspensionskassen als Dienstzeit anzurechnen war, gleichviel ob das Mitglied an diesem Tage wirklich einer dieser Kassen angehörte oder nicht, in letzterem Fall jedoch nur dann, wenn bei dem vor dem 31. Dezember 1890 zuletzt erfolgtem Ausscheiden des Betreffenden aus einer der genannten Kassen die Beiträge nicht zurückbezahlt oder an eine andere Kasse überwiesen worden sind;
3. (bezieht sich nur auf Invalidengeld usw.)

Die in vorstehendem § bestimmte Zeit zur Anrechnung der Dienstzeit ist nun aber in der Praxis nur auf die Jahre angewendet worden, welche seit 1. Dezember 1884 gesteuert worden, oder bezüglich deren Steuerbeträge überwiesen worden sind. Und nur diejenigen, die sich vor diesem Zeitpunkte des 31. Dezember 1884 ununterbrochen in einer und derselben Kasse befanden, retteten ihre gesamte vollbrachte Dienstzeit; so u. a. auch die Bergarbeiter des Zwickauer Reviers, die zufolge einer zwischen den Einzelkassen des Reviers getroffenen Abmachung ihre volle Dienstzeit retteten, falls sie ununterbrochen im Revier Bergarbeit getrieben hatten. Am härtesten getroffen wurden aber die Bergarbeiter, welche von anderen Revieren vor dem 31. Dezember 1884 verzogen, ihre dortselbst versteuerten Dienstjahre einbüßten und sich gegenwärtig noch teils auf Werken, welche der Allgem. Knappschaftspensionskasse beigetreten sind, teils auf Einzelwerken mit besonderen Werkskassen, wie auf den von Armin'schen Werken in Planitz, den Brückbergschächten in Zwickau u. a. befinden.

Für Hunderte von Bergarbeitern aber ist diese Maßregel, welche eine einzige Generalversammlung von Vertretern der Werke und der Kassenmitglieder beschloß, von größtem Nachteil gewesen. Die vor dem Jahre 1884 seitens dieser Bergarbeiter zwecks dereinstiger Unterstützung (Invalidität) der vollbrachten Dienstzeit sind null und nichtig erklärt und wie es den Petenten erscheint, im Widerspruch mit dem Geiste des § 57, 1 der Berggesetznovelle von 1884, welcher letzterer Paragraphennachsatz besagt:

„Ist nach dem Kassenstatute die Höhe der Pension nach Maßgabe der Dienstzeit festgesetzt, so wird zu dieser Dienstzeit die Zeit hinzugerechnet, welche das Mitglied auf anderen, nicht zu derselben Pensionskasse gehörigen Bergwerken als Kassenmitglied zugebracht hat.“, beschlossen werden: der vorstehende Wortlaut läßt eine Deutung dahin, daß eine bestimmte Einschränkung bei Anrechnung der Dienstzeit nach rückwärts vorgenommen werden könne, gar nicht zu.

Gleichwohl ist das betreffende Kassenstatut s. Z. von der oberen Aufsichtsbehörde – dem Bergamte – anstandslos genehmigt worden.

Es steht bei der hohen Kammer, zu erwägen, inwiefern im Jahre 1890, dem Jahre, in welchem die in §§ 52 u. ff. der Berggesetznovelle vom 2. April 1884 vorgesehenen Änderungen in die Wirklichkeit umgesetzt werden, entsprechend richtig gehandelt worden ist.

Die ergebendst unterzeichneten Petenten gestatten sich hierbei nur, zur Unterstützung ihres Vorbringes darauf zu verweisen, daß es sich um Tausende von Jahren Dienstzeit handelt, welche letztere durch die Fassung des Statuts Hunderten von Bergarbeitern, die sich zum Teil noch jetzt tätig auf Bergwerken befinden und weitersteuern, handelt. Um nur eine kleine Übersicht der Verluste zu geben, so haben die Unterzeichneten im Mai 1893 an die Zahlstellen des Sächs. Berg- und Hüttenarbeiterverbandes, zu welcher letzterem auch Arbeiter auf Werken gehören, welche nicht in die allgemeine Knappschaftspensionskasse von Sachsen einbezogen sind, z. B. Brückenberg Zwickau und v. Armin Planitz, Fragebogen ausgegeben, in welche sich 388 Bergarbeiter und Invaliden einzeichneten. Hiernach handelte es sich für die genannten 388 Personen um den Verlust von 3396 Jahre 7 Monate Anrechnungszeit oder 8 Jahre 8 Monate durchschnittlich auf den Mann gerechnet. Nach Revieren berechnet gehen verloren im Revier Zwickau 1150 Jahre im Revier Lugau-Oelsnitz 1407 Jahre 5 Monate, im Freiburger Revier 402 Jahre im Schneeberger Revier 134 Jahre 5 Monate, im Johann-Georgenstädter Revier 147 Jahre 9 Monate, im Plauenschen Grund 77 Jahre 6 Monate, im Schwarzenberger Revier 20 Jahre 1 Monat, im Altenberger Revier 38 Jahre 6 Monate und im Annaberger Revier 18 Jahre 11 Monate. Die Anzahl der eingebüßten Jahre variiert zwischen einem und dreißig Jahre. Vereinzelt sind Leute darunter, welche 40 und 45 Jahre in Knappschaftspensionskassen Beiträge gezahlt, aber bei der Pensionierung kaum 20 Jahre angerechnet bekommen haben, und zwar nur um des Willen, weil sie von einer Knappschaftskasse bzw. von einem Revier in das andere übergegangen sind, was nach § 40 des seit 1891 geltenden allgemeinen Statuts einen Grund zum Abstrich früherer Dienstzeit gab.

Vorstehend genannte 388 Personen stellen selbstredend nur einen Teil der also Geschädigten dar, da die anderen nicht zu erlangen gewesen.

Die ergebendst Unterzeichneten bitten darum: Hohe Ständeversammlung möge dem eingangs dieses Punktes erbetenen Zusatz zu § 50, Abs. 1 der Bergges. Nov. vom 2. Apr. 1884 ihre Zustimmung nicht versagen.

Wegen der Deckungsmittel für die in Folge Anrechnung früher versteuerter Beitragsjahre größer werdenden Leistungen gestatten wir uns zunächst auf den finanziellen Stand der Allgemeinen Knappschaftspensionskasse für das Königreich Sachsen und dessen Bilanz von 1892 verweisen, wonach das zu erwartende Mehr keine so hohe Ausgabe bedeuten würde, daß es die nachgenannte Kasse nicht zu tragen vermöchte. Gelangte man aber trotzdem dazu, zur Wiederherstellung von Rechten Hunderter von Mitgliedern oder Pensionsempfängern der gegenwärtigen Kasse zu einer kleinen Erhöhung der nach § 76 des Allgemeinen Statuts vorgesehenen Zuschlagbeiträge (siehe auch § 23 der Nov., welcher auch auf die Pensionskassen Anwendung erleidet) verschreiben zu müssen, oder aber die Zahlung der Zuschlagsbeiträge noch um einige Jahre zu verlängern, so würden u. E. erhebliche Einwendungen weder von Seiten der Werksbesitzer, noch der Kassenmitglieder erhoben werden.

Jedenfalls aber würde dem bisher Benachteiligten, wie auch der gesamten Bergarbeiterbevölkerung des Sachsenlandes eine Genugtuung bereitet, wie sie im Interesse der Allgemeinheit nur gelegen ist. Gegenwärtig wird die Benachteiligung der mit ihren Dienst-

jahren vor 1884 Nichtberücksichtigten, in weiten Bergarbeiterkreisen schwer empfunden. Im Interesse des sozialen Friedens läge ein solcher Beschluß, wie ihn die Petenten sich als Bitte vorzutragen gestatten, ganz gewiß.

Zu 7. wünschen Petenten dem § 60 Abs. 1 der Novelle von 1884 folgende Fassung zu geben: § 60 der Nov. von 1884

„Denjenigen Bergarbeiter, welcher in verschiedenen Pensionskassen zusammen mindestens 2 Jahre Mitglied gewesen ist, gleichviel ob er in Gemäßheit des § 80 unter a) Ziff. 1–11 entlassen worden, oder nach Ziff. 1–5 unter b) desselben § die Arbeit verließ oder aber auch, wo er die Arbeit aus einem anderen Grunde als wie vorstehend angegeben, also freiwillig verließ:

ist entweder

- a) der Betrag der von ihm bis zu seinem Ausscheiden aus der Arbeit an die Pensionskasse eingezahlten Beiträge zurückzuerstatten, oder
- b) bei Fortentrichtung der nach dem jeweilig geltenden Kassenstatute an die zeitherige Pensionskasse zu zahlenden Arbeiterbeiträge, welche nach § 8 festgestellten durchschnittlichen Tagelohne zu berechnen sind, der Anspruch auf Pensionsbezug für sich und evtl. nach seinem Ableben für seine Witwen und Waisen zu belassen. Im Falle der freiwilligen Fortsteuerung nach Abgang von der Arbeit bleibt es dem Betreffenden freigestellt, ob er die gemäß § 956 festgesetzten Werksbesitzerbeiträge mit zur Steuerung übernehmen will oder nicht. Im letzteren Falle wird sein Anspruch auf Pension nach § 962 der Novelle von 1884 nur auf die Hälfte anerkannt.

Darüber, auf welche Weise hiernach die Abfindung geschehen soll, ist im Kassenstatut mit Bestimmung zu treffen.“

Die ergebendst Unterzeichneten erlauben sich zur Begründung dieser vorgeschlagenen Änderung das Folgende zu bemerken:

Es ist ein vielfach empfundenenes Unrecht, daß der Bergmann seine Beiträge erst dann zurück erhält, nachdem er mindestens 5 Jahre Mitglied einer Pensionskasse war. Kommt es doch häufig vor, daß der Bergarbeiter gerade in den ersten Jahren seiner Tätigkeit die Werke öfter gewechselt hat, sei es, um sich günstigere Arbeitsverhältnisse zu suchen, sei es aus sonstigen Gründen.

Auch ereignete es sich häufig, daß man gerade Bergarbeiter kurz vor erfülltem 5. Mitgliedsjahre aus der Arbeit entläßt, wodurch sie ohne weiteres alle Ansprüche auf ihre eingezahlten Beiträge verlieren. Die Verluste betragen meist weit über 100 Mark, und es erscheint nur gerechtfertigt, daß das gesteuerte Eigentum des Bergmanns ihm wenigstens nach 2jähriger Karenzzeit genehmigt wird.

Andererseits ist dieser § aber s. Z. bei Schaffung des Statuts der Allg. Kn.-P. K. dahin ausgelegt worden, daß die 5jährige Mitgliedschaft eine ununterbrochen 5jährige gewesen sein muß. (cfr. § 40 des beif. Statuts der allg. Kn. P. K.) Diese Auffassung ließ das Gesetz aber nicht zu; leider sind die genannten Statuten s. Z. mit dieser Bestimmung vom Bergamt genehmigt worden.

Dadurch sind wiederholt Schädigungen möglich geworden, wie folgender Fall u. a. dartut:

Der Bergarbeiter Junghans in Friedrichsgrün ist im Mai 1893 abgelegt worden, ohne daß einer der in § 80 1–11 gedachten Entlassungsgründe vorlag. Derselbe war über 13 Jahre lang Mitglied mehrerer Knappschaftsrankenkassen und davon 7 Jahre 4 Monate in einer und derselben Kasse, mit Unterbrechung allerdings, so daß die statuarisch geheischte und unterbrochene 5jährige Mitgliedschaft nicht zutraf. Man enthielt ihm also die Beiträge vor, obwohl er selbst die Zwischenzeit in den 7 Jahren 4 Monaten in einer Knappschaftspensionskasse gesteuert hatte, welche seit dem 1. Januar 1891 (dem Tage der Inkraftsetzung der Allgemeinen Pensionskasse) zu der letzteren gehört. – Ähnlich liegt der Fall beim Bergarbeiter Schröpfer, Lichtenstein Callenberg, worüber der Beweis angetreten werden kann. Ferner mag darauf verwiesen sein, wie leicht es eintreten kann, daß einer der in § 80 a

Ziff. 1–11 des A. B. vorgesehenen Entlassungsfälle gefunden wird. So kam es, um nur 2 Beispiele anzuführen, beim Bergmann Chemnitzer in Zwickau sowie beim Bergmann Weichold in Planitz im Jahre 1892 vor, daß sie wegen Unwohlsein 1–2 Tage zu Hause bleiben mußten, sich auch entschuldigen ließen, aber gleichwohl auf Ziff. 4 des genannten § 80 a hin entlassen wurden und ihre Beiträge einbüßten, resp. einbüßen sollten.

Man darf nicht vergessen, daß, wenn ein Arbeiter auf Grund der Ziff. 1–11 des § 80 unter a) sofort entlassen werden kann, er schon durch die Brotlosigkeit auf Monate hinaus stark geschädigt ist; auf einige Vergehen, welche in der gedachten Serie der Entlassungsgründe enthalten sind, kann ihn obendrein gerichtliche Abstrafung treffen. Aber eine Entziehung seiner Kassenansprüche, die vereinzelt 600–1000 Mark betragen, deswegen auszusprechen, kommt einem schreienden Unrecht gleich.

Ähnlich verhält es sich beim freiwilligen Abgang.

Petenten vermögen keine Gründe zu entdecken, welche den Pensionskassen auch nur einen Schein von Berechtigung geben, daß sie bei freiwilligem Abgang des Arbeiters von der Arbeit das wohlverworbene Eigentum desselben vorenthalten könnten. U. E. muß es den Bergarbeiter unbenommen bleiben, auf Grund des Rechtes der Freizügigkeit sich bei passender Gelegenheit außerhalb des Bereichs der Knappschaftspensionskassen eine bessere lohnendere Existenz zu suchen. Durch die jetzt in § 60 vorgesehene Bestimmung ist der Bergarbeiter gewissermaßen daran gehindert, da man Niemandem zumuten kann wohlverworbene Ansprüche, die für den Bergmann oft ein kleines Vermögen ausmachen, im Stich zu lassen; es bedeutet das eine indirekte Seßhaftmachung, ein Angebundensein nicht an der Scholle, aber an die von ihm in die Kasse vertrauensvoll gesteuerten Kassenbeiträge. (Anerkennt aber doch selbst Bergamtsrat Dr. Wahle, daß die Freizügigkeit unter den Bergleuten gefördert werden soll. S. Anm. 2 zu § 57 der Novelle von 1884, Wahle Allg. Bergges. Freib. 1891).

Der zu Punkt 6 unserer Eingabe, betr. Änderung des § 60 unter b) am Schlusse gedachte Zusatz, es ins Belieben der Fortsteuernden zu stellen, auch die Werksbesitzerbeiträge (siehe § 56 der Nov.) mit zu leisten, ist von dem ergebendst Unterzeichneten darum gewünscht worden, weil es nur wenigen möglich ist, wöchentlich 1–2 Mark in eine Pensionskasse zu zahlen; andererseits kommen derart freiwillig fortsteuernde Mitglieder oft in ein Arbeitsverhältnis, wo sie ebenfalls einer Pensionskasse beitreten möchten, wodurch sich ihr Verlust am Wochenlohn erhöht.

Die Aufgabe des Zusatzes zu § 60 unter b) am Schlusse soll es sein, abgelegten oder freiwillig ausscheidenden Bergarbeitern, welche vielleicht 20 und noch mehr Jahre Mitglied einer sächsischen Knappschaftspensionskasse waren, zu ermöglichen, noch einige Jahre freiwillig fortsteuern zu können, damit sie, wenn sie ihre baldige Invaliditäts- oder Pensionsberechtigung eintritt, ihre vollen Ansprüche geltend machen können, selbstverständlich, wie oben ausgeführt, im Falle der Nichtübernahme der Werksbesitzerbeiträge unter der im § 62 der Novelle ausgesprochenen Beschränkung für die freiwillig versteuerten Jahre.

§ 61 der
Nov. von
1884,

Zu 7. der gegenwärtigen Eingabe gestatten sich die Petenten unter Belassung des Abs. 1 des § 61 der Nov. den Abs. 2 mit folgender Änderung in Vorschlag zu bringen:

„Der dem ausscheidenden Bergarbeiter hiernach zukommende Betrag wird demselben baldigst und spätestens binnen 3 Wochen direkt zurückgezahlt.“

Die Abänderung des Abs. 2 erscheint uns deshalb begehrenswert, weil bei der Rücküberweisung der eingezahlten Kassenbeiträge sich mitunter bedeutende Verzögerungen geltend machen, wie u. a. die Fälle der Bergarbeiter Chr. Kautzsch in Schedewitz und Seltmann/Culitzsch beweisen. Wenn auch die Rückerstattung der Beiträge binnen 14 Tagen seitens der Pensionskasse anerkannt wurde, so müssen die Leute mitunter 1, 2, sogar 3 Monate (Fall Seltmann) warten, bevor sie ihr Geld zurückgezahlt bekommen. Die gesetzliche Fixierung von 3 Wochen dürfte daher dem Übelstande abhelfen. Die Vermittlung der Ortsbehörden halten die Petenten gleichfalls für überflüssig, weshalb sie den dieselbe betreffenden Kassen im Wegfall bringen.

Zu 8: Einführung einer Berufungsinstanz für Bergschiedsgerichte, gestatten sich die ergebendst unterzeichneten Petenten das Nachstehende auszuführen.

§§ 66 u. 68
d. Nov. v.
1887

Die Einführung einer Berufungsinstanz beschäftigte bereits die beiden Landtage 1889/90 und 1891/92, leider ohne Erfolg und obwohl sich am letzten Landtage mehrere juristisch gebildete Mitglieder der hohen II. Ständekammer für Einführung dieser durch § 55 des Gesetzes über die Gewerbegerichte vom 29. Juli 1890 vorgeschriebenen Instanz aussprachen, so konnte angesichts des Zwangs, daß die Bergschiedsgerichte ab 1. April 1892 in Kraft treten mußten, diese Materie nicht mehr geregelt werden.

Wir gestatten uns, auf die Momente, welche für Einführung einer Berufungsinstanz sprechen, hier nochmals kurz hinzuweisen.

In erster Linie sind die gegenwärtig in Sachsen bestehenden Entscheidungen der Bergschiedsgerichte endgültige, gegen welche nur gemäß § 66 der Novelle zum Berggesetz von 1884 Revision an die Kreishauptmannschaft in Dresden zulässig ist. Diese Revision ist, wie allseitig zugestanden werden, nur der Einwägung der Richtigkeitsbeschwerden dem bürgerlichen Prozeß gleichzusetzen, insofern die Zulassung des Vordringens neuer Tatsachen und Beweismittel ausgeschlossen ist. Gerade um letztes handelt es sich aber für die beim Schiedsgericht etwa abgewiesenen Bergleute, insofern dieselben nicht in der Lage sind, während der Dauer des Schiedsgerichts all' jenes Material beizubringen, dessen sie zur Erreichung ihres Rechts bedürfen. Da außerdem durch das mehrgenannte Gesetz über die Gewerbegerichte von 1891 (§§ 29 und 80 dess.) die Zuziehung von Rechtsanwälten auch für Bergschiedsgerichte nicht mehr zulässig ist, so sind die Bergarbeiter doppelt schlimm daran, insofern ihnen nach der Novelle selbst bei Streitgegenständen über 100 Mark Berufung einzulegen nicht gestattet ist.

Im Gesetze sind die Bergschiedsgerichte ihrem Geschäftsumfange nach dahin bestimmt, daß sie zuständig sind für Streitigkeiten und Pensions- und Krankenkassenangelegenheiten, im Antritt, in der Fortsetzung und der Entlassung aus der Arbeit, in Fragen der Zeugnisse und Arbeitsbücher, der Arbeitsordnungen etc. Es ist nun im letzten Landtage statistisch bereits nachgewiesen worden, daß sich ein großer Teil der Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern im Bergwerksbetriebe nicht auf Pensions- und Krankenkassenbeiträge, sondern auf andere Streitigkeiten bezieht. Nach der aufgemachten Statistik auf die Jahre 1885–90 waren von 733 Streitfällen insgesamt 274 auf die Arbeitsbücher, Entlassung aus der Arbeit, Lohnstreitigkeiten usw. gerichtet. Hieraus erhellt, wie oft der Bergarbeiter in die Lage kommen kann, in der zu errichtenden Berufungsinstanz neue Materialien und Beweise beibringen zu können.

Zahlreich sind die Fälle, wo es in Folge der mangelnden Berufungsinstanz Bergarbeitern unmöglich war, durch Beibringung neuer Zeugen und Beweismittel ihr Recht zu erstreiten.

Die Bergarbeiter empfinden den Mangel einer Berufungsinstanz als eine große Zurücksetzung gegenüber den gewerblichen Arbeitern und geben sich der Hoffnung hin, daß ihr Wunsch baldigst eine Berufungsinstanz für Bergschiedsgerichte gemäß § 55 des Reisesetzes betr. die Gewerbegerichte zu schaffen, Erfüllung findet. — Die Frage anlangend, wie die Berufungsinstanz zweckmäßig zu organisieren sein möchte, so meinen wir, daß die Behauptung die Verhandlung und Entscheidung der Berufung gegen bergschiedsgerichtliche Entscheidung den Landgerichten des Bezirks des betreffenden Bergschiedsgerichtes in der Besetzung von 3 Richtern, einem Werks- und einem Arbeitervertreter ohne Anwaltszwang überwiesen werden könnte. Bezüglich der Notstandsfrist schlagen wir eine solche von 4 Wochen vor.

Wir gestatten uns noch daran zu erinnern, daß es noch mehrere Pensionskassen gibt (Brückenwerk Zwickau, v. Arnim Planitz etc.), welche nicht dem Statut der Allgem. Knappschaftspensionskassen für das Königreich Sachsen unterstehen, sondern ihre eigene Verfassung haben. Streitigkeiten auf diesen Werken würden, soweit es sich um ihre eigenen alten Knappschaftspensionskassen handelt, unter die neuerrichtende Berufungsinstanz

fallen, während Streitigkeiten aus der landesgesetzlich zugelassenen Allgem. Knappschaftspensionskasse für Sachsen der Beurteilung des Freiburger Bergschiedsgerichtes und in der Revision dem Reichsversicherungsamt unterstehen.

Es könnte scheinen als handele es sich bei den Streitigkeiten um Pensionen und Rückzahlung von Mitgliedsbeiträgen nur um geringfügige Fälle unter 100 Mark. Dem ist aber nicht also. Es handelt sich oft genug um Beträge über 1000 Mark bei den vorgenannten Werken (Brückenberg usw.), die die betreffenden Bergarbeiter ohne Einführung einer Berufungsinstanz in gewissen Fällen sicher einbüßen würden, wie solche oft genug eingebüßt worden sind.

Einer geneigten Berücksichtigung der vorstehenden Punkte sehen die Unterzeichneten entgegen

und verharren

in größter Ehrerbietung

Zwickau, Anfang November 1893

Der Gesamtvorstand des Verbandes
Sächs. Berg- und Hüttenarbeiter
Herm. Sachse, 1. Vorsitzender,
Äuß. Schneeberger Str. 60
Anton Strunz
Paul Horn
Christian Kautzsch
Hermann Zimmermann
Wilhelm Markert
Christian Paster
Robert Korn
Yngurd Naumann³

Diese Forderungen entsprachen den Interessen aller Bergarbeiter, und sie trieben die Bewegung voran. Mit über 11 000 Unterschriften gab die überwiegende Mehrheit der Bergleute der westsächsischen Steinkohlenreviere ihrer Zustimmung Ausdruck.

So wie eine ganze Reihe mehrfach schon aufgestellter Forderungen der sächsischen, deutschen und auch internationalen Bergarbeiterbewegung mit aufgenommen worden waren⁴, so tauchten andere Gesichtspunkte zumindest in Sachsen neu auf, bzw. gewannen hier eine besondere Bedeutung. Eine solche Forderung war z. B. die nach Einführung von Sicherheitsmännern, Arbeiterkontrolleuren oder „Arbeiterbeamten“, wie sie in der Petition bezeichnet wurden.

Das Ziel, das mit dieser in den meisten Industrieländern Mittel- und Westeuropas erhobenen Forderung verfolgt wurde, war klar. Durch eine aktive Teilnahme der Arbeiter an der Grubensicherheitskontrolle erhofften sich die Bergleute eine Minderung der infolge der Profitgier des Kapitals im Bergbau verursachten Unfallgefahren.

³ LHA Dresden, M. d. I. 17562, Bergarbeiterpetitionen, Bl. 124–127.

Abkürzungen: Allgem. Bergges., oder auch nur: AB = Allgemeines Berggesetz für das Königreich Sachsen vom 10. Juni 1868; Nov. von 1884 = sächsische Berggesetznovelle vom 2. IV. 1884.

⁴ Zum Beispiel spielte die Forderung nach Einführung des 8-Stunden-Tages schon während des Streikes 1889 und auf den internationalen Bergarbeiterkongressen eine bedeutende Rolle.

In Deutschland, besonders auch in Sachsen, entbrannte um die Erfüllung dieser Forderungen ein langwieriger und heißer Kampf. Ganz besonders zuwider war den sächsischen Grubenherren, daß diese Sicherheitsleute unabhängig von den Zechenleitungen sein sollten.⁵ Sie witterten darin eine große Gefahr. Als schließlich am 6. Juni 1910 in Sachsen ein Gesetz angenommen wurde, das die Einführung von Sicherheitsleuten allen Bergwerksunternehmen zur Pflicht machte, war diese Einrichtung ihres eigentlichen Sinnes beraubt. Die zu diesem Zeitpunkt eingeführten Sicherheitsleute waren in keiner Weise unabhängig vom Kapital. Verschlechtert wurde ihre rechtliche Stellung im Betrieb weiter dadurch, daß die Unternehmer die wenigen verbrieften Rechte der Sicherheitsleute durch Gängelei, Nichtbeachtung der Vorschriften oder durch brutalen Terror noch mehr einschränkten.⁶

Mit allen Mitteln suchte das Grubenkapital den Arbeitern jegliches Mitbestimmungsrecht im Betriebe zu nehmen, mit ganzer Kraft am „Herr-im-Hause-Standpunkt“ festzuhalten.

Eine weitere außerordentliche Bedeutung hatte die Forderung nach einer Revision des § 80 a des Allgem. Berggesetzes des Königreiches Sachsen.

Deutschland kannte, im Gegensatz zu England, Frankreich, Belgien und anderen Ländern, kein einheitliches Bergrecht. Die Berggesetzgebung war hier Angelegenheit der Bundesstaaten. Welche Bedeutung das hatte, zeigt gerade dieser Paragraph. In Sachsen war seit 1861 das Streikrecht für alle gewerblichen Arbeiter garantiert. Die Gewerbeordnung des Deutschen Reiches bestätigte das seit 1869 ausdrücklich für den Norddeutschen Bund und später für das wilhelminische Deutschland.

Auf die rechtliche Lage der sächsischen Bergarbeiter aber hatte das wenig Einfluß. Für sie war arbeitsrechtlich das sächsische Berggesetz maßgebend. Es hob mit seinem § 80 a das reichsgesetzlich gewährleistete Recht der Koalitionsfreiheit auf.

Ganz deutlich zeigte sich das z. B. während des Streikes 1900 im sächsischen Steinkohlenbergbau. Zu dieser Zeit kommentierte das Bergamt Freiberg den besagten Paragraphen in einem Flugblatt, das die Aufweichung der Streikfront bezweckte, mit folgenden Sätzen: „Auch die in einen Ausstand eingetretenen Arbeiter sind solche, welche im Sinne von § 80 a Ziff. 5 des Allgemeinen Berggesetzes ‚ohne Urlaub und ohne triftige Entschuldigung‘ von der Arbeit wegbleiben.“⁷

Diese Gefahr wurde vom Bergarbeiterverband 1893 noch gar nicht gesehen, die Raffinesse des Gesetzes noch nicht durchschaut. In dem in Frage kommenden Absatz 5 des § 80 a wollte die Petition nur die Entlassungsfrist bei Fernbleiben ohne

⁵ Wächtler, Eberhard, a. a. O., S. 273–316.

⁶ So weigerten sich die Zechenherren, die Sicherheitsleute bei Unfallserörterungen zuziehen, obwohl sie dazu verpflichtet waren. Mit allen Mitteln suchten sie zu verhindern, daß klassenbewußte Arbeiter diese Funktionen wahrnahmen. Sie scheuten dabei auch nicht vor dem gemeinsten Terror zurück. Vgl.: Wächtler, Eberhard, a. a. O.

⁷ Archiv der Bergakademie Freiberg, Akte 19 a AAb, Bd 5, Bl. 145.

Entschuldigung von 1 auf 3 Tage erhöht wissen. Die völlige Bedeutung des ganzen Paragraphen wurde vom Verband noch nicht erkannt. Eine Forderung nach Gewährung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit trat in der Petition nicht auf. Im Streik 1912 rächte sich dieses Versäumnis. Die Unternehmer entließen auf Grund des § 80 a die meisten der Streikenden, denen dadurch die gesamten knappschaftlichen Rechte verloren gingen.

Diese beiden Beispiele zeigen aber auch deutlich die Kehrseite der insgesamt positiv wirkenden Petition. Die Kritik an den bestehenden Zuständen blieb auf halbem Wege stehen. Zu wenig wurden die Grundübel bekämpft. Der Bourgeoisie wurde dadurch nicht die Möglichkeit genommen, noch weitaus gemeiner und hinterhältiger mit den „verbesserten“ Paragraphen gegen das Proletariat vorzugehen.

Auch die Forderung nach Sicherheitsmännern brachte nicht das ein, was ursprünglich als Ziel galt. Die Annahme, wirklich entscheidend in den Betrieben mitbestimmen zu können, erwies sich unter den Bedingungen des Fortbestehens der kapitalistischen Produktionsverhältnisse als Illusion.

Die Verfasser dieser Petition waren nicht nur Gewerkschafter, sie waren auch – zumindest zum überwiegenden Teil – Mitglieder der Sozialdemokratie. Sie verzichteten bei dieser Gelegenheit, wie auch später, auf die notwendige grundsätzliche Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen und verfielen so in den Fehler, den Friedrich Engels einige Jahre eher am Erfurter Programmentwurf kritisierte: „Das Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag ehrlich gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der „ehrliche“ Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen.“⁸

Engels war sich bei seiner Kritik darüber im klaren, daß eine revolutionäre Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland mit Überlegung in die Massen getragen werden mußte, doch man sollte seiner Meinung nach nie darauf verzichten.⁹

Die Kritik von Friedrich Engels galt dem Parteiprogramm von 1891. Natürlich stellte dieses eine andere Qualität als eine gewerkschaftliche Petition dar. Das Parteiprogramm einer Arbeiterpartei aber war niemals mit den Parteimitgliedern allein zu realisieren. Die Partei bedarf dazu immer der Kraft des Proletariats. Das Proletariat muß für dieses hohe Ziel von der Partei erzogen werden, es muß lernen, den Klassenkampf zu führen.

Als Mitglied der Gewerkschaft muß der Arbeiter das Wesen der kapitalistischen Ordnung, des bürgerlichen Staates, begreifen und diesen selbst bis zur Überwindung bekämpfen lernen. Deshalb war es ein Versäumnis, die Arbeiter z. B. nur

⁸ Engels, Friedrich, Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891. In: Marx, Karl, Kritik des Gothaer Programms. S. 76.

⁹ Ebenda, S. 76f.

zum Kampf um die Veränderung eines Gesetzes aufzurufen, hingegen nichts zu unternehmen, um damit gleichzeitig den Kampf des Proletariats für die Beseitigung des undemokratischen Wahlrechts, für den sächsischen Landtag die Konzentration aller politischen Macht in den Händen einer solchen demokratisierten Volksvertretung zu verstärken oder gar erst zu beginnen.

Die in der Petition angeführten Forderungen kehrten in den folgenden zwanzig Jahren laufend wieder. Da sie aber auch dann ungenügend mit dem bewußten politischen Klassenkampf verbunden wurden, fand die Bourgeoisie immer wieder Mittel und Wege um zu parieren.

2. Flugblatt des Verbandes Sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter gegen die von den Zechenherren inszenierte Petition

An die Berg- und Hüttenarbeiter Sachsens!

Ein ernstes Wort zur rechten Zeit

Kollegen! Von mehreren Bergwerksverwaltungen und einigen dazu ausgesuchten Subjekten von Arbeitern, wird Euch jetzt eine Petition an das Königl. Ministerium vorgelegt, unter welche Ihr Euren Namen schreiben sollt. Laßt Euch damit nicht blenden! Denn durch Eure Unterschrift sollt Ihr bestätigen, daß die Zustände nicht gebessert werden sollen. Diese Petition geht nicht von Arbeitern aus, o nein, das ist ja nur ein elender Schein und Blendwerk, sondern sie ist von jener Seite verfaßt, von der Ihr täglich bedrückt und ausgebeutet werdet, die Euch den kargen Lohn täglich noch mehr beschneiden möchten, um ihre Taschen besser füllen zu können; Kollegen sie kommt von jener Seite, von welcher Ihr bei Eurer schweren, gefährvollen aber trotzdem schlecht bezahlten Arbeit noch die gemeinsten Schimpfworte erdulden müßt, denn diejenigen Werke, die wenigstens noch auf humane Behandlung bedacht sind, haben sich bis jetzt noch ferngehalten, hoffentlich werden sie diesem Machwerk auch fernbleiben.

Wenn man Arbeiter (und was für welche) dranhetzt, um Euch zur Unterschrift zu bewegen, so will man nur dadurch den Gimpelfang erfolgreicher betreiben. Glaubt ja nicht, daß es anders ist, denn die Arbeiter, die Euch bearbeiten sollen und von denen viele selbst im Innern das Unrecht ihrer elenden Handlungsweise erkannt haben, die aber nicht den Mut und soviel Charakter haben, ein solches Ansinnen abzulehnen, diese haben es nicht angestellt, dieselben bezahlen auch die Unkosten nicht, sondern sie erhalten möglicherweise noch einen Judaslohn.

Warum wird nun dieser Rummel veranstaltet? Nun, das ist höchst einfach. Unser Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter sandte im vorigen Herbst eine Petition an den Sächsischen Landtag, welche 11760 Berg- und Hüttenarbeiter unterschrieben haben und in welcher um gesetzliche Abschaffung vielfacher Übelstände im Berggesetz nachgesucht wurde. Zum Beispiel ersuchten wir den Landtag, mehr Berginspektoren anzustellen, welche von den Arbeitern aus ihrer Mitte gewählt und vom Staate bezahlt werden, damit die Arbeiter eine bessere Stütze haben und die Schächte öfter revidiert werden. Auch ersuchten wir um Erlaß einer Verordnung, in welcher den Berginspektoren streng untersagt werden soll, sich zuvor anzumelden, sondern sie sollen in Zukunft die Schächte unangemeldet revidieren, damit nicht wie bisher alles erst in Ordnung gebracht werden kann.

Ferner soll durch das Gesetz bestimmt werden, daß vor solchen Orten, wo die Temperatur höher als 28°C ist, die Schichtzeit nicht über 6 Stunden betragen darf, damit die Arbeiter ihre Gesundheit nicht mit Gewalt ruinieren müssen; wir verlangten ferner Abschaffung der Gedingearbeit, mindestens aber der sogenannten getrennten Gedinge, weil dies den Arbeitern nur schadet, auch ersuchten wir um Festsetzung eines Minimalschichtlohnes. Wir forderten Abschaffung der Arbeitsbücher, damit der Arbeiter wegen geringer Versehen nicht zeitlebens gebrandmarkt werden kann, wie dies schon vielfach geschehen ist, bei anderen erwachsenen Arbeitern ist dies schon seit Jahrzehnten abgeschafft, nur die Bergarbeiter sind infolge des veralteten Berggesetzes überall im Nachteil.

Ferner ersuchten wir in dieser Petition um Einführung der achtstündigen Schichtzeit; der achttägigen Lohnzahlung; um obligatorische Einführung von Lohnzetteln, welche dem Arbeiter eigentümlich zu belassen sind, um Verminderung der hohen Strafen in den Arbeitsordnungen. Was alles nur zum Wohle der Arbeiter wäre.

Wir ersuchten ferner um Abänderung des strengen § 80 des Allgemeinen Berggesetzes, damit derselbe eine gerechtere und humanere Fassung für die Arbeiter erhalte, da sind z. B. Fälle vorgekommen, wo alte Bergarbeiter eine Fahrlässigkeit bei der Arbeit begingen, weshalb sie mit 3 Mte. Gefängnis bestraft wurden, nachdem sie diese Strafe abgesessen, wurde der eine auch noch auf Grund dieses § 80 von einem Herrn Bergrat aus der Arbeit entlassen, alles Bitten half nichts. Trotzdem er schon 54 Jahre alt und 33 Jahre Bergmann war, mußte er nun, weil er auf Grund dieses § 80 entlassen war, auch noch seine eingezahlten Kassenbeiträge einbüßen, die wohl ca. 1000 Mark betragen. Herrliche Zustände, nicht wahr? Ist es da nicht die höchste Zeit, daß sich alle Arbeiter aufraffen, um solche unerhörte Härte zu beseitigen? Hier habt Ihr ein wahres Bild. Drei und vierfach werden die armen Arbeiter bestraft, aber die Großen? — Nun, wie die bestraft werden ist ja genügend bekannt. Erreicht sie ja einmal der Arm der Gerechtigkeit, so wird für sie Begnadigung erwirkt. Sind das christliche, sind das menschliche Zustände?

Ferner haben wir in dieser Petition um Abänderung des § 57 der Berggesetz-Novelle vom 1. 4. 84 ersucht, damit diejenigen Bergarbeiter ihre Beitragsjahre nicht mehr einbüßen müssen, die vor 1884 von einer Knappschaftskasse in die andere oder von einem Revier in andere übergegangen sind und dadurch bisher ihre Beiträge verlieren mußten, denn diese früheren Jahre werden bei der Pensionierung nicht mit angerechnet.

Ferner haben wir noch eine Abänderung des § 60 in genannter Novelle ersucht, damit in Zukunft alle aus den Knappschaftskassen ausscheidende Kassenmitglieder ihre Beiträge zurückbekommen sollen, gleichviel ob sie abgelegt werden oder freiwillig gehen. Jetzt erhalten alle diejenigen, die freiwillig ausscheiden oder aus irgendeinem kleinen Vergehen fortgeschickt werden, gar nichts. Kollegen, das was Ihr in die Kasse eingesteuert habt, wurde Euch doch vom Leben abgezogen, es ist also doch Euer Eigentum. Die großen Herren schreien doch immer, das Eigentum müsse geschützt werden, möchten sie doch hier in diesem Punkte das Eigentum des Arbeiters schützen, warum wollen sie es denn nicht an Euch Eigentümer zurückgeben. Schon Tausende und Abertausende haben dadurch die Arbeiter verloren. Also heraus mit dem Eigentum des Arbeiters, mit welchem Recht wollt Ihr's behalten?

Zum Schlusse verlangten wir in unserer Petition die Einführung einer Berufungsinstanz für die Bergschiedsgerichte, damit auch für Euch Bergarbeiter die Möglichkeit gegeben ist, Euer Recht noch vor anderen Instanzen zu suchen, wenn Ihr es, wie das sehr oft vorkommt, vor den Bergschiedsgerichten nicht findet.

Kollegen, das ist der Inhalt unserer Petition, wegen welcher viele Werksverwaltungen aus dem Häuschen geraten und vor Wut gar nicht wissen, was sie gegen unseren Verband und gegen unsere Mitglieder ausführen sollen.

Aber nicht deshalb, weil wir Unwahrheiten angegeben haben sollen, nein, nur deswegen, weil wir mit unserer Petition den Nagel auf den Kopf getroffen haben, ist man so kolossal

wild, denn ein altes Sprichwort sagt: Wenn man den Hund trifft, so gauckst er, so ist es auch hier.

Allerdings sind obige, in der Petition enthaltene Forderungen im Februar und März, als sie im Landtag zur Verhandlung kamen, von den Vertretern der Arbeiterpartei auch mit vielen tatsächlichen Vorkommnissen wie sie im Bergbau so häufig sind, begründet worden. Diese vorgebrachten Tatsachen werden nun in der waschlappigen Gegenpetition als höchst ungerechtfertigt bezeichnet und die Artikel unseres „Glück Auf“ sollen gehässig und gegen Staats- und Privatbeamten gerichtet sein und müßten als „übertrieben und unwahr“ bezeichnet werden. Also ein Teil ist nur übertrieben und der andere Teil unwahr? O nein, wenn wir Lügen und Gehässigkeiten sagen und schreiben, würden uns der Staatsanwalt, der stets ein sehr sehr wachsames Auge auf uns gerichtet hat, sofort beim Schlafittchen nehmen und uns verdonnern. Und an Lügen sind überhaupt manche Leute gewöhnt, darüber erbosen sie sich aber, aber die Wahrheit können viele nicht gut vertragen. Wenn ihnen die Wahrheit gesagt wird, sind sie außer sich, und Wahrheiten enthält unsere Petition, Wahrheiten schreibt unser „Glück Auf“. Deshalb die Wut über unseren Verband und sein geistiges Band, unser Verbandsorgan „Glück Auf“.

Deshalb Kollegen, alle, wachet! Lasset die hinterlederzupfenden, charakterlosen, für die Gegenpetition der Arbeiterfeinde agitierenden und jedenfalls dafür gut bezahlten Mitarbeiter ihre Petition allein unterschreiben, damit ihr ganzes Machwerk elend Schiffbruch erleidet.

Denn man will diese Petition Euch nur deshalb aufoktroyieren, weil man befürchtet, das Königl. Ministerium könne die paar Punkte unserer Petition, welche der Landtag angenommen hat, zu einem verbesserten Gesetzentwurf ausarbeiten und dem nächsten Landtag vorlegen. Weil man also befürchtet, die jetzt bestehenden von uns angeregten und an die Öffentlichkeit gebrachten Ungerechtigkeiten könnten vielleicht gar zu Gunsten der Arbeiter beseitigt werden. Man will dem königlichen Ministerium durch diese Gegenpetition noch einen Rippenstoß geben, damit es ja alles hübsch beim alten läßt. Für diese Herren Besitzer, Kuponabschneider und hohen Beamten ist ja alles schön und herrlich. Den Berg- und Hüttenarbeitern bessere Löhne, bessere Gesetze und bessere Kassenverhältnisse zu schaffen, halten diese Herren für großen Unsinn. Nein, die Arbeiter mögen nur für uns tüchtig schaffen und mögen sehen, wie sie ihr Dasein mit ihren hungernden Familien hinfristen, so denkt man dort. Und da gibt es leider noch Arbeiter, die in ihrer Beschränktheit solche Zustände gut heißen, o sie haben Augen und sehen nicht. Sie schließen sich leider solchen Vereinen an, welche das Wohl der Armen mit Füßen treten oder welche nur schöne Worte für die Arbeiter haben, die ihnen aber niemals zu gleichen Rechten und zu einem menschenwürdigen Dasein verhelfen.

Arbeiterbrüder! Durch evangelische Arbeitervereine, Fechtvereine oder Krieger- und Militärvereine usw. ist uns nicht viel gedient. Durch solche Vereine binden wir uns nur die Hände und kommen nicht vorwärts. Nein, solchen Vereinen könnt ihr Euch nicht anschließen, sie tun nichts für Euer wahres Wohl. Sie helfen Euch nicht in Unfallsachen, sie gewähren Euch keinen Rechtsschutz und keine Reisegelder in die Schiedsgerichte und in's Reichsversicherungsamt, damit Ihr Euer Recht findet. Sie verhelfen Euch nicht zu einer gehörigen Pension und kümmern sich gar nicht um die mangelhaften Knappschaftsstatuten, um das reformbedürftige Berggesetz und auch nicht um die sehr verbesserungsbedürftigen Reichsversicherungsgesetze, als da sind Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Arbeitsschutzgesetze.

Kollegen, dies tut aber jede wahre Arbeiterorganisation. Dies tut auch in sehr reichlichem Maße der Verband Sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter! Er hat auch durch Unterstützung in Notfällen und bei Arbeitslosigkeit schon manche Träne trocknen helfen. Er hat schon manchen seiner Mitglieder zu besserer Unfallrente und zu höherem Invaliditätsgelde verholfen, schon mancher verlassenen Witwe und Waise hat unser Verband durch Rat und Tat und durch Kostenvorschüsse dazu verholfen, daß sie statt einer geringfügigen Knappschaftspension eine viel höhere Witwen- oder Waisenrente aus der Unfallkasse erhielt. Stets sorgt

er dafür, daß alle Ungerechtigkeit, die gegen die Berg- und Hüttenarbeiter begangen, alle Verstöße gegen Vorschriften und Gesetze durch das Verbandsorgan „Glück Auf“ in die Öffentlichkeit kommen, damit sie immer mehr vermieden werden sollen. Und für all' diesen Schutz, für all' diese Unterstützung zahlt der Mann pro Monat 20 Pfg. in die Verbandskasse. Dafür erhält auch jedes Mitglied die Fachzeitung „Glück Auf“ (außer der Beilage) unentgeltlich in's Haus getragen.

Unsere Beerdigungskasse, welcher sich jedes Verbandsmitglied mit der Frau anschließen kann und in welcher jedes Mitglied pro Monat 15 Pfg. zu steuern hat, zahlt bei einer fünfjährigen Mitgliedschaft für den Mann, so gut wie für die Frau, schon 100 Mark Beerdigungsgeld; wer länger als 12 Jahre Mitglied war, erhält 110 Mark.

In welchem anderen Vereine genießt Ihr bei solch geringer Steuer solche Vorteile? Keiner bietet Euch das! Unser Verband kann es natürlich auch nur, weil er schon ca. 100 000 Mark Vermögen besitzt und inkl. der Frauen weit in 17 000 Mitglieder zählt. Und da will man Euch vormalen, unser Verband sie nicht imstande, die wahren Interessen der Arbeiter zu fördern, er erstrebe schließlich nur den gewaltsamen Umsturz?

Kollegen, seid Ihr jemals frecher angelogen worden als durch diese Gegenpetition? Wohl nicht! Könnt Ihr also Eure Hand in Bewegung setzen, um Euren Namen dort mit zu unterschreiben, wo falsche Judasse Euch auf den Leim locken wollen, wie man es nur bei Gimpeln wagt?

Nein und abermals nein! Ihr würdet durch Eure Unterschrift Euer Schicksal besiegeln, denn es würden dann keine Gesetzesverbesserungen kommen können, sondern die Gegner würden sie noch verschlimmern, (reformieren nennen sie dies). Die Löhne würden dann, wenn Ihr Euch von ihnen so leithammeln laßt, noch schlechter statt besser werden. Überhaupt würde dann das Kapital Euch immer frecher entgegentreten. Eure Kinder würden später über Euch weinen.

Deshalb auf! Stellt Euren Mann, seid standhaft und weist jedem die Türe, wer Euch bereden will, diese Gegenpetition zu unterstützen, wer es auch sei, sagt ihm die deutsche Wahrheit.

Laßt Euch durch kein Mittel einschüchtern, kein Mensch kann Euch zwingen, denn jede Nötigung ist strafbar. Sie haben auch mit ihrer Gegenpetition noch kein Glück gehabt, denn wir können mitteilen, daß auf den Werken, wo sie zur Unterschrift bereits ausliegt und ganz Vereinzelte sich unterschrieben haben, namentlich im Lugau-Oelsnitzer Bezirk, der Gimpelfang kolossal schlecht geht. Im Zwickauer Bezirk hat bis jetzt nur das Arnim'sche Werk angegangen, aber auch da soll es sparsam gehen. Der Planitzer evang. Arbeiterverein soll allerdings tüchtig für diese die Arbeiter schädigende Gegenpetition agitiert haben. Kinder, seht Euch dieses an und nehmt Euch ein Beispiel daran. Bleibt solchen Vereinen fern, die gegen Euer Wohl sind. Also die Gegenpetition ist ein totgeborenes Kind. Nicht besser würde es den Herren ergehen, wenn sie wirklich, wie man munkelt einen Arbeiterverein gründen werden, der unserem Verband entgegenarbeiten soll. Damit ist, gleich früh nichts. So dumm sind die Berg- und Hüttenarbeiter nicht mehr. Nur einige Speichellecker und charakterlose Hinterlederzupfer würden sich in einen solchen Gegenverband machen, mittelst welchem man jede Aufbesserung der Arbeitsverhältnisse unterdrücken will. Nun, die paar bauchkriechenden Speichellecker wollen wir ihnen gönnen.

Gegen solche ist das einzige Mittel:

Laßt sie kläffen, laßt sie geifern,
wollt Euch darüber nicht ereifern,
Eures Weges geht voran,
Köter läßt man ruhig kneifen
Ohne zu dem Stock zu greifen —
Man besudelt sich daran.

Laßt sie doch beim vollen Becken,
Speichel nach Belieben lecken,
knurren auch nach Hund'snatur,
Pfötchen geben, apportieren,
Reifen springen, voltigieren,
diese Pudel der Dressur.

Edle Hunde können stellen,
Möpse kläffen nur und bellen
feig und boshaft spät und früh.
Wollt Ihr Euch darob ereifern,
werden nur noch mehr sie geifern —
Durch Verachtung straft man sie.

Ihr aber, die Ihr unserem Verband schon lange angehört, haltet treu zur Fahne, seid standhaft, fliehet nicht, nur Feiglinge tun das.

Ihr Kollegen, die Ihr schon einmal dabei waret, überlegt es Euch reiflich und schließt Euch wieder an, tretet wieder ein oder zahlt nach. Kollegen, werbet alle unter Euren gleichgültigen Bekannten und Nachbarn, damit sie sich uns anschließen. Das Eintrittsgeld ist ja niedrig. (Im Verband kostet es 50 Pfg., in der Beerdigungskasse bis 30 Jahre 30 Pfennige, dann steigt es aller 5 Jahre etwas höher bis 2 Mark bei 50 Jahren.)

Ihr Kollegen all' die Ihr noch ferne steht, schließt Euch an, Mann für Mann!

Denn die beste und einzig richtige Antwort auf die Zwangspetition unserer Gegner ist jetzt ein Massenbeitritt zu unserem Verband. Das wäre der beste Schlag. Auf! Auf! führt es aus.

Die paar Pfennig Steuer müssen auch noch möglich gemacht werden, meidet dafür lieber alle anderen unnützigen Vereine. Schon beginnt sichs zu regen. Im Plauenschen Grund kamen aus einer einzigen Zahlstelle 25 Anmeldungen, aus Oelsnitz in den ersten 4 Tagen dieser Woche 18 und 20 haben sich dort schon wieder auf nächsten Sonntag angemeldet, ähnlich geht es in anderen Zahlstellen. Bravo! Wer das nicht glaubt, der komme zu uns, der kann sich überzeugen. Wir werden den Veranstaltern dieser Gegenpetition nächstens einen öffentlichen Dank abstatten, denn so gut hat noch niemand für uns agitiert, wie sie.

Dadurch lernen auch die Berg- und Hüttenarbeiter immer besser erkennen, daß ein Einzelner oder eine Korporation nichts ausrichten kann, sondern dazu gehört eine starke Organisation, um durch geschlossenes und vernünftiges Vorgehen Besserung zu schaffen.

Viele Wenig machen ein Viel,
nur vereinte Kräfte führen zum Ziel.

Beachtet diesen Ruf, damit unser Verband nach diesem Angriff der Gegner stärker und tatkräftiger dasteht als zuvor. Denn vereinzelt können wir keine besseren Löhne herbeiführen, sondern um dies zu erreichen, müssen sich alle unserer Organisation anschließen, dann ist es ein leichtes, auch der Lohnfrage näher zu treten, um besseres Auskommen zu erlangen. Je zahlreicher und geschlossener wir vorgehen, desto eher erreichen wir etwas, so ist es auch bei Gesetzreformen. Umsturz wollen wir nicht verüben, nein reformieren wollen wir! Bessere Zustände schaffen!

Nehmt Euch die englischen Kollegen zum Vorbild, sie haben es auch nur durch gute und starke Organisation, aber nicht durch evangelische Arbeitervereine oder Militärvereine usw. zu einem Durchschnittslohn von 6—7 Mark bei 8stündiger Arbeitszeit gebracht.

Kollegen, helft durch recht zahlreiche Beitritte unseren Verband auch zu einer solchen achtungsgebietenden Organisation machen, wie sie die Engländer besitzen, dann werden auch bei uns baldigst bessere Zustände herrschen.

■ Namentlich auch ihr jüngeren Berg- und Hüttenarbeiter, die Ihr noch nicht 21 Jahre alt seid und deshalb unserem Verband noch nicht beitreten könnt, abonniert auf die Berg- und Hüttenarbeiterzeitung „Glück Auf“, das Abonnement kostet mit der Beilage „Nach der Schicht“ pro Quartal 85 Pfennige. Die Expedition des „Glück Auf“ gewährt auch Euch hierfür Rechtsschutz und bei Maßregelung Unterstützung bis zu 25 Mark. ■

Lest auch Ihr Arbeiterzeitungen, damit Ihr bei Zeiten erkennt, was Not tut fürs Leben. Lebt nicht gleichgültig dahin, denn auch Euch steht nur Not und Sorge bevor, sobald die goldenen Jugendjahre verflossen sind, wenn Ihr nicht hofft, daß es besser werde. Auch Ihr seid verpflichtet mitzuhelfen an dem großen Werke, das arbeitende Volk von aller Unterdrückung von Not und Elend zu befreien, dem ganzen Volk ein menschenwürdiges Dasein zu erkämpfen. Darum müßt Ihr schon von Jugend auf mithelfen, denn Euch der Jugend gehört die Zukunft. Die Fachzeitung „Glück Auf“ wird Euch viel Belehrendes bieten, abonniert dieses Blatt, dann habt Ihr auch Schutz bei Unfällen usw. Tretet, sobald Ihr das 21. Lebensjahr erreicht habt, mit in den Verband Sächs. Berg- und Hüttenarbeiter ein, dann wird Euch der Erfolg nicht ausbleiben.

Hoch die Solidarität! Durch Kampf zum Sieg!

Vorwärts für unsere Losung!

Anmeldungen zum Verband und Beerdigungskasse, sowie als Abonnent des „Glück Auf“ nehmen die Obleute, sowie die Austräger des „Glück Auf“ entgegen, können aber auch mit genauer Angabe des Namens, Geburtsortes, Geburtstages und Wohnortes nebst Hausnummer an den Unterzeichneten gesandt werden.

Zwickau, am 15. Juni 1894

H. Sachse

Vors. des Verbandes Sächsischer Berg-
und Hüttenarbeiter

(Nach: Langhorst, Friedrich: Aus der Geschichte des sächsischen Bergbaues und seiner Arbeiter. Zwickau 1924, S. 97—101.)

hi.
ut.
te-
ne
nd

Leben.
nd die
och Ihr
Unter-
Dasein
Jugend
hieten.
ald Ihr
arbeiter

tek Auf
och mit
t Haus-

u seiner